

Festschrift

zur

Einweihung der neuen Synagoge

in Bamberg

Z 50 .5
.30
.H27
Harris Book
(L I Antiq Bf)

Festschrift

zur

Einweihung der neuen Synagoge

in

Bamberg

von

Rabbiner Dr. A. Eckstein

Nebst einem Beitrag von

Justizrat Dr. Jos. Werner und Diplom-Architekt Joh. Kronfuss

BAMBERG

Druck und Verlag der Handels-Druckerei

Festschrift

zur

Einweihung der neuen Synagoge

in

Bamberg

von

Rabbiner Dr. A. Eckstein

Nebst einem Beitrag von

Justizrat Dr. Jos. Werner und Diplom-Architekt Joh. Kronfuss

BAMBERG

Druck und Verlag der Handels-Druckerei





Vorwort.

„Wohl dem, der seiner Väter gern gedenkt,
Der froh von ihren Taten, ihrer Grösse,
Den Hörer unterhält und, still sich freuend,
Ans Ende dieser schönen Reihe sich geschlossen sieht".

Am 11. September 1910 wird das stattliche Gotteshaus, das die israelitische Kultusgemeinde Bamberg gebaut, seiner hohen und heiligen Bestimmung übergeben. Die Einweihung einer neuen Synagoge ist innerhalb des engern Kreises der Religionsgemeinde ein Ereignis von epochemachender Bedeutung und darum eine Gelegenheit, bei welcher das Geschlecht der Gegenwart über weite Zeiträume hinweg den Geschlechtern der Vergangenheit im Geiste die Hand reicht und mit ihnen eins sich weiss im Bewusstsein der Zusammengehörigkeit, eins in derjenigen Gesinnung, welche Monumente aufrichtet zur Ehre der Religion, die wie ein treuer Schutzengel durch die Jahrtausende uns begleitet hat. Zur Feier dieses Ereignisses überreiche ich den Mitgliedern meiner Gemeinde die nachfolgende Schrift, in welcher ich auf Grund des Aktenmaterials, das ich hauptsächlich aus den Beständen der städtischen Registratur und des Kgl. Kreisarchivs geschöpft, als Ergänzung meiner „Geschichte der Juden im ehemaligen Fürstbistum Bamberg" ein aus Einzelbildern zusammengesetztes Gesamtbild der Entwickelung der hiesigen Kultusgemeinde bis zur Einweihung der jetzt alten Synagoge zur Darstellung bringe. Ich überreiche ihnen diese Schrift als eine Festgabe und zugleich als Ausdruck des Dankes und der Anerkennung für ihre grosse Leistung mit dem Wunsche, dass sie nicht

bloss den Leser unterhalten möge, der seiner Väter gern gedenkend ans Ende einer schönen Reihe sich geschlossen sieht, sondern auch dazu beitragen möge, zu wecken und aufzumuntern zu immer neuen Leistungen und Werken der Frömmigkeit und des Idealismus.

Als eine wertvolle Bereicherung des historischen Inhalts der Festschrift, welche über das bloss lokale Interesse hinausgehend nicht unwichtige Beiträge zur Kulturgeschichte der Israeliten in Bayern während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts enthält, darf man neben den illustrativen Beilagen den Anhang derselben betrachten, in welchem Herr Justizrat Dr. Jos. Werner, der eifrigste und unermüdlichste Förderer des hiesigen Synagogenbaues, interessante Mitteilungen liefert über die Baugeschichte der neuen Synagoge und Herr Diplom-Architekt Joh. Kronfuss eine Beschreibung und Erklärung seines Werkes vom Standpunkte des kunstverständigen Fachmannes gibt.

Den beiden Herren, sowie den Behörden, welche das Quellenmaterial zur Verfügung des Bearbeiters gestellt, sei an dieser Stelle der gebührende Dank zum Ausdruck gebracht.

Bamberg, im September 1910.

Der Verfasser.

Inhaltsverzeichnis.

Die isr. Kultusgemeinde Bamberg von 1803—1853.

Seite

Vorwort

I. Von der Säkularisation bis zum Edikt (1803—1813) 1

Abgaben an den Staat 6
Städtische Abgaben 13
Stolgebühren 16
Innergemeindliche Verhältnisse 18

II. Das Edikt vom 10. Juni 1813 24

Die Immatrikulation 25
Handel 37
Handwerk 37
Feldbau 40
Die Auflösung der Korporation . . . 42

III. Ein rabbinerloses Jahrzehnt 49

Ein Gemeinde-Idyll 49
Die Schule 51
Rabbiner- und Lehrerwahl 55

IV. Samson Wolf Rosenfeld und seine Gemeinde . 61

Die Verfassung der Gemeinde 62
Der staatsrechtliche Zustand 71
Dr. Dessauer 72
Synagogen-Ordnung 74
Kultus und Unterricht 78
Die literarische Tätigkeit 82

V. Die Emanzipationsbestrebungen in Bamberg . 85

1830—1840 86
1840—1850 93

Seite

VI. Neuer Friedhof und neue Synagoge 101

Gemeindeliste 104
Gemeindeetat 107
Rückblick 108
Die dritte Synagoge 111

Anhang

I. Baugeschichte der neuen Synagoge von Dr. Werner 117

II. Beschreibung der neuen Synagoge von Joh. Kronfuss 131

III. Gebet bei der am 14. Januar 1806 in der Synagoge von Bamberg abgehaltenen Krönungsfeier 135

Illustrative Beilagen:

1. Die westliche Ansicht der neuen Synagoge.
2. Die östliche Ansicht der neuen Synagoge.
3. Hoffaktor S. S. Hesslein.
4. Rabbiner S. W. Rosenfeld.
5. Dr. Jakob Dessauer.
6. Rabbinergräber auf dem Friedhof zu Walsdorf.
7. Ansicht und Grundriss der ehemaligen Synagoge.
8. Almemor und heilige Lade in der alten Synagoge.
9. Almemor und heilige Lade in der neuen Synagoge.
10. Grundriss der neuen Synagoge.

Abkürzungen: G. J. B. = Geschichte der Juden im ehemaligen Fürstbistum Bamberg. K. J. E. = Der Kampf der Juden um ihre Emanzipation in Bayern.

I.

Von der Säkularisation bis zum Edikt (1803—1813).

Von den politischen und geistigen Strömungen und Umwälzungen des Völkerlebens sind selbstverständlich zu allen Zeiten und an allen Orten ihres Aufenthaltes auch die Israeliten, eine Welle im Weltenmeere, miterreicht und mitbetroffen worden. Kaum jemals aber hat es eine Zeit gegeben, in welcher eine stärkere Erschütterung alles Bestehenden durch ganz Europa gezittert und eine grössere Veränderung sowohl der äussern Ländergrenzen als auch der innern Kulturzustände bewirkt worden, als am Morgen des 19. Jahrhunderts. Im Sturme war das 18. Jahrhundert geschieden und vom Sturme wurden die Pforten des 19. Jahrhunderts geöffnet. Die ehrwürdigsten Throne wankten und bebten, festbegründete Staaten sanken in Trümmer. „Und das Band der Länder ist gehoben, und die alten Formen stürzen ein, nicht das Weltmeer hemmt des Krieges Toben, nicht der Nilstrom und der alte Rhein".

Wie mag es damals in den israelitischen Gemeinden ausgesehen haben?

Danken wir es dem städtischen Wochenstubenverwalter von Bamberg, dass er uns durch einen aus unmittelbarer Anschauung geschöpften Bericht, den er am 27. September 1801 an den Magistrat gegeben, einen Einblick gestattet in geschäftliche und soziale Verhältnisse einer kleinbürgerlichen Umgebung,

welche uns sonst im Nebel unklarer Vorstellungen verschwommen erscheinen würden. In diesem Berichte heisst es:

„Durchsieht man nur mit einem Blicke die tägliche Geschäften der hiessigen Juden, so wird man ohne weiteres wahrnehmen, dass ihr Handel sich auf geringe Artikeln beschränken, damit sie haussiren gehen und durch diesen kleinen Verdienst sich ihren kümmerlichen Unterhalt verschaffen; gehet man aber in die ältern Zeiten, wo noch wenige christliche Kaufleute sich dahier befanden, so wird manchem aus den Inwohnern Bambergs noch rückerinnerlich sein, dass dortmalen die hiesigen Juden offene Läden gehabt, mit Tuch, Leinwand, Gold- und Silberborten, dann Jubelen etc. den stärkesten Handel getrieben und auf diese Art sich wohl ernähret und daher auch ehender imstand waren, die ihnen dortmalen höher aufgelegten Lasten jährlich zu entrichten. Allein bei der jetzigen Konkurrenz so vieler Handelsbürger, die beinahe noch mit jedem Tage anwachsen und ihr Gewerb erweitern, ist der für die Judenschaft ehemals so blühende Nahrungszweig ganz erstickt,"

ein Schicksal, das allerdings auch die übrigen Einwohner von Bamberg zur grössten Sparsamkeit und Einschränkung nötigte, das aber am meisten die Kräfte der ins „Abweessen" gekommenen Judenschaft so herabgemindert habe, dass sie die Steuerlast nicht mehr zu ertragen vermochte, die auf ihre Schultern gelegt war.[1]

So sieht das erste Bild aus, das die israelitische Kultusgemeinde von Bamberg am Anfang des 19. Jahrhunderts uns bietet, ein Bild des Niedergangs und des Rückgangs. Die Enkel von Gold- und Juwelenhändlern waren infolge der anwachsenden Konkurrenz von christlichen Kaufleuten und infolge der misslichen Zeitverhältnisse zu armen Hausierern herabgesunken; und der Qualität entsprach auch die Quantität, die vom Höchststande einer Anzahl von 59 Haushaltungen, welche die Gemeinde bereits im Jahre 1736 erreicht hatte, bis auf den niedrigen Stand von bloss 21 Haushaltungen herabgesunken war.[2]

Der einzige Krösus der damaligen Gemeinde, der Hoffaktor Samuel Seligmann H e s s l e i n, musste wie ein Riese unter

1 Aus städt. Akten im Kreisarchiv, „Judenschutz und Nachsteuer betreffend".

2 Den tiefsten Stand von bloss 19 Haushaltungen hatte die Gemeinde anno 1796, von da an ging es langsam aufwärts.

Zwergen erscheinen, und mancher von diesen kleinen Leuten mochte beim Ausblick in die Zukunft sorgenvoll sich die Frage vorlegen: Was wird die neuwerdende Zeit, die der Donnerhall der Schlachten ankündigte, uns bringen?

Am 23. April 1803 huldigte die Bürgerschaft von Bamberg dem neuen Landesherrn, der mit starker Hand und mit weiser Voraussicht das Steuerruder des erweiterten Staates ergriffen, und dieses Datum bedeutet auch für die israelitische Bevölkerung von Neubayern den Anbeginn einer neuen Aera, welche allerdings wie das aufsteigende Tagesgestirn nur sehr allmälig das Dunkel ehemaliger Zeiten weichen liess. Die erste Kunde darüber, dass auch für die Israeliten eine neue Zeit aufgegangen sei, erhielten die Deputierten der Gemeinde in der ihnen gewordenen Mitteilung, dass von nun an auch Jungisrael zu den Fahnen einberufen und zur „Konskription", wie man damals sagte, ausgelost werden solle.[3]

Werden wir uns darüber wundern, dass die Israeliten der damaligen Zeit für die Bedeutung dieser Tatsache noch kein rechtes Verständnis hatten? Eine Ahnung davon, dass neue und grössere Bürgerpflichten auch neue und grössere Bürgerrechte nach sich ziehen müssten, dämmerte allerdings auch in der Gemeindestube von Bamberg, wo am 1. Februar 1804 18 Männer aus Stadt und Umgegend sich versammelten und aus dem Munde des Deputierten Elias E g e r die Mitteilung empfingen, dass „man" von seiten Sr. kurfürstlichen Durchlaucht bereits die „höchste" Zusicherung der beabsichtigten Verbesserung des Loses der israelitischen Bevölkerung erhalten habe, eine Mitteilung, an welche er den einstimmig aufgenommenen Antrag knüpfte, man solle mit Rücksicht darauf, dass laut Erfahrung bei der kurfürstlichen Landesdirektion in Bamberg die Angelegenheiten der jüdischen Gemeinschaft doch nicht „ausgeheilt" würden, eine Deputation mit einer grossen Beschwerde-

---

3 Siehe Döllinger: Sammlung der Verordnungen VI. 219. Jul. Miedel: Die Juden in Memmingen, Seite 83, datiert die Militärpflicht der Israeliten schon vom 26. Oktober 1803.

schrift im Reisegepäck nach München entsenden, um dort an allerhöchster Stelle persönlich vorstellig zu werden. Diese Mitteilung und diese Erfahrung waren beide begründet. In München beschäftigte man sich damals mit der „Judenfrage“,[4] in Bamberg blieb aber vorläufig alles beim Alten. Der Wechsel des Regimes hatte vorerst nichts weiter zu bedeuten als einen Wechsel der Landesbehörden, aus fürstbischöflichen Schutzjuden waren infolge der Säkularisation des Bistums kurfürstliche und später kgl. bayerische Schutzjuden geworden, wie die nachfolgende Urkunde, die älteste, die sich aus der kurfürstlichen Zeit erhalten, beweist:

Churfürstliche Landes-Direction des Fürstenthums Bamberg.

Allen des Fürstenthums Bamberg Insassen, Amtleuten, Magistraten, unmittelbaren und mittelbaren Gerichten wird hiemit kund und zu wissen gemacht, dass dem Juden L ö b H i r s c h wohnhaft zu Bamberg die Handels-Concession, auch Schutz und Schirm im Namen S e i n e r C h u r f ü r s t l. D u r c h l a u c h t dergestalt ertheilt worden ist, dass dieser Schutzjude und Unterthan allenthalben Handel und Gewerbe treiben, und bey rechtlichen und redlichen Verträgen und Handlungen unangefochten seyn möge. Urkundlich des hier aufgedrückten churfürstl. Landes-Directions-Insiegels.

Bamberg den 30sten julius 1803.

Churfürstliche Landes-Direction.
(L. S.) Friedmann, Präsidial-Sekretär.

Der ehemalige Schutzbrief hat sonach in der kurfürstlichen Zeit unter Hinweglassung der entehrenden Zusätze nur den Namen einer „Handels-Concession“ angenommen. Ein Betrag des Schutzgeldes ist allerdings nicht mehr angegeben, aber wir entnehmen denselben dem nachfolgenden Verzeichnis, in welchem wir zugleich die älteste Mitgliederliste der Kultusgemeinde aus dem Anfang des 19. Jahrhunderts vor uns haben:

---

4 K. J. E., S. 4 ff., Heimberger: Die staatskirchenrechtliche Stellung der Israeliten in Bayern, S. 9.

Verzeichniss

der Juden, wovon jeder auf ¼ Jahr von Luciae 1803 bis Reminiscere 1804. 2 fl. 52½ kr. fr. Schutz, und 9 kr. fr. Gänssegeld bezahlt.

	Schutzgeld		Gännssegeld	
	fl.	kr. fr.	fl.	kr. fr.
Baruch Süsslein	2	52½	—	9
Abraham Tachauer	2	52½	—	9
Elias Eger	2	52½	—	9
Sussel Salomon	2	52½	—	9
Seligmann Samuel Hesslein . . .	2	52½	—	9
Jonas Josel	2	52½	—	9
Isack Marum	2	52½	—	9
Koppel Mainbernheim	2	52½	—	9
Süsslein Baruch	2	52½	—	9
Jakob Israel	2	52½	—	9
Elias Süssmann Brüll	2	55½	—	9
Josef Hesslein	2	52½	—	9
Löb Uhlfelder	2	52½	—	9
Judel von Königshofen	2	52½	—	9
David Jakob Geldersheimer . . .	2	52½	—	9
Jonas Koppel dahier	2	52½	—	9
Samuel Abraham Nathan	2	52½	—	9
Abraham Samson Hesslein, Zugang . .	2	52½	—	9
Jüdel Lippmann Berliner, dieser bezahlt das Jahr 4 fl. fr.	1	—	—	9
An Witwen, welche die Hälfte des Schutzgeldes mit 6 fl. 45 Kr. fr. p. Jahr, und 36 Kr. fr. Gänsegeld, somit auf ¼ Jahr 1 fl. 26¼ Kr. fr. Schutzgeld und 9 Kr. Gänsegeld bezahlten:				
Moyses Isack Hessleins Wittib . . .	1	26¼	—	9
Abraham Jols Wittib	1	26¼	—	9
	55	37½	3	9

Summa Summarum 55 fl. 37½ kr. fr. Schutzgeld
3 fl. 9 kr. fr. Gänsegeld

58 fl. 46½ kr. fr. oder 73 fl. 28⅛ kr. rhn.

Abgaben an den Staat.

Aus diesem Verzeichnis ist also zu entnehmen, dass ausser dem „Gansgeld", das wie ein mittelalterliches Gespenst noch im Lichte einer besseren Neuzeit ungeniert sich in der Kanzlei der kurfürstlichen Landesdirektion von Bamberg zeigen durfte, auch das Schutzgeld im annähernd gleichen Betrage wie ehemals als Erbschaft aus der guten alten Zeit von der neuen Landesverwaltung übernommen wurde.[5]

Nach wie vor wurde die Aufnahme eines neuen Schützlings von dem Nachweis eines Vermögens abhängig gemacht, das wie seit 1747 in der Stadt 4000 fl. rh. und auf dem Lande 1500 fl. betragen musste, nach wie vor war mit der Schutzbewilligung die Forderung von beträchtlichen Aufnahmsgebühren verbunden, welche in der Stadt die ansehnliche Höhe von 160 fl. und auf dem Lande 82 fl. betrugen, wozu dann noch Kanzleigebühren von 5 fl. und Stempelgebühren von 2 fl. berechnet wurden; nach wie vor mussten die Personen der in die Stadt kommenden Israeliten wie eine Ware am Schlagbaum verzollt werden, nach wie vor wurde von der Gemeinde für Nachsteuern eine Ablösungssumme von 62½ fl. fr. eingefordert, nach wie vor sollten aus der Kasse der zu einem Gemeindeverbande vereinigten „Landjudenschaft" die seit unvordenklichen Zeiten üblichen „Neujahrsgelder" an die Krone gezahlt werden,[6] also gleich eine ganze Sammlung von alten Zöpfen, von denen einer der ansehnlichsten alsbald wenigstens modernisiert erscheint. Die Neujahrsgelder wurden zu Liebesgaben verwendet, zunächst zur Bekleidung der armen Pfründner auf dem Michaelsberg, wie aus folgender Verfügung hervorgeht:

„Auf Antrag des General-Landkommissariats haben Se. kurfürstl. Durchlaucht unterm 16. diess Monats gnädigst befoh-

5 Vgl. G. J. B., S. 202 und 204.

6 Vgl. a. a. O. über Vermögensnachweis, S. 56, über Aufnahmsgebühren, S. 202, Anmerkung 4, über Nachsteuern, S. 214—15, über Neujahrsgelder, S. 205—6. Ueber Leibzoll, der gegen eine Pachtsumme von 1000 fl. von der Landjudenschaft verwaltet wurde, S. 209 ff. Die Einnahmen an Leibzoll betrugen pro 1807 fl. 1411.16, die Ausgaben (an Pacht und Gehalt des Einnehmers) fl. 1660.

len, dass die eingekommenen Neujahrsgeschenke der hierländischen Judenschaft zur Bekleidung der armen Pfründner auf dem Michaelsberg verwendet werden sollen. Die Kurfürstl. Landesdirection hat also hiernach die bei der Provincial-Kassa befindlichen 133 Dukaten zu der bemerkten Absicht an den Director Marcus gegen Schein auszuhändigen. Bamberg, den 23. Jan. 1804. Kurfürstl. General-Landkommissariat in Franken."

Bald darauf aber wurde diese Verwendung der Judengroschen als ungerecht empfunden und durch allerhöchste Willensäusserung vom 11. September 1804 die 100 Dukaten oder 550 fl. der zur Krone fälligen Neujahrsgelder zum Besten einer in Bamberg zu begründenden israelitischen „Normalschule" verwendet, und nur 20 fl. wurden als Neujahrsabgabe an die Zuchthausverwaltung, später zur Verpflegung von israelitischen Häftlingen, verwendet. Ein Rückstand von 144 fl. zum Zuchthause wurde mit Rücksicht auf die notorische Armut der Juden in Gnaden erlassen. Da aber infolge der allgemeinen Armut auch die Schutzgelder trotz Androhung der Exekution sehr unregelmässig abgeliefert wurden, erklärte die Landesdirektion die solidarische Haftung der Gemeinde für ihre sämtlichen Mitglieder, eine Massregel, welche die Deputierten mit folgender Eingabe vom 15. Juli 1805 zu bekämpfen suchten:

Kurfürstliche Landesdirection.

[7] Nach höchster Bestimmung der Churfürstlichen Landesdirection soll bey dem für einen Juden in dem hiesigen Fürstenthume gnädigst zu ertheilenden höchsten Schutz jene Juden Gemeinde, bey welcher sich das diesen nachsuchende Individuum häusslich niederlassen will, rücksichtlich des zu entrichtenden Schutzgeldes sich verbindlich machen, in Solidum zu haften.

Diese gnädigste Verfügung ist für die hiesige Judenschaft äusserst drükend, und würde nothwendigerweise, wo nicht ihre ganze Vernichtung, doch gewiss ihr gänzliches Verderben zur Folge haben.

Aufgefordert durch die gesamte Judenschaft des hiesigen Fürstenthums wagen wir es, in unsseren und dem Namen derselben folgende Bemerkungen der Churfürstl. Landesdirektion unterthänigst vorzulegen.

---

[7] Das Nachfolgende aus Kreis-Archiv Rep. 165 Nr. 3.

1. Nie bestand diese Verordnung in dem hiesigen Fürstenthume; selbst nicht unter der Regierung des Herrn Fürstbischofes Franz Ludwig, noch weniger aber unter jener Sr. unlängst abgetrettenen Fürstbischöflichen Gnaden wurde eine für die gesamte Judenschaft so harte Maassregel ergriefen.

2. Dieses würde für die hiesige Judenschaft eine äusserst drückende Last werden; denn dieselbe würde hiedurch auch auf jenen Fall für die Entrichtung des Schutzgeldes verantwortlich gemacht, wenn durch nie vorhergesehene Unfälle ein Mitglied gänzlich vermögenslos würde.

3. Die hiesige Judenschaft ist ohnehin mit sehr schweren Abgaben belastet und harret mit Sehnsucht auf die ihr längst und wiederholt verheissene Verbesserung ihres Zustandes; erst neuerdings wurde dieselbe zur Militair-Conscription gezogen, und muss in dieser Hinsicht jährlich eine beträchtliche Summe an das höchste Aerar bezahlen.[8]

4. Der churf. Landesdirektion ist es selbst am besten bekannt, unter wie vielerley und manchfaltigen Rubriken von Giebigkeiten dieselbe ihre Existenz und Erhaltung in dem Staate sichern muss, — ohne die vollen Rechte eines Staatsbürgers zu geniessen.

5. Hiezu kömmt noch die grosse Schuldenlast, die schon von ihren Vorältern, durch den Drang der Umstände erzeugt, auf sie übergieng, und die sie nun unschuldig tragen müssen.[9]

6. Die hiesige Judenschaft ist ohnehin grösstentheils in einem dürftigen Zustande, und würde durch diese höchste Verfügung noch in einen tieferen Abgrund des Elendes gestürzet werden.

7. Da das Schutzgeld jährlich entrichtet werden muss, so ist für das höchste Aerar ohnehin keine Gefahr eines Verlustes zu befürchten und zwar um so weniger, da die Competenten Stellen die zweckmässigsten Executions-Mittel in Handen haben.

8. Es wird ohnehin keinem Juden der höchste Schutz ertheilet, wenn derselbe sich nicht über die erforderliche Summe ausweissen kann; für solche Zahlungsunfähigkeit aber, die in dem Zufalle ihren Grund hat, kann nie einem Dritten eine Verbindlichkeit auferlegt werden.

9. Und selbst die dürftigere Klasse — sollte diese des höchsten Schutzes unseres so huldvollen gnädigsten Landes-Regenten, der allen seinen Unterthanen mit gleicher Vatersorge zugethan ist, desswegen unwürdig seyn, weil sie das Unglück haben im Drucke des Mangels zu darben — vielmehr lässt sich von den erhabensten Grundsätzen churf. Landesdirektion erwarten, dass diesen gnädigste Rücksicht und Linderung ihres ohnehin so harten Looses gewähret werde.

10. Viele von jenen, die so sehnlichst unter dem Schutze einer so weissen und gerechten Regierung zu leben wünschen, würden bey diesen

---

8 Vgl. weiter unten S. 44. 9 Vgl. weiter unten S. 43.

Umständen gezwungen werden, ihre Unterkunft anderswo zu suchen, und so würde der Staat selbst an der Bevölkerung und an Einkünften einen Abgang empfinden.

Aufgemuntert durch das Gränzenlose Zutrauen auf die höchste Einsicht — und die edelste Denkungsart Kurf. Landesdirektion, wovon jede Anordnung den so humanen Geist unserer so glücklichen Regierung athmet, wagen wir die unterthänigste Bitte:

> jetzt, so wie vorher, ohne diese der Judenschaft aufzulegende solidarische Verbindlichkeit, den höchsten Schutz an die einzelne Individuen gnädigst zu ertheilen.

Wir beharren mit tiefster Verehrung churfürstl. Landesdirektion

unterth. gehorsamste

Deputirte der Judenschaft
des Fürstenthums Bamberg.

Die Verfasser dieser durch Schönheit der Form und Wärme des Tones sich auszeichnenden Eingabe mussten eine Enttäuschung nach der andern erleben. Ihre gewiss nicht unberechtigte Bitte scheint mit einer Zurückweisung beantwortet worden zu sein und eine Instruktion, welche die Landesdirektion am 24. Juli 1807 an die untergeordneten Behörden hinausgehen liess, atmet nichts weniger als den Geist einer mildern freiern Zeit.[10] In dieser Instruktion werden die Behörden zur grössten Vorsicht und Strenge bei der Vorlage von neuen Schutzgesuchen gemahnt und darauf hingewiesen, dass nicht bloss der Bittsteller selbst durch Eidesleistung den Besitz eines bestimmten schuldenfreien Vermögens zu versichern habe, wobei nur der Wert seiner Grundstücke und sein disponibles Kapital angerechnet werden dürfe, sondern auch noch die Landgerichte sich von der Zuverlässigkeit dieser Angaben auf Grund einer sorgfältigen Untersuchung zu überzeugen hätten; Ak-

10 Laut Verordnung vom 31. Dezember 1806 wurde fremden Juden verboten, in der Provinz Bamberg Handel zu treiben; nur solchen, die anderwärts ein beträchtliches Vermögen oder eine ausgebreitete Handlung besitzen, kann die Landesstelle für eine verhältnissmässige Gebühr ein jährlich zu erneuerndes Patent, das sie aber nur zum Beziehen der öffentlichen Märkte berechtigt, erteilen. Reg. Bl. 1807, S. 59.

tivforderungen des Schutzsuchenden sollen durch Vernehmung seiner Schuldner nachgeprüft, Vorräte an Warenbeständen durch christliche Handelsleute nachgeschätzt werden; nur dem Besitzer eines ganzen Hauses könne unter der Voraussetzung, dass durch seine Aufnahme die Anzahl der Juden im Orte keine Vermehrung erleiden würde, der nachgesuchte Schutz bewilligt werden; selbstverständlich wird auch ganz nach mittelalterlichen Rezepten das Zeugnis einer „untadelhaften Aufführung" für die Möglichkeit einer Zulassung gefordert.

Wo blieb da die vom Throne in Aussicht gestellte Verbesserung der Verhältnisse der Israeliten? An diese Verheissung knüpft in sehr geschickter Weise die nachfolgende zur kgl. Landesdirektion gerichtete Eingabe der Deputierten vom 17. August 1807 an:

Da bis jezt weder unsere Verfassung festgesetzt, unsere Verhältnisse in politischer Hinsicht regulirt, noch die von Sr. Kön. Maiestät uns verheissene Verbesserung und Erleichterung unserer Lage gewahrt ist, so glauben wir, auf Beibehaltung unseres bisherigen Zustandes im Staate, und auf den Fortgenuss unsrer bisherigen Verfassung insolange umso gerechteren Anspruch machen zu können, als der im hiesigen Lande eingesessenen Judenschaft kein betrügerischer Handel, kein dem Staat nachtheiliger wucherlicher Geldcours und Getraidemäklerhandel vorgeworfen, keine unrechtmässige Lebensweise nachgewiesen werden kann.

Die K. baierische Regierung, welche sich durch erleuchtete Grundsätze, durch menschenfreundliche Dultung so sehr auszeichnet, welche die Barbarey voriger Jahrhunderte zernichtet, und jedem Menschen ohne Rücksicht auf die Religion, wozu er sich bekennt, seine Menschenrechte, jedem Unterthanen den Genuss der Bürgerrechte eingeräumt hat, kann unmöglich gesinnt seyn, unsre Vertilgung zu bezwecken, und unsre so sehr gedrückte Lage vollends unertragbar zu machen.

Die den übrigen Unterthanen offenstehende bürgerliche Erwerbsquellen sind uns versperrt, unsre Existenz ist uns sonach durch noch grössere Beschränkung so gut wie unmöglich gemacht.

Die Anzahl der in unmittelbar Königl. Besitzungen angesessenen Juden beträgt kaum 300, und wenn auch im ehemals ritterschaftl. Gebiete diese Anzahl grösser ist, so wird diese sich dadurch hinlänglich mindern, dass Königl. Landesdirektion die Aufrechtmachung des Schutz-

quantums auch diesen auferlegt, welche vormals hievon befreit gelassen waren.[11]

Diesen Unterschied wird Königl. Landesdirection in allergnädigste Rücksicht zu nehmen und zu ermessen geruhen, dass diese geringe gewiss nicht mit dem Lande unproportionirliche Anzahl nicht noch mehr durch jene Maasregeln verringert und ganz ausgetilgt werde.

Unter dieser Ansicht wird Königl. Landesdirection den Besitz eines Wohnhauses eben so wie die Leistung eines Eides, welche nach unsern Religionsgrundsätzen auch da, wo sie mit Wahrheit geschehen kann, unerlaubt ist, uns nachzulassen, die vormals unmittelbar fürstliche Unterthanen von jeder ferneren Auflage freizulassen und die vormals ritterschaftl. Unterthanen auser dem Ausweis über das verordnungsmäsige Schuzquantum gleichfalls mit fernerer Einschränkung und Belastung zu verschonen, hiebei auch die Anzahl der bisherigen Schuzverwanden im ganzen Lande, fürstlichen und ritterschaftlichen zusammengerechnet, um so mehr beizubelassen geruhen, als wir ansonsten unsre Giebigkeit zu entrichten, unsren Rabiner und Pfründner zu unterhalten, unsren Gottesdienst zu versorgen auserstand gesezt seyn würden.

Allergnädigster Bittgewähr entgegensehend, harren wir in tiefester Erniedrigung

Der Königlichen Landesdirection
allerunterthänigst gehorsamste
sämtliche Judenschafts Deputirte dahier.

Da diese Vorstellung keinen Erfolg hatte, wandten sich die Deputierten mit einer Beschwerde vom 25. September 1807 an das General-Landeskommissariat und diese höchste Behörde der Provinz gab ihrer Meinung ganz im Sinne der Petenten dahin Ausdruck: Da Se. Maj. die allergnädigste Absicht zu erkennen gegeben haben, die Verhältnisse der Judenschaft zu reformieren, so scheint es allerdings bedenklich, noch vor den definitiven Bestimmungen hierüber neue von dem bisherigen Verfahren abweichende Verfügungen zu treffen, welche sehr drückend werden könnten. Dabei blieb es aber dennoch nicht. Die untergeordnete Behörde, die Landesdirektion, wandte sich über den Kopf ihrer vorgesetzten Behörde hinweg mit einer

---

11 Heimberger (Die staatskirchenrechtliche Stellung der Israeliten in Bayern, S. 10) gibt nach einem Berichte der Ministerialpolizeisektion vom Jahre 1812 die Anzahl der Familien der Judenkorporation zur Zeit der Säkularisation auf mehr als 1500 an, diese Angabe kann sonach trotz ihrer Quelle mit den Tatsachen nicht zusammengereimt werden.

Anfrage zur allerhöchsten Stelle: unter welchen Bedingungen künftighin die Genehmigung von Schutzaufnahmegesuchen stattfinden dürfe? und die allerhöchste Stelle billigte die in der oben mitgeteilten Instruktion vom 24. Juli 1807 enthaltenen Grundsätze mit den Worten:

„Da wir diese Grundsätze mit Unserer bei verschiedenen Gelegenheiten erklärten Absicht, eine Vermehrung der Judenfamilien durch neue Aufnahme oder Heyratsbewilligungen noch zur Zeit nicht zu gestatten, vollkommen übereinstimmend und auch sonst ganz zweckmässig finden, so ertheilen Wir denselben Unsere Bestättigung dergestalt, dass hiernach bei allen vorkommenden Fällen insolange verfahren werden solle, bis es Uns möglich seyn wird, über die gänzliche Gleichstellung der Juden mit Unsern christl. Unterthanen eine allgemeine Anordnung zu treffen." (München 29. Okt. 1808.)

Ein solcher Hinweis auf eine bessere Zukunft mochte den Deputierten der Gemeinde ein unwirksamer Trost für die Sorgen der Gegenwart bedünken, so oft ein Termin zur Ablieferung der Schutzgelder und der sonstigen Abgaben nahte und sie mit leeren Händen bei der Provinzial-Hauptkasse erscheinen mussten. Es musste mit Androhung schärfster Massregeln gegen sie vorgegangen werden:

Den Judenschafts Deputirten Elias Eger und Süsslein Baruch wird hiemit zum 3ten und leztenmal bedeutet, sowohl das Schutz- und Gänsegeld, als den Judenleibzoll bis morgen frühe 10. Uhr um so gewieser an die Provinzial Haupt Casse einzuliefern als nach fruchtlosem Verlauf dieses Termins den beyden Deputirten die Execution sogleich eingelegt werden soll.

Bamberg den 24. Febr. 1808.

Koenigliche Provinzial Haupt Casse.

Nicht oft mehr sollten solche Drohungen sich wiederholen. Durch Kgl. Verordnung vom 27. Januar 1809 wurden alle besonderen Personalabgaben in die Antiquitätenkammer verwiesen, fortan sollten die Israeliten mit den anderen Untertanen in gleicher Weise zur Steuer angelegt und zur Lösung von Handelspatenten angewiesen werden.[12]

---

12 Döll. VI. 239. Die Pachtsumme für Leibzoll, der schon am 16. März 1808 für abgeschafft erklärt war (das. S. 231), wurde in Bamberg noch im März 1809 abgefordert und unter Verzichtleistung auf ein Drittel der Pachtsumme erhoben.

Städtische Abgaben.[13]

Länger als das staatliche erhielt sich das auf Grund eines uralten Herkommens an die Stadtgemeinde für die Erlaubnis des Aufenthaltes zu zahlende Schutzgeld, das seit 1777 auf 6 fl. pro Familie ermässigt worden war,[14] wozu dann noch seit 1716 an Nachsteuern für ausser Landes gehende Mitgiften und Erbschaften ein jährliches Aversum von 50 fl. fr. kam. Infolge der zunehmenden Verarmung der Gemeinde waren auch hier Schuldrückstände angewachsen, welche am Anfang des 19. Jahrhunderts an Schutzgeldern 771 fl. betrugen, ferner an Nachsteuern 700 fl., endlich an Zinsen einer auf der Synagoge seit 1694 lastenden Kapitalschuld nicht weniger als 450 fl. Der beim Ankauf der Synagoge vereinbarte Kaufschilling war also nach mehr als einem Jahrhundert noch immer nicht völlig getilgt worden.[15] Dem Stadtmagistrat wird man sonach den Vorwurf des Mangels an Geduld nicht machen können. Auch nicht des Mangels an Rücksicht. Denn auf Befürwortung des guten Wochenstubenverwalters wurden nach Zahlung einer Abtragssumme Abstriche von den entstandenen Rückstände bewilligt, die Nachsteuern auf die Dauer von 15 Jahren um die Hälfte auf 25 fl. ermässigt und die Schutzgelder laut Vergleich vom 24. November 1801 nach folgendem Dreiklassensystem geregelt:

Der Besitzer eines ganzen Hauses zahlte zu Jakobi an die Stadtkämmerei 7 fl. 30 rh.
„ „ „ ½ oder ¼ „ . . . 3 fl. 45 rh.
Ein Hintersasse oder eine Witwe . . . 2 fl. 30 rh.

Arme waren frei.[16] Der Hoffaktor Hesslein als glücklicher Be-

---

13 Das Nachfolgende aus den im Kreis-Archiv aufbewahrten Akten des Mag. Reg. I. Fach-Nr. 25 Akt.-Nr. 1.

14 G. J. B., S. 221.

15 Das., S. 107.

16 Auch die christlichen nicht „verbürgten" Stadtbewohner hatten ähnliche, wenn auch bedeutend geringere „Schutzgelder" an die städtische Kasse zu zahlen.

sitzer von zwei Häusern musste, obgleich es sich doch um eine Personalleistung handelt, sogar doppeltes Schutzgeld zahlen und der Magistrat war im Zweifel, ob derselbe nicht für den Besitz des Kaipershofes noch ein drittes Schutzgeldquantum zu zahlen verpflichtet wäre, aber die kurfürstliche Landesdirektion erklärte am 4. Juni 1804, dass „diese Exigenz gegen den Seligm. Sam. Hesslein und in ähnlichen Fällen unter dem Titel Hausbesitzer nicht mehr zu prosequiren sei."

Jeder israelitische Stadtbewohner erhielt ein „Judenschutzbüchlein" eingehändigt, in welchem die Stadtkämmerei ihm über die richtige Zahlung seiner Verpflichtungen quittierte. Bei der Zulassung eines neuen Schützlings waren an Aufnahmsgebühren zu entrichten:

5 fl. — für den ledernen Feuereimer,
1 „ 15 Kr. für den strohenen Feuereimer,
— 20 „ für die Feuerlöschordnung,
— 15 „ an Beitrag zur Obstkultur,
— 7½ „ an Einschreibgebühr.[17]

Nach Erlass der schon oben erwähnten Verordnung vom 27. Januar 1809, durch welche das Schutzgeld als besondere Personalabgabe der Juden für aufgehoben erklärt wurde, waren die Deputierten der Gemeinde so naiv zu glauben, dass wie die Verpflichtung zur Weiterzahlung der staatlichen Schutzgelder also auch die Verpflichtung zur Weiterzahlung der städtischen Schutzgelder aufhören müsse, und wandten sich zu diesem Zwecke mit einer Eingabe vom 18. August

---

17 Für die Synagoge und deren Vorhaus hatte die Gemeinde seit 1804 ein „Abtragsgeld" von 6 fl. 15 an die Stadtkämmerei zu leisten. Im Revolutionsjahr 1848 verweigerte die Gemeinde die Weiterzahlung dieser Abgabe, und da sich aus den Akten kein Rechtstitel dafür nachweisen liess, musste der Magistrat die Nichtverbindlichkeit anerkennen. Für die Erlaubnis, zwischen dem Hauptwachgebäude und dem gegenüber liegenden städtischen Hause ein Drahtseil zu spannen, zahlte die Gemeinde ein „Vertraggeld" von 45 Kr. p. a. Teurer war der Draht, der in der Kapuzinergasse das Stadtgebiet abschliessen sollte, er kostete monatlich 30 kr. Später war zu demselben Zwecke eine Barriere am Eingang zur Weide.

1809 an das Kgl. General-Kreiskommissariat, wurden aber zu ihrer Überraschung darüber belehrt, dass das an die Städte und Gutsherrschaften zu entrichtende Familienschutzgeld keineswegs bereits als abgeschafft zu betrachten sei, eine Zwiespältigkeit in der Auffassung von bürgerlichen Pflichten der Juden, welche den Köpfen derselben durchaus nicht einleuchtend erscheinen wollte. Als nun gar durch § 22 des Edikts vom 10. Juni 1813, auf das wir später ausführlich eingehen werden, die Israeliten mit den übrigen Ortsbewohnern hinsichtlich ihrer Rechte und Verbindlichkeiten in Gemeindeangelegenheiten gleichgestellt wurden, verweigerten die Vertreter der Kultusgemeinde die Fortzahlung der städtischen Schutzgelder und Nachsteuern und motivierten diese Stellungnahme in einer ans General-Kreiskommissariat gerichteten Eingabe vom 18. August 1813 mit folgenden Sätzen: „Der jüdische Glaubensgenosse leistet unter dem Bürgermilitair seine Dienste, er trägt durch persönliche Militairwache, Patrouilliren u. dgl. zur öffentlichen Sicherheit bei, er entrichtet an das Kgl. Aerar seine ihn treffenden Abgaben jeder Art und beträgt sich und wird wie jeder Bürger betrachtet." Sind wir Bürger oder sind wir Juden? Wenn wir durch Verkündung des Edikts Bürger geworden sind, warum müssen wir die ehemaligen Schutzgelder an die Stadt weiterzahlen? Statt der gewünschten Aufklärung wurden aber die Fragenden auf eine Verordnung vom 13. August 1813 verwiesen, wonach die grundherrlichen Schutzgelder, zu welchen nach einer sonderbaren Logik auch die kommunalen Judenschutzgelder gehören, ebensowenig wie die noch fortbestehende Nachsteuer durch das Edikt aufgehoben sei. Das „Stadt-Rabbineramt" wurde vom Magistrat „freundschaftlich und mit vollster Hochachtung" ersucht, diese Entscheidung in der Synagoge dem ganzen Volke kundzugeben, was aber von der Regierung gerügt wurde, weil nach § 30 des Edikts der Wirkungskreis der Rabbiner sich fortan nur auf geistliche Angelegenheiten zu beschränken habe.[18]

---

18 Nur die Aufnahmsgebühren hören mit dem Edikt auf. Döll., S. 234 und 240.

Natürlich war der Standpunkt des Magistrats und der Regierung unhaltbar, da es sich tatsächlich um eine Personalabgabe und nicht um grundherrliche Ansprüche handelte. Von dieser Überzeugung ausgehend, setzte die Gemeinde den Kampf gegen die der staatsrechtlichen Stellung der Israeliten damals nicht mehr entsprechende Form einer ausserordentlichen Besteuerung jedesmal mit negativem Erfolge fort, bis endlich am 19. Juni 1826 die Regierung erklären musste, dass infolge der veränderten Verhältnisse und Gesetze die Erhebung von Nachsteuern für die Gegenwart nicht mehr passe. Bald darauf folgten auf diesem Wege auch die städtischen Schutzgelder, welche im Jahre 1819 den Betrag von 250 fl. erreichten und zuletzt bis auf 290 fl. jährlich sich summierten. Durch Verordnung vom 18. Februar 1829 wurde die Erhebung von Schutzgeldern für bewilligte Ansässigmachung als unstatthaft erklärt und ein Gesetz vom 1. Juli 1834 ordnete die Aufnahmsgebühren der Bürger und Hintersassen bei Eintritt in die Kommune ohne Rücksichtnahme auf die Konfession. Bis Ende November 1831 hatten noch die Zahlungen zu erfolgen und dann verschwand auch dieser Posten und mit ihm das Schutzjudentum aus den städtischen Rechnungen.[19]

Stolgebühren.

Am längsten von all den antiquierten Abgaben, welche wie versteinerte Überbleibsel aus urväterlichen Zeiten noch im 19. Jahrhundert ein überlebtes Dasein fristeten, erhielten sich die Stolgebühren, welche die im Kirchensprengel von St. Martin wohnenden Israeliten, mit Ausnahme der Kultusbeamten, zur Entschädigung für die der Pfarrei durch jüdische Ansiedelungen entgehenden Stolgbühren als Neujahrsgabe zu überreichen verpflichtet waren.[20] Mit dem Beginne des neuen Regimes lehnte die Gemeinde diese Verpflichtung ab, worauf von der Pfarrei eine Klage beim Stadtgericht angestrengt und von der Gegenpartei am 6. August 1805 mit einem Vergleichsvorschlag beant-

19 Vgl. Döll., S. 241 ff. 20 Vgl. G. J. B., S. 224.

wortet wurde, dessen Verhandlungen bis zum 29. September 1808 dauern, an welchem Tage ein von beiden Seiten angenommener Vertrag geschlossen wird, nach welchem die bis dahin angewachsenen Rückstände mit 50 fl. fr. getilgt werden sollen und für die Zukunft jeder jüdische Hausbesitzer 1 fl., der Besitzer eines ½ Hauses 40 Kr., jeder Mietbewohner und jede Witwe ½ fl. zu entrichten hat. Dieses Übereinkommen sollte aber erst dann rechtskräftig werden, wenn, was damals noch zweifelhaft war, durch Spruch der höchsten Stelle des Landes entschieden werden sollte, dass die israelitische Religionsgemeinschaft von den freiheitlichen Bestimmungen des Religionsedikts vom Jahre 1803 ausgeschlossen sei. Die Entscheidung der höchsten Stelle über diese wichtige Frage lautete:

Bamberg den 19. Novbr. 1808.

Im Namen Seiner Königlichen Majestät von Bayern.

Den Juden Deputirten, Seligman Samuel Hesslein und Elias Jakob Eger dahier wird auf ihre Eingabe vom 30. September d. J. in Betreff der Entrichtung der Stolgebühren an die St. Martins Pfarre daselbst hiemit infolge ergangenen königl: Ministerial Reskripts vom 9. d. M. eröffnet, dass, da die Bestimmung des Religions Edikts vom 10. Jänner 1803 § 5. ausdrücklich nur für die christlichen Religions Verwandten gegeben ist, der von erwähnten Deputirten gestellte bittliche Antrag um Befreyung von der Entrichtung der Stolgebühren an obige Pfarrey nicht Statt finden könne. Übrigens nimmt man keinen Anstand, den deshalb zwischen dem geistlichen Rath und Pfarrer Limmer, dann den erwähnten Deputirten am 29. September d. J. abgeschlossenen Vertrag andurch zu bestätigen.

General Commissariat des Maynkreises.
W. Stengel.

Dabei blieb es bis 1832, in welchem Jahre eine damals eingetretene Vakanz der Pfarrei von der Vorstandschaft der Kultusgemeinde benutzt wurde, um gegen die Stolgebühren einen Vorstoss zu unternehmen und in einer zur Regierung des Obermainkreises gerichteten Eingabe vom 26. Oktober geltend zu machen, dass alle persönlichen Abgaben und Leistungen, welche ehemals in den fränkischen Fürstentümern unter den absonder-

lichsten Titeln für die Juden verbindlich gewesen, sowohl mit den Bestimmungen der bayerischen Verfassung als auch mit dem dermaligen Stande der Kultur als nicht mehr verträglich erscheinen müssten. Nun aber war das Pfarramt in der Lage, sich auf den oben erwähnten mit gerichtlicher Bestätigung geschlossenen Vergleich vom Jahre 1808 berufen zu können, und so musste die Regierung das Gesuch aus formalen Gründen abweisen.

Am 4. Juni 1848 wurde vom Landtag ein Gesetz betr. die Aufhebung aller rein persönlichen Abgaben beschlossen. Unter Berufung auf dieses Gesetz wurde von der Gemeinde der Streik angekündigt und von sämtlichen Abgabepflichtigen die Weiterzahlung der Neujahrsgebühren an die Pfarrei verweigert. Pfarrer Haas, damas schon ein hochbetagter Mann, liess die Sache einschlafen, sein Nachfolger aber legte 1856 eine Beschwerde beim Stadtmagistrat ein und den Bemühungen des damaligen Bürgermeisters Glaser gelang es, einen Vergleich herbeizuführen, indem die Forderung der Pfarrei durch Übergabe einer Staatsobligation im Betrage von 1000 fl. von den Abgabepflichtigen abgelöst wurde. So verschwand auch dieses Stückchen allzu lange konservierten Mittelalters aus der Welt.

Innergemeindliche Verhältnisse.[21]

Von dem wenig erfreulichen Bilde der Gemeinde, das wir aus der Entfernung von 100 Jahren bisher angesehen, würde aber vielleicht das Wesentlichste und Wichtigste vermisst werden, wenn wir nicht in der Lage wären, zu den Mitteilungen, die wir bisher über ihre äusseren Verhältnisse kennen gelernt, auch noch einige ihre Physiognomie kennzeichnenden Mitteilungen über ihre innern Verhältnisse hinzuzufügen.

Die Angelegenheiten der Gemeinde, soweit sie nicht das Gebiet des Religiösen berührten, wurden von 2 Deputierten

---

21 Auf Grund der Rabbinatsakten. Vgl. G. J. B., S. 91—92.

verwaltet, zu welchen der wenig beneidenswerte Einnehmer der Kultusabgaben sich gesellte. Zur Beratung und Beschlussfassung über wichtigere Angelegenheiten, und dazu gehörte vor allem die Finanzgebahrung, wurde ein Ausschuss aus der Mitte der Gemeinde ausgelost. Der Haushalt der Gemeinde wurde wie herkömmlich durch Besteuerung eines jeden Familienhauptes mit 5 fl. und durch Erhebung von 10—15 Kr. von je 100 fl. des eingeschätzten Vermögens, das im Jahre 1813 von der gesamten Gemeinde 153 350 fl. betrug, bestritten. Dazu kam, ausser der Platzmiete für Betstühle und Aufnahmsgebühren, als ergiebigste Einnahmequelle eine schon damals beliebte Konsumsteuer auf das unentbehrlichste Nahrungsmittel, ein Dreier von jedem Pfund rituellen Fleisches. Höchstbesteuerter war der Hoffaktor mit einer Anlage von 30 000 fl., später 50 000 fl., und einer Abgabe von 80 fl., dem sein Bruder Jos. Sam. mit einer Vermögensanlage von 5500 fl. folgte. Eine Aufstellung des Gemeindehaushalts vom Jahre 1803 enthält folgendes

Inhalts-Register von den Einnahmen:

Ständige:	Unständige:
1. Schatzung und Familiengeld.	1. Fleischzettelein.
2. Eingangsgelder von einem Neuverheirateten 10 fl.	2. Pachtgelder von diesen Zettelein.
3. Bestandgeld der Stühle in der Synagoge.	3. Miete für die Rabbinerswohnung 25 fl.
4. Concurrenz zur Mühle auf Ostern von den Bischbergern 9 fl.	4. von den Nichtverheirateten nach Gutbefinden der Deputierten.
5. Einnahme an Aussenständen.	

Inhalts-Register von den Ausgaben:

Ständige:	Unständige:
1. für den Vorsinger fl. 145.	1. Baureparaturen.
2. für den Schulklopfer fl. 62 kr. 30.	2. Belohnung für Fastende.
3. für den Schächter fl. 50.	3. Einquartierung.
4. Steuern zur Stadtkämmerei.	4. Beleuchtung.
5. Bassist fl. 18.	5. Kontributionsgelder.

6. für die Armen auf Ostern c. 10 fl.
7. Bestandgeld für den Totenwagen.
8. Steuern ans Rentamt.
9. für den Nachtwächter.
10. für das Bäckerbrod zur Neujahrszeit.
11. für die Mühle auf Ostern.
12. Wache am langen Tag.
13. die Schulmagd.

6. Anlehensgelder
7. zwei Zedern.
8. zwei Palmzweige.
9. Schul auf Pfingsten.[22]

Ebbe und Defizit in der Gemeindekasse ist die unerfreulichste Erscheinung jener Zeit. Die Einnahmen betragen pro 1802/03 fl. 570.16¼ und die Ausgaben fl. 817.50; von 1803—1808 die Einnahmen fl. 2917.5 und die Ausgaben 3285.50; von 1808—14 die Einnahmen fl. 3730.20 und die Ausgaben 4098.47¼. Dazu kamen die damals obligatorischen Armenlasten, die für 1810 bis 1812 an Einnahmen fl. 448.53 und an Ausgaben fl. 540.34 aufweisen.

Es gehört mit zu den Zeichen der Zeit, dass die patriotischen Feste schon damals auch im israelitischen Gotteshause gefeiert wurden. Über die Krönungsfeier, die am Dienstag, 14. Januar 1806, in der Synagoge abgehalten wurde, berichtet die Bamberger Zeitung: „Die Judenschaft dahier hat den unserem mächtigen Könige gewidmeten Tag sehr feierlich begangen. Früh 9 Uhr versammelte sich dieselbe auf das durch Musik gegebene

22 Zur Erklärung einiger Positionen ist zu bemerken: Der Nachtwächter war der Wecker der Frommen zur Frühandacht an den Busstagen und erhielt für diese verdienstliche Tätigkeit 1¼ fl.; am „langen Tage" wurde das Gotteshaus von Polizeisoldaten bewacht, die dafür mit Brod und Bier und einem Sold von 4—5 fl. entschädigt wurden; die Schulmagd war ein dienstbarer Geist, den die Gemeinde an Sabbaten und Festen nicht entbehren konnte; die Kontributionsgelder für die „Schul" bilden einen laufenden Ausgabeposten von schwankendem Betrage (pro 1808/09 ist österr. Kontribution für die Schul mit 26,49 fl. verzeichnet); die Ausschmückung der Synagoge zu Pfingsten kostet 15 fl. Der Landesrabbiner erhielt seine Besoldung von 100 Rthlr., die erst 1807 erhöht werden soll, aus der landjudenschaftlichen Kasse, nicht von der Gemeinde, ausserdem freie Wohnung im Mietpreise von 25 fl.

Zeichen in der prächtig beleuchteten und gezierten Synagoge, wo von der ganzen Versammlung mit voller Andacht folgende 8 Kapitel der Psalmen gebetet wurden, als 21, 29, 45, 46, 61, 72, 133, 145. Nach einem Dankgebet wurde von dem Vorsinger mit musikalischer Begleitung ein Te Deum abgesungen, „welches durch das herzlichste, oft wiederholte Vivatrufen der ganzen Versammlung beendigt wurde." Das muss sehr erbaulich gewirkt haben.[23]

Laut Zuschrift vom 28. April 1810 wurden „die Vorsteher der Judenschaft" vom General-Kommissariat des Mainkreises beauftragt, für die glückliche Entbindung Ihrer Majestät der Königin „eine passende Gebetformel zu entwerfen und solche bei ihren Versammlungen in der Synagog öffentlich abzubeten."

Ob es schon damals in der kleinen Gemeinde gebildete und aufgeklärte Männer oder gar neuerungssüchtige Freigeister gegeben haben mag? Die Geschichte erzählt folgende Episode: In Bamberg war es ein Gebot der Vätersitte, dass verheiratete Männer nur „mit aufgeschlagenen Hüten, nicht aber mit Pelzmützen, Kasketen, niedern oder Jagdhüten, und am Sabbath nur in Schuhen, nicht aber in Kamaschen, Pantoffeln oder Stiefeln die Synagoge betreten dürfen." Nun erlaubten sich aber einige vom Zeitgeiste angekränkelte jüngere Herren, in der Synagoge mit Stiefeln und mit runden Hüten zu erscheinen. Der Rabbiner Gersfelder schritt sofort mit aller Energie gegen die Neuerer ein und bedrohte diese „indecente Erscheinung" mit einer Strafe von 2 Rthlr. Am 8. Tage des Passafestes des Jahres 1808 wurde aber trotz dieser Androhung von jungen Herren ein Attentat in der Synagoge verübt. „Zum Hohne der mosaischen Gesetze liessen sie sich an halben Feiertagen rasieren und gingen so ausstaffiert ganz dreist in die Synagoge; der

---

23 Das damals verrichtete Königsgebet in hebräischer Sprache bringen wir als Beilage am Schlusse der Schrift. Im Gemeinde-Etat vom Jahre 1806 ist verzeichnet „für Illumination in dem Schulhauss" für Baumöl 15 fl. 12 kr. Auch am 19. Oktober 1814 wurde zur Erinnerung an die Völkerschlacht bei Leipzig eine Feier in der Synagoge abgehalten.

Rabbiner, hierüber betroffen und besorgt für das weitere Vorschreiten dieser Ausgezeichneten im Wege des Frevels, versagte ihnen den gewöhnlichen Segen." (matnath jad.) Die nichtgesegnete Jugend wandte sich nun beschwerdeführend gegen den Rabbiner an die Kgl. Landesdirektion, wurde aber durch eine in der Synagoge zur Verlesung gebrachte Verfügung folgenden Inhalts in die Schranken zurückgewiesen:

„Die Polizeidirektion habe so wenig zu gestatten, dass der Oberrabbiner sich mehr, als seine Religionssatzungen ihm einräumen, anmasse; aber auch eben so wenig zuzugeben, dass die Synagoge in ihren von der Mehrheit anerkannten und herkömmlichen Gebräuchen gestört und die Achtung, welche jeder gottesdienstlichen Versammlung auch rücksichtlich ihres eingeführten Ritus in allen Beziehungen gebührt, nicht durch einzelne Individuen beinträchtigt werde, denen es, wenn sie dissentiren wollten, unbenommen sei, sich davon auszuschliessen, die ungestraft es jedoch nicht versuchen dürften, den von der Kirchengesellschaft angenommenen und vom Staate tolerirten Grundsätzen durch an sich unnütze und derselben anstössige Handlungen zu begegnen."

Jugend kennt bekanntlich keine Tugend, das galt schon vor 100 Jahren. Bei nächster Gelegenheit erschienen vier jungliberale Herren in der Synagoge, modern gekleidet mit Stiefeln und rundem Hut und sogar mit Nankingbeinkleidern. Ein Schrei der Entrüstung gegen diese kecke Herausforderung erhob sich in der Gemeinde und eine Beschwerde der Vorsteher gegen diese „Störer der hergebrachten Ordnung" veranlasste die städtische Polizeidirektion, durch den Schulklopfer in Anwesenheit eines Polizeioffizianten und Polizeisoldaten in der Synagoge eine Verfügung verlesen zu lassen: „dass es künftig keinem verheurateten Juden mehr erlaubt sein sollte, sich an halben Feiertagen den Bart abnehmen zu lassen, noch am Sabbathe mit Stiefeln, rundem Hute etc. in der Synagoge zu erscheinen, wofern er sich nicht die schärfste Ahndung zuziehen wolle." Der grösste Teil der Gemeinde erklärte sich solidarisch mit den Hütern des alten Herkommens und von den 39 Familien, aus welchen damals die Gemeinde bestand, verpflichteten sich 28 sogar schriftlich in diesem Sinne. Aber was nützte dies alles?

Die Liberalen wandten sich ans Ministerium und dieses erteilte der Partei der Altgläubigen einen Verweis. Also siegte mit Hilfe der Kgl. bayer. Staatsregierung die Reformation des Judentums in Bamberg.[24]

---

24 Ein Bericht über diese Vorgänge, der auch in mehreren politischen Zeitungen veröffentlicht wurde, erschien anonym in der Zeitschrift Sulamith 1808, Jahrg. II, Bd. I, S. 189, und stammt jedenfalls aus der Feder des liberal gesinnten damaligen Elementarschullehrers der Gemeinde M. L. K o h n (von welchem eine Korrespondenz in Sul. 1810, Jahrg. III, Bd. I, S. 31), worauf von orthodoxer Seite eine mit Z gezeichnete Berichtigung dieses Berichtes (daselbst 1808, S. 191) erschien. Die Meldung über das Endresultat ist daselbst 1809, S. 423, enthalten. Eine Uebersetzung des Berichtes aus Sulamith war sogar in einer französischen Zeitung erschienen (vermutlich von Gerard Gley, einem kath. Priester französischer Herkunft, der damals in Bamberg ein „Archiv, enthaltend Materialien zu einer philosophischen Geschichte der jüdischen Nation" herausgab) und wird aufgefrischt in L'écho de Paris vom 16. Juli 1908.

II.

Das Edikt vom 10. Juni 1813.

„Das Alte stürzt, es ändert sich die Zeit und neues Leben blüht aus den Ruinen!“ Das mochte der Eindruck sein, den unsere Vorfahren vor 100 Jahren empfingen, als die königliche Botschaft ihnen verkündet wurde: Ihr sollt die Schmach und den Druck des Schutzjudentums nicht länger tragen, ihr sollt nicht mehr Fremde und Heimatlose sein auf dem Boden, auf welchem eure Ahnen seit vielen Jahrhunderten gelebt und gelitten, ihr sollt fortan aus den Quellen deutscher Bildung den Durst eures Geistes sättigen und am Herzen des Vaterlandes aufgenommen sein als Kinder einer grossen Familie und als Bürger eines angesehenen Staates. Zunächst allerdings nur als Stiefkinder und als Bürger zweiter Klasse. Ein Erziehungsgesetz hat man das Edikt genannt, man hätte es besser ein Kulturgesetz nennen sollen und es wäre ein zweckentsprechendes Mittel zur Erziehung und Umbildung der Israeliten noch mehr geworden, wenn nicht zwei Seelen in seiner Brust gelebt hätten und wenn nicht der mittelalterliche Geist neue Formen der Erhaltung gefunden und neue Schranken an Stelle der gesunkenen aufgerichtet hätte, welche die natürliche Entwickelung auf den bereits betretenen Bahnen neuzeitlichen Fortschritts aufgehalten, und diese Schranken waren die pharaonischen Bestimmungen über die Immatrikulation, die das Edikt enthalten hat.[1]

---

1 Vgl. K. J. E., S. 22 ff. Heimberger: Staatskirchenrechtliche Stellung, S. 11 ff., 27 ff. Tänzer: Geschichte der Juden in Tirol und Vorarlberg, I., S. 185 ff. Das Nachfolgende auf Grund von Mag.-Akten, Tit. XI, Fach-Nr. 1305, Akt.Nr. 1 und 1312 Nr. 2.

Die Immatrikulation.

Schon ein allerhöchstes Reskript vom 29. April 1811 hatte eine genaue Konskription der Juden und ihrer Verhältnisse angeordnet, worauf die Deputierten der Gemeinde, in deren Verzeichnissen allerdings ein heilloser Wirrwarr herrschte, eine Aufstellung machten, aus welcher die Anzahl von 50 königl. Schutzjuden, 5 Gemeindebeamten, 1 pensionierten Beamten und 19 ledigen Herren mit insgesamt 145 männlichen und 133 weiblichen Personen = 278 Seelen sich ergab. Nach § 3 (und 10) des Edikts sollten nun sämtliche Israeliten binnen 3 Monaten mit Vorlage ihrer urschriftlichen Schutzbriefe und Aufnahmsurkunden sich bei der Polizeibehörde ihres Wohnortes anmelden, um einen deutschen Familiennamen anzunehmen und in eine Matrikel eingetragen zu werden. Die damaligen Familienväter müssen aber eine sehr unzulängliche Vorstellung von der Bedeutung des Indigenats besessen haben, da nicht ein einziger von ihnen innerhalb der vorgeschriebenen Frist zur Erfüllung der vorgeschriebenen Formalitäten sich bei der Polizei blicken liess, und ihre Nachkommen wären Ausländer geblieben, wenn nicht die Kreisregierung die Säumigen geschützt hätte vor den Folgen ihres Schlendrians; sie liess durch den Schulklopfer folgende Bekanntmachung in der Synagoge veröffentlichen:

„Der in dem allerhöchsten Edikte über die Verhältnisse der Juden festgestellte Termin zur Erfüllung des § 3 ist bereits längst verflossen, ohne dass ein einziges Individuum seinen Verbindlichkeiten nachgekommen wäre.

Das in § 10 gedrohte Präjudiz wäre daher nach dem Sinne des Eingangs benannten Edikts für alle jüdischen Glaubensgenossen verwirkt.

Um denselben jedoch einen Beweis von Nachsichtigkeit zu geben, will man diesen Termin noch um 4 Wochen, jedoch unter der ausdrücklichen Bemerkung verlängern, dass nach dem Verlauf derselben das gesetzliche Präjudiz gegen den Säumigen strenge in Vollzug gebracht werden soll.

Da man indess überzeugt ist, dass der grösste Teil der hiesigen jüdischen Glaubensgenossen eilig den allerhöchsten Anordnungen sich füget, und nur aus Nachlässigkeit denselben früher zu entsprechen zauderte, so bestimmt man für deren Matriculierung den 21.—26. l. M., in welchen Tagen von 2—6 Uhr Nachmittags beiläufig 6 Familienväter täglich sich einfinden und ihre Erklärung abgeben werden.

Zur Erhaltung der nöthigen Ordnung wird man jedoch die einzelnen

Familienväter noch besonders vorladen und die Zeit ihres Erscheinens bestimmen lassen."

Bamberg, am 17ten Februar 1814.

Königliches Polizei Comissariat.

Als erster bayerischer Staatsbürger jüdischen Glaubens in Bamberg meldete sich am 21. Februar 1814 bei der Polizei der Bankier Jos. Sam. Hesslein und ihm folgte die ganze Gemeinde mit genauer Angabe der Personalien und Familienverhältnisse. Die geforderte Legitimation des Aufenthaltes liess freilich zu wünschen übrig, viele wollten in der Zwischenzeit ihre Schutzbriefe verloren oder bei einem Brande eingebüsst haben. Mit einem anständigen Familiennamen konnte etwa die Hälfte der Gemeinde bereits aufwarten, die Namenlosen hatten das Vergnügen der Auswahl. Der Vorsänger der Gemeinde z. B. nannte sich in einem Anfall von Grössenwahn „Rothschild", der Synagogendiener Marx Josias entschliesst sich nach längerer Überlegung für den selbstverleugnenden Namen „Ochs" und ein bescheidener Milchausträger will nach seiner beruflichen Tätigkeit „Milchmann" heissen. Die neuen Bürgerfamilien wurden nach Ableistung des Bürgereides in einer Matrikelliste unter einer Kreisnummer in Bayreuth und einer Ortsnummer bei der Lokalbehörde eingetragen und erhielten zu ihrer Legitimation einen durch schönes Deutsch sich auszeichnenden Schein oder „Auszug", der den Wortlaut hatte: „Auszug aus den — auf den Grund der allerhöchsten Verordnung über die Verhältnisse der jüdischen Glaubensgenossen im Reiche vom 10. Juni 1813 (Regierungsblatt vom Jahre 1813, pag. 921) im § 8 angeordneten Matrikel der Juden in dem Mainkreise"; hierauf folgte in Kolumnen die Nummer der Kreis- und der Ortsmatrikel, der vormalige und der angenommene Name etc. Die sämtlichen Matrikeln wurden in einem Kataster angelegt. Wir sind in der Lage, den im August 1818 angelegten „Kataster über die beschützten Juden zu Bamberg" nachfolgend mitzuteilen.[2]

2 Aus einem Folianten im Kreis-Archiv. Für Stammbaumforscher und Nachkommen sei hinzugefügt, dass in der Urschrift des Katasters auch die sämtlichen Kinder der Familien vom Jahre 1818 mit Altersangabe sich verzeichnet finden.

Schutz-nummer	Des Juden jetziger Name	vormaliger Name	Geburtsort	Alter	Namen der Ehefrau	Geburtsort	Alter	Gewerbe	Etwaiger Realitäten-Besitz
79	Adler Isaak Marum I.	Isaak Marum	Bamberg	59	Hendl	Fürth	50	Ellenwaaren	Ein Hauss No. 191
80	Adlerstein Jakob, Salomon II.	Jakob Salomon	Bamberg	60	Zärlein	Acheltshausen bei Würzburg	56	Handel ohne spezielle Benennung	Ein Hauss mit No. 108
1049	Adlerstein Elkan Jakob III.	Elkan Jakob	Bamberg	31	Louise	Cunreuth Landgericht Forchheim	24	Schafwolle, Hasenbälgeu. Landesprodukten-Handel	Ein Hauss No. 510
81	Bloch Abraham Isaak IV.	Dachauer Abraham †	Dachau in Böhmen	74	Dachauer Rosalia	Neuhauss b. Budweiss in Böhmen	59	ohne, lebt von Unterstützungen einiger Wohlthäter u. ihres Sohnes	ohne
82	Brühl Isaak Moises V.	Brüll Isaak Moises	Bamberg	56	Sara	Bamberg	36	Garkoch	Ein halbes Hauss No. 118
83	Brüll Mayer Wolf VI.	Brüll Mayer	Bamberg	47	Catton	Bamberg	31	Waaren-Handel	Ein Hauss No. 29
84	Brüll Isaak Israel Wwe. VII.	wie itzt	—	—	Dina	Bamberg	42	Hausier-Handel	Ein halbes Hauss No: 26

Schutz-Nummer	Des Juden jetziger Name	vormaliger Name	Geburtsort	Alter	Namen der Ehefrau	Geburtsort	Alter	Gewerbe	Etwaiger Realitäten-Besitz
86	Biebergau Juda Abraham VIII.	Juda Abraham Biebergau	Königshofen im Grabfeld	47	Leha	Bamberg	60	Ellenwaarenhandel	Ein Haus No. 182
87	Berliner Esther Wwe. IX.	Nathan Berliner †	Bamberg	—	Esther	Fürth	50	Kleiner Handel, Vorkauf, Krankenwärterin	ohne
90	Brüll Jakob Israel X.	Jakob Israel	Bamberg	47	Sarl	Fürth	39	Kleider-Handel	Ein halbes Hauss No. 26
91	Brüll Wolfs Wwe. † XI.	Klärla	Schnaittach Landgericht Gräfenberg	73	—	—	—	lebt von ihrer Kinder Unterstützung	Ein Hauss No. 29
92	Eger Moriz XII.	Moses Eger	Bamberg	37	Gurdel	Niederweren b. Schweinfurt	33	Negoziant	Ein Haus in Bamberg No. 194
93	Eger Elias Jakob XIII.	Elias Eger	Bamberg	60	Karoline	Ansbach	60	Negoziant	Ein Hauss No. 110
94	Feldheim Süsslein Moises XIV.	Süsslein Moises	Frensdorf Landgericht Bamberg	49	Röschen	Bamberg	36	Schnittwaarenhandel	Ein Hauss No. 153
96	Friedheim Löw Nathan Wittwe † XV.	—	—	—	—	—	—	—	—

97	Feist Löw Sprachlehrer XVI.	Leo	Buttenheim	37	Amalie	Bayreuth	24	Lehrer	Ein Hauss No. 54
95	Frensdorf Süsslein XVII.	Süsslein Baruch	Bamberg	62	Regine	Fürth	35	Spekulationshandel	Haus mit No. 106
98	Geldersheimer [1] David XVIII.	David Geldersheimer	Bamberg	43	Reizla	Buttenheim	35	Schnittwaarenhandel	ohne
99	Geldersheimer Eissig XIX.	Eisig Geldersheimer	Bamberg	38	Michla	Pretzfeld	28	Schnittwaarenhandel	ohne
101	Hesslein Josef Samuel XX.	wie itzt	Bamberg	45	Gudele	Lendershausen bei Hofheim	41	Negoziant	Zwei Häuser No. 555 u. 190
102	Hesslein Hanna Hoffakt.-Wwe. XXI.	Hanna	Lendershausen bei Hofingen	—	—	—	60	Lebt von ihren Interessen	ohne
103	Hesslein Salomon Samson XXII.	Salomon Samson	Bamberg	60	Babette	Bamberg	40	ohne	Ein Hauss mit No. 188
104	Hesslein Salomon Moises XXIII	Salomon Moises Hesslein	Bamberg	45	Fanna	Endertshausen	35	Spekulationshandel	Ein Hauss No. 177
105	Hesslein Moses Wwe. † XXIV.	—	—	—	—	—	—	—	—

1 Schwiegersohn des Rabbiners Feust. Vgl. G. J. B., S. 179. Ein Bruder war Nationalgardist 2. Klasse.

Schutz-Nummer	Des Juden Name jetziger	Des Juden Name vormaliger	Geburtsort	Alter	Namen der Ehefrau	Geburtsort	Alter	Gewerbe	Etwaiger Realitäten-Besitz
106	Hesslein Abraham Samson XXV.	Abraham Samson	Bamberg	42	Minka	Bischberg	32	Schnittwaarenhandel	Ein Hauss No. 19
107	Hesslein Seligmann David auch Reiss XXVI.	Seligmann David Hesslein	Misselfeld	18	ledig	—	—	Tuchmachers-Lehrling	ohne
108	Hesslein Juda XXVII.	Juda Hesslein	Bamberg	42	Klara	Bischberg	35	Schnitthandel	Hauss sub No. 201 a
109	Hessler Heinrich XXVIII.	Isaak Hesslein	Bamberg	33	Sara	Fürth	24	Schnittwaarenhandel	ohne
110	Herr Moises XXIX.	Moises Hirsch	Zeckendorf Landgericht Schesslitz	50	Babette	Lutherisch Heiligenstadt	40	Schnittwaarenhandel	Ein Hauss No. 196
111	Hirschmann Jonas Josel † XXX.	Jonas Josel	Bamberg	79	gestorben	Leipzig	54	Nothhandel	Ein Hauss No. 119
	Hirsch Moritz	Moses	Königshofen	1797 geb.					
112	Hollsteiner Moises XXXI.	Moises Simon	Bamberg	65	Recha	Gochsheim im Würzburgischen	30	Schnitthandel	ohne

113	Hessdorfer David XXXII.	Hessle David	Bamberg	67	ledig	—	—	Almosen von der Judenschaft	Ein halbes Hauss No. 189
114	Hamburgerin Rika Wittwe † XXXIII.	—	—	—	—	—	—	—	—
	Rothschild Isaak	Löb Koppel	Bamberg	1787 geb.	Fröhlich Babette	Küps Landg. Kronach	—	Schnittwaarenhandel	—
115	Jung Salomon Samson XXXIV.	Salomon Samson	Lendershausen bei Hassfurt	42	Hefele	Sulzbach	30	Spekulation	ohne
116	Ingberg Baruch Josel XXXV.	Baruch Josel	Bamberg	32	Rosa	Lichtenfels	22	Schnittwaarenhandel	ohne
117	Kolb Jonas Koppel XXXVI.	Jonas Koppel	Bamberg	41	Mariane	Fürth	34	Handlung	Ein Hauss sub No. 564
118	Kolb Koppel Löb XXXVII.	Koppel Löb	Bamberg	71	Kaila	Dresden	60	lebt von Unterstützung der Kinder	ohne
140	Kolb Isaak XXXVIII.	Isaak Koppel Kolb	Bamberg	29	Charlotte	Bamberg	28	Bijouteriewaaren-Handlung	Ein Hauss No. 116
1103	Kronacher Leo XXXIX.	Löb Kronacher	Bamberg	30	ledig	—	—	Schnittwaarenhandel	ohne
119	Kronacher Abraham Wittib XXXX.	Abraham Joels Wb.	Bamberg †	56	Besla	Bamberg	67	Schnittwaarenhandel	Ein halbes Hauss No. 25

Schutz-Nummer	Des Juden jetziger Name	Des Juden vormaliger Name	Geburtsort	Alter	Namen der Ehefrau	Geburtsort	Alter	Gewerbe	Etwaiger Realitäten-Besitz
121	Kronacher Joel XLI.	Joel Abraham Kronacher	Bamberg	34	Wilhelmine	Reckendorf Landgericht Baunach	31	Schnittwaarenhandel	Ein halbes Hauss No. 25
122	Lanz Joseph Lämmlein XLII.	Joseph Nathan Lämmlein	Bamberg	36	Maila oder Amalie	Mistelfeld b. Langheim	31	Kramwaarenhandel	Ein Hauss No. 477
123	Lövenberg Löw Hirsch XLIII.	Löb Hirsch	Bamberg	56	Kehla	Niederwern b. Schweinfurt	55	Scribent u. Rechenlehrer	ohne
124	Lewinger Hermann XLVII.	Hermann Lewinger	Deidenheim Grossh. Baden	40	Elkel	Bamberg	27	Schnittwaarenhandel	ohne
125	Meinbernheimer Koppel XLV.	Koppel Meinbernheimer	Mainbernheim bei Kitzingen	64	Behla	Bruck b. Erlangen	40	Schmuser	Ein halbes Hauss No. 25
128	Regensburger Hirsch XLVI	Hirsch Regensburger	Bamberg	55	Doreth	Bamberg	42	Scribent u. Lotto-collekteur	ohne
129	Rothschild Koppel XLVII.	Koppel Vorsänger	Bamberg	37	Zerla Mayer	Merzbach im Itzgrund	34	Schnittwaaren- und Kleiderhandel	ohne
1051	Rosenthal David XLVIII.	David Jakob	Buttenheim	44	Rebekka	Bamberg	29	Traiteur	ohne

100	Springer Mayer XLIX.	Mayer Springer	Fürth	33	Bräunla	Altenkundstadt	30	Waarenhandel	Hauss mit No. 533
131	Steinhardt Nathan Levi † L.								
	Vorchheimer Salomon Ensel	Salomon Vorchheimer	Bamberg	1786 geb.	Jeanette Schloss	Diesbeck Landgericht Neustadt a.S	—	Rauhhandel	
133	Steinhardt Abraham Nathan LI.	Levi Nathan	Bamberg	55	Babette	Altenschönbach bei Theres	36	Jubelen-Kenntniss	1/4 Hauss No. 204
132	Seligsbergs Wittwe LII.	ebenso	Bamberg	—	Merla	Bamberg	40	Waarenhandel	Hauss No. 197
134	Sternkorb Hayums Wittib LIII.	Jakob Hayums Wittib	Bamberg	48	—	—	—	Handel mit Waaren und Kleider	Ein halbes Hauss No. 24
135	Schwedt Löv LIV.	Löb Aron	Altenkundstadt	28	Nanna Hirsch	Zeggendorf b. Schesslitz	20	Handel mit Schnittwaaren	ohne
136	Sommerachers Wittib Gütel LV.	Der Mann Moses	Sommerach	77	Gütel	Pommersfelden	86	lebt vom Almosen	ohne
137	Uhlfelder Löv LVI.	Löb Uhlfelder	Uhlfeld b. Neustadt a.A	50	Blümla	Bamberg	53	Spekulation	ohne
138	Vorchheimer Ensel LVII.	Ensel Vorchheimer	Fürth	60	Regala	Bamberg	61	Traiteur u. Waaren-Handel	ohne

33

3

Schutz-Nummer	Des Juden jetziger Name	Des Juden vormaliger Name	Geburtsort	Alter	Namen der Ehefrau	Geburtsort	Alter	Gewerbe	Etwaiger Realitäten-Besitz
139	Walter Nathan LVIII.	Samuel Nathan	Bamberg	45	Sara	Bamberg	39	Negoziant	Zwei Häuser No. 204 1208, mehrere Besitzungen auf dem Lande
1050	Blumenthal Abraham Nathan Wittib LIX.	Abraham Nathan †	—	—	Mariane	Geldersheim	70	von der Unterstützung ihres Sohnes	Hauss-Antheil No.
140	Wolfsheim Lämmlein Nathan LX.	Lämmlein Nathan	Bamberg	75	Feila	Fürth	45	Waaren-Handel	Ein Hauss No. 180
113	Hessdorfer Hesslein LXI.	Hesele	Bamberg	66	ledig			Almosen von der Judenschaft	Ein Halb-Hauss No. 189
	Vorchheimer Salomon Ensel LXII.	Salomon Vorchheimer	Bamberg	29	ledig			Rauhhandel	ohne
	Rosenthal Jakob Löb LXIII.	Jakob Löb	Hirschaid	79	Idla	Buttenheim	73	Schulklopfer Schnittwaarenhandel	ohne
	Juden, deren Schutz-Stellen nach ihrem Ableben nicht wieder besetzt werden.								
85	Brüll David und Samuel I.	David Löb Brüll	Bamberg	52	ledig			Hausierhandel mit Schnittwaaren,	ohne
		Samuel Hirsch Brüll		47	ledig			Gütergeschäft	ohne

88	Berliner Joseph II.	Berliner Joseph	Bamberg	43	ledig			Kleinhandel mit allerlei	Ein Hauss No. 81
89	Blümlein Fratel led. Weibsperson III.	Fradel	Bamberg	67	ledig			Kleinhandel	ohne
100	Grünfeld 1) Zacharias 2) Löw 3) Michel IV.	Zacharias Jonas Löb Jonas Michel Jonas	Bamberg	56 58 36	ledig ledig ledig			Kleidungshandel Kleinhandel Kleiderhandel	ohne ohne ohne
113	Hessdorfer Nathan V.	Nathan Hesslein	Bamberg	65	ledig			Almosen von der Judenschaft	Ein halbes Hauss No. 189
120	Klein Nathan und Joseph VI.	Nathan Hirsch Joseph Hirsch	Bamberg Bamberg	48 60	Caroline ledig	Bamberg Bamberg	48	Handel mit alten Kleidern	Ein Hauss No. 204 ohne
126	Mosbacher Mayer VII.	Mayer Mosbacher	Bamberg	52	ledig			Kleiderhandel	ohne
127	Neu Kallmann VIII.	Kallmann Wolf Nathan	Bamberg	70	Rosine	Buttenheim	48	Handel mit Kleinigkeiten	Ein Haus-Antheil No. 204

Die Summe der im Jahre 1814 ortsansässigen und immatrikulierten Familien, ursprünglich die Anzahl von 59, die aber auf dem Gnadenwege noch um 10 Nummern für Bamberg erhöht wurde, wurde als Normalzahl angenommen, welche nur in besonderen Fällen und nur mit allerhöchster Genehmigung überschritten werden durfte, und diese zufällige Normalzahl war entscheidend für das Schicksal von Generationen, diese zufällige Normalzahl war die unnatürliche Schranke und das pharaonische Gesetz, das sich entgegengestellt dem natürlichen Rechte und dem allgemein menschlichen Wunsche nach Existenz und nach Familie.[3]

Wer keine Matrikel hatte, hatte kein Ansässigkeitsrecht, und wer kein Ansässigkeitsrecht hatte, war zum Zölibat verurteilt oder zur Auswanderung gezwungen. Das Stückchen Papier, das man einen Matrikelauszug nannte, war darum ein wertvolles Dokument, die Bescheinigung und der Ausweis eines Rechtes, das der Inhaber wie sein Vermögen in der Regel auf eines seiner Kinder vererbte. Denn selbst wenn Einer auf grund eines erlernten Handwerks eine ausserordentliche Matrikelnummer erworben, so musste diese überzählige Nummer im Falle der Erledigung einer von den 69 bewilligten Nummern in die vakant gewordene Stelle eingerückt werden. Jede durch Absterben oder Auswanderung des Inhabers entstandene Vakanz liess der Magistrat durch die Zeitungen mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntnis bringen, dass Bewerber um diese Stelle ihr Gesuch binnen 3 Monaten bei der Behörde vorzulegen haben. Bei gleicher Qualifikation, über welche in der Regel die Deputierten der Gemeinde gutachtlich vernommen wurden, geniessen die ortseingeborenen den Vorzug vor den auswärtigen Bewerbern.[5]

---

3 Ich habe die jahrzehntelangen Bemühungen der bayerischen Israeliten zur Beseitigung der Schranke des Matrikelgesetzes ausführlich auf Grund von Akten in meiner Schrift K. J. E., S. 23 ff. geschildert.

5 Das Matrikelgesetz wurde erst 1861 aufgehoben. Vgl. das. S. 123. und Döll., S. 29 und 32.

Handel.

Wie wir dem oben mitgeteilten Kataster entnehmen können, gehörten die in Bamberg lebenden Israeliten fast durchweg dem Stande der Kleinhändler an und nur die wenigen Bessergestellten unter ihnen schmückten sich mit der vornehmer klingenden Bezeichnung eines „Negotianten". Es wurde nun von der Regierung die Frage aufgeworfen und laut Zuschrift vom 21. Juni 1814 der hiesigen Polizeibehörde zur Begutachtung vorgelegt, ob der Handel mit Schnittwaren als ein Titel, auf welchen ein Jude seine Ansässigkeit begründen könne, zuzulassen sein möchte? Die Polizei äusserte: „Unsere hohe Regierung hat bei der neuen gesetzlichen Bestimmung der jüdischen Verhältnisse den leitenden Grundsatz angenommen, dass die jüdischen Glaubensgenossen im allgemeinen alle Rechte der übrigen Bürger geniessen, aber zugleich auch deren Lasten und Verpflichtungen unterworfen sein sollten. Nach diesem Grundsatze möchte auch die vorliegende Frage zu entscheiden sein. Von den Israeliten solle forthin aller Druck entfernt, jedoch auch strenge darauf gesehen werden, dass ihre Kastenprivilegien hinwegfallen." Sonach wäre die Ansässigmachung auf Schnitthandel unter den auch den übrigen Bürgern obliegenden Verpflichtungen, wozu namentlich der hierorts übliche zum Handel notwendige Nachweis eines Vermögens von 4000 fl. und der Besitz eines Wohnhauses gehört, zu gestatten. Dementsprechend lautete die Entscheidung.[6]

Handwerk.

Über die volkswirtschaftliche Bedeutung des Handels hatte man damals im allgemeinen noch keine hohe Meinung und insbesondere mit dem Detailhandel war in regierenden Kreisen die Vorstellung der ethischen Minderwertigkeit und der bürgerlichen Unreife verbunden. Darum war die dem Edikt zugrunde liegende Absicht vor allem dahin gerichtet, die Juden dem Handel möglichst zu entfremden und ihrer Betriebsamkeit ein anderes Feld der Betätigung zu eröffnen, und in dieser Absicht und zu

[6] Vgl. § 15 des Edikts.

diesem Zwecke machte es die Regierung des Obermainkreises den lokalen Behörden durch ein Rundschreiben vom 16. März 1818 zur Pflicht, der Erziehung der jüdischen Jugend ihre volle Aufmerksamkeit zuzuwenden, auf den vorgeschriebenen Schulbesuch derselben strenge zu achten und bei ihrem Austritt aus der Schule den Eltern eine Erklärung darüber abzufordern, welchen Erwerbszweigen sie ihre Söhne zuzuführen gedenken, wobei es an Aufmunterungen zur Ergreifung eines Handwerks vonseiten der Behörden nicht fehlen dürfe. Bei sich willig zeigender Neigung der Eltern für ein bürgerliches Gewerbe ist denselben jede behördliche Unterstützung für diesen Zweck zu leisten „und es sind jene noch hie und da schwebenden Vorurteile möglichst zu beseitigen, welche bei den Handwerkszünften und den einzelnen Meistern gegen die Aufnahme jüdischer Individuen in die Zahl der Lehrjungen bestehen. Ebenso versieht man sich von den gedachten Behörden, dass sie in Fällen, wo Juden, welche alle gesetzliche Bedingungen erfüllt haben, die zur Erlangung des Meisterrechts in einer Zunft erforderlich sind, und hierum nachsuchen, keine Hindernisse aus blosser religiöser Gehässigkeit in Weg legen werden."

Die Vermutung, es könnten aus religiöser Gehässigkeit die Absichten der staatlichen Behörden durchkreuzt werden, hatte ihre guten Gründe. Bei der erstmaligen Tagung der bayerischen Ständeversammlung wurden sie gehört, die Stimmen religiöser Gehässigkeit gegen die Juden, und einen lauten Widerhall riefen diese Stimmen hervor auf den Strassen von Würzburg und in andern Städten Frankens, wo den entstandenen antisemitischen Pöbelexzessen nur durch Verkündung des Standrechts Einhalt geboten werden konnte.[7] Aber die Bevölkerung von Bamberg zeigte eine musterhafte Haltung und der Stadtmagistrat freute sich, der Kgl. Regierung am 9. Dezember 1819 berichten zu können:

„Toleranz gegen jede Religions-Partey liegt in dem biederen Character der hiesigen Bürger, jeder Glaubensgenosse geniesst Achtung,

---

7 Vgl. K. J. E., S. 35 ff. und M. L. Bamberger: Beiträge zur Geschichte der Juden in Würzburg S. 17 ff.

wenn er mit rechtlicher Denkart rechtliche Handlungsweise verbindet. Religiöse Gehässigkeit gegen die Juden wird hier nicht gekannt, dies bewiesen die jüngsten Vorfälle, wo auch nicht das geringste Merkmal in dieser Hinsicht sich äusserte, vielmehr sind mehrere Juden-Kinder bei christlichen Meistern als Lehrlinge eingetreten." Die Kgl. Regierung erwiderte hierauf, dass sie aus diesem Berichte mit Wohlgefallen ersehen „dass die jüdischen Glaubensgenossen in Bamberg sich immer mehr den bürgerlichen Verhältnissen nähern und dass namentlich schon mehrere jüdische Jünglinge bei christlichen Meistern als Lehrlinge eingetreten sind, sowie dass die dortige gewerbetreibende Klasse gerne den Juden in ihrem Bestreben die Hand bietet."

Die väterlichen Absichten der Regierung waren sehr ernste. Am 16. November 1820 erhält der Magistrat den Auftrag, einen umfassenden auf statistische Angaben sich gründenden Bericht über die Wirkungen des Edikts vorzulegen und damit weitere Anträge zur Verbesserung des Zustandes der jüdischen Glaubensgenossen in politischer und religiöser Hinsicht zu verbinden. Die Stadtschulenkommission konstatiert:

„Den jüdischen Eltern in Bamberg gereicht es zum Lobe, dass sie ihre Kinder sehr fleissig in die öffentlichen Elementarschulen schicken, wenige Familienväter ausgenommen, die noch von alten Vorurteilen eingenommen, ihre Kinder Privatlehrern anvertrauen." „Im Ganzen geht es mit der Kultur dieser Nation vorwärts" und ihre Kinder machen bei ihren vorzüglichen Fähigkeiten in allen Lehrgegenständen bedeutende Fortschritte. Mehrere jüdische Schüler besuchen die Präparandenschule, um sich dem Lehrfache zu widmen, „ein Beweis, dass sie noch immer mehr dem contemplativen als dem tätigen Leben in der Bürgerwelt sich zu weihen gedenken."

Nicht auf derselben Höhe bewegt sich der aus der Feder des damaligen Bürgermeisters Hornthal geflossene Bericht, welcher in der Forderung von Massnahmen zur Erschwerung der Ansässigkeit und der Heiraten der Israeliten gipfelt und für eine bessere Ausbildung der jüdischen Jugend plädiert, damit dieselbe allmählich auf eine höhere Kuturstufe erhoben, von den talmudischen Lehren wieder zurückkehren möge zu den ursprünglichen alttestamentarischen Lehren.

Wenn die Berufswahl von dem Willen der staatlichen Vorsehung allein abhängig wäre, so wären sämtliche Israeliten damals Handwerker geworden. An polizeilichem Druck auf El-

tern und Söhne hat es zu diesem Zwecke nicht gefehlt und jedes Jahr wurde der Magistrat zur Anstellung einer Recherche und zur Vorlage eines Berichtes über den Erfolg seiner Bemühungen aufgefordert. Ein Übergang von einem Gewerbe zu einem andern oder gar von einem Handwerk zum Handelsbetriebe war nur unter Voraussetzung einer neuen, nur mit grossen Schwierigkeiten zu erlangenden Konzessionserteilung der Kreisregierung zulässig und aus dem im Verzeichnis der Immatrikulierten einmal als Grund der Zulassung zur Ansässigkeit eingetragenen Gewerbe konnte man so wenig heraustreten wie der Inder aus seiner Kaste. Wenn aber trotz all dieser gutgemeinten Bemühungen der Strom der Entwickelung in einem andern als dem künstlichen Bette, das man gegraben, sich bewegt hat und zu andern Zielen gelangt ist, als man damals voraussehen konnte, so wäre es doch eine Undankbarkeit, vom Standpunkte unserer Gegenwart den Teil des Verdienstes nicht anerkennen zu wollen, welchen die bayerischen Staatsbehörden durch ihre Bemühungen zur Erziehung und Bildung der israelitischen Glaubensgenossen sich erworben. Mit Recht konnte die Kgl. Kreisregierung von Oberfranken bereits im Jahre 1821 die bis dahin gemachten Erfahrungen zu dem Eindrucke zusammenfassen: dass das Edikt „zu der allmähligen, wenn auch langsamen Verbesserung der Juden eine sichere und feste Bahn eröffnet hat, dass dessen wohltätige Folgen dermalen schon sich erweisen lassen und dass es die jüdischen Glaubensgenossen dem Standpunkt, auf den dieselben sowohl zu ihrer eigenen als des Staates Wohlfahrt kommen müssen, näher gebracht hat, nämlich dem der Erlangung des vollen Staatsbürgerrechts.“ [8]

Feldbau.

Nach § 13 des Edikts konnte ausser den ordentlichen H a n d w e r k e r n auch denjenigen Israeliten, welche ihre Familie vom F e l d b a u zu ernähren in der Lage waren, die Ansässigmachung auch ü b e r die Normalzahl bewilligt werden. Auch

8 Eine Statistik vom April 1821 verzeichnet 71 Matrikeln, 12 nichtimmatrikulierte Hausierer und Unterstützungsbedürftige, 3 Gesellen und 14 Handwerkslehrlinge.



Hoffaktor S. S. Hesslein.

dieser Versuch einer künstlichen Züchtung von jüdischen Ackerbauern konnte nach Lage der Verhältnisse nicht anders als mit einem Fiasko enden. Eine unbegreifliche Härte vollends bedeutet die im § 17 enthaltene Bestimmung, nach welcher den Israeliten die Pachtung von Feldgründen erlaubt und die Verpachtung derselben untersagt wurde, eine Bestimmung, welche den Ruin der reichsten Familie der Bamberger Kultusgemeinde mit verschuldete. Der bereits mehrfach erwähnte Hoffaktor Hesslein hatte auf Grund einer speziellen Erlaubnis des Fürstbischofs, die er in Ansehung seiner während des französischen Krieges dem Hochstift geleisteten Dienste erhalten, einen umfangreichen Komplex von Feldern, den sog. Kaipershof, schon im Jahre 1798 um den Kaufpreis von 25 000 fl. erworben und bei seinem am 11. Februar 1813 erfolgten Tode an seinen zum Universalerben eingesetzten Bruder Jos. Sam. Hesslein weiter vererbt,[9] während seine Witwe Henla mit einem Kapital von 50 000 fl. abgefunden wurde. Diesen Grundbesitz hatte Jos. Sam. Hesslein unter den Augen der Behörden trotz Edikt unbeanstandet 2 Jahrzehnte hindurch verpachtet und sogar durch die im Jahre 1822 um den Kaufpreis von 13 000 fl. erfolgte Erwerbung der sog. Peunt, eines Feldgutes von 40 Tagewerken, vermehrt. Da griff nun in diesen Besitz plötzlich im Jahre 1832 die rauhe Hand des Gesetzes mit der Forderung hinein, Hesslein müsse seine Güter entweder selbst bewirtschaften oder binnen kürzester Zeit losschlagen. Vergebens war seine Erklärung, dass ihm zum Selbstbetriebe der Landwirtschaft alle dazu erforderlichen Vorkenntnisse mangelten, vergebens sein Hinweis auf den materiellen Schaden, mit welchem er sich bei der angeordneten Notwendigkeit des sofortigen Verkaufs seines Grundbesitzes bedroht sah, vergebens auch die nachdrückliche Befürwortung seiner Gesuche durch den Stadtmagistrat, er wurde in allen Instanzen abgewiesen und selbst die Zertrümmerung seiner Felder wurde ihm untersagt. Auch ein an den König gerichtetes Bittgesuch, ihm mit Rücksicht auf die ausserordentlichen Verhältnisse wenigstens eine Frist

9 Vgl. G. J. B., S. 263 und Alt-Bamberg von Schuster, Bd. V S. 160.

von 2—3 Jahren zum Verkauf des Kaipershofes bewilligen zu wollen, blieb ohne Erfolg.

Was Wunder, wenn durch dieses Verfahren nach dem bekannten summum jus summa injuria zum mindesten der Anstoss gegeben wurde zum Zusammenbruche des angesehenen Hauses?

Über Hessleins Nachlass musste nach seinem am 28. Septemper 1839 erfolgten Ableben der Konkurs verhängt werden und auch der Nachlass der am 31. Dezember 1841 verstorbenen Hoffaktorswitwe erwies sich als überschuldet.[10]

Die Auflösung der Korporation.[11]

Das Edikt vom 10. Juni 1813, dessen Absichten und Wirkungen wir bisher besprochen, hat im § 21 die Auflösung aller im Königreich bestehenden „Judenkorporationen" angeordnet.

Was hat man unter einer „Judenkorporation" zu verstehen? Welche Wirkung auf die Verhältnisse der israelitischen Kultusgemeinde von Bamberg hatte diese Auflösung?

Am 17. November 1803 fand in der kleinen Gemeindestube des damals sehr unansehnlichen Gemeindehauses in der Generalsgasse eine grosse Sitzung von historischer Bedeutsamkeit statt. Eine Woge der Begeisterung hat 25 aus der ganzen Provinz erschienene Männer erfasst und erhoben. Die Abgeordneten der ehemals ritterschaftlichen Landjudenschaft und die Abgeordneten der ehemals bischöflichen und nunmehr kurfürstlichen Landjudenschaft, welche schon seit 1619 zur Er-

10 Das Hoffaktorshaus am Maxplatz hatte 1830 eine Rente von über 3000 fl. p. a. abgeworfen. Ein Andenken an den Hoffaktor besitzt die Gemeinde ausser an prachtvollen Paramenten, die seinen Namen tragen, an der von ihm laut Testament vom 6. und 7. Dezember 1812 mit einem Kapital von 10 000 fl. und einem Hause in der Hellerstrasse, das seine Schwester Merla bewohnt hatte, errichteten Talmud-Thora-Stiftung.

11 Für das Nachfolgende kommen in Betracht: Arch.-Rep. 165 No. 5 ff. und Mag.-Akt., Til. XI, Fach-No. 1314—16, Akt-No. 1 ff.

füllung gemeinsamer Aufgaben und Zwecke solidarisch vereinigt waren, beschlossen einstimmig die Verschmelzung der beiden Separatverbände zu einem einzigen, sämtliche Gemeinden zusammenfassenden Bunde, den man im damaligen Diplomatendeutsch die „Korporation" nannte.[12] Diesem auf freiwilliger Organisation beruhenden Gemeindebunde gehörten nicht weniger als 55 Gemeinden an, nämlich ausser der von Bamberg die jetzt grösstenteils bereits untergegangenen Gemeinden:

Adelsdorf, Altenkundstadt, Aufsess, Bischberg, Burgebrach, Burgkundstadt, Buttenheim, Demmelsdorf, Dormitz, Ebneth, Egloffstein, Ermreuth, Faselshof, Forchheim, Frensdorf, Friesen, Gleisdorf, Grasmannsdorf, Gunzendorf, Hagenbach, Hallerndorf, Heiligenstadt, Hirschaid, Horb, Knetzgau, Kronach, Kunreuth, Küps, Lichtenfels, Lisberg, Lonnerstadt, Maineck, Merzbach, Midwitz, Mistelfeld, Mittelehrbach, Mühlhausen, Oberlangenstadt, Pretzfeld, Redwitz, Reichmannsdorf, Reckendorf, Sassanfahrt, Trabelsdorf, Trunstadt, Tüchersfeld, Viereth, Walsdorf, Wannbach, Weidnitz, Weilersbach, Wiesenthau, Zeckendorf und Zeil.

Die beiden Verbände, welche am 17. November 1803 sich zu einer „Korporation" zusammenschlossen, hatten ansehnliche Mitgiften in die Ehe gebracht, nämlich die ehemals ritterschaftliche Landjudenschaft eine Schuldenlast von 13 000 fl. fr. und die kurfürstlichen, welche man später die „altköniglichen" Juden nannte, sogar eine Schuldenlast von 33 500 fl. fr., zusammen eine Schuldenlast von 46 500 fl. fr. oder 57 227 fl. rhn., welche abgesehen von der unvernünftigen Finanzgebahrung hauptsächlich desshalb entstanden, weil mehrere Todesfälle von Bischöfen bald aufeinander gefolgt waren, wobei die Judenschaft als Leidtragende die sogenannten Funeralien hatte bezahlen müssen, die sich jedesmal — dem Berichte nach — auf 10 000 fl. beliefen.[13] Diese von den Vätern ererbten Schulden

12 Vgl. G. J. B., S. 62 ff. und 81 ff. nebst den Beilagen 19—21.

13 Eine Spezifikation der einzelnen Schuldposten vom Jahre 1807/08 enthält Beilage 21 der G. J. B „S. 326. Die einzelnen Schuldurkunden im Arch. Rep. 165, Nr. 9.

wurden nun in e i n e Masse geworfen und sollten von nun an aus dem gemeinschaftlichen grossen Säckel der Korporation verzinst und allmählich getilgt werden. Zu diesem Zwecke wurden die Steuerschrauben angelegt und sämtliche jüdische Einwohner der ganzen in 4 Steuerdistrikte eingeteilten Provinz, gleichviel welcher territorialen Zugehörigkeit, in der Regel mit 2 fl. fr. vom Familienhaupt und 8 Batzen von je 100 fl. des Vermögens besteuert. Die Geschäfte der Korporation wurden von 7 Landesvorstehern besorgt, denen die 4 Distriktseinnehmer für die Eingänge verantwortlich waren, während das ganze Rechnungswesen von 2 Revisoren überwacht wurde. Den angenehmsten Posten hatte entschieden der Generalkassier Js. M a r u m in Bamberg.[14]

Die von der Korporation zu leistenden Aufgaben waren ganz enorme: ausser der Zinszahlung und der Schuldentilgung die Besoldung des Oberrabbiners und der beiden Unterrabbiner, die Entrichtung einer Handelssteuer von 200 fl., die Erhaltung einer israelitischen Elementarschule in Bamberg,[15] sowie die Förderung von Wohltätigkeitseinrichtungen, endlich die Auslösung der zum Militärdienste ausgelosten Soldaten durch eine „Reluitionssumme" von 185 fl. pro Mann, eine Aufgabe, zu deren Erfüllung wieder mit Hilfe einer besonderen Steuerschraube eine „Konskriptionskasse" ins Leben gerufen wurde.[16]

---

14 Die Einzelheiten der mit Bestätigung des damaligen Rabbinats vereinbarten Organisation sind in einem aus 20 Punkten bestehenden Vertrage vom 17. November und in einem aus 5 Punkten bestehenden Nachtrag vom 22. Dezember 1803 enthalten. Die Urschrift dieser Verträge, von denen eine Abschrift bei den Rabbinatsakten vorhanden, zeichneten aus Bamberg: Hoffaktor Hesslein, Süsslein Baruch, Hirsch Uhlfelder (aus Reckendorf), Js. Marum und Elias Eger.

15 Vgl. weiter unten S. 51.

16 Im Jahre 1805 wurden in der Provinz Bamberg nicht weniger als 32 „Judensöhne" zum Soldatenstande ausgelost, die eine Auslösungssumme von 5940 fl. kosteten. Im Jahre 1807 begnügte man sich für diese Zwecke mit einer Pauschalsumme von 2400 fl. Dass es auch damals schon an Israeliten nicht gefehlt, welche unter Verzicht auf die Erlaubnis der Ablösung es als ihre patriotische Pflicht betrachteten,

Kein Wunder nach dem Gesagten, dass der Jude der damaligen Zeit einen sehr beträchtlichen Teil seines sauer erworbenen Verdienstes für die Zwecke seiner konfessionellen Gemeinschaft zu opfern hatte. Es wurden 1807 an Korporationssteuern erhoben:

1. pro Familienhaupt 3 fl.,
2. pro 100 der Schatzung 52 kr., also nahezu 1 % des Vermögens,
3. Handelssteuer von unverheirateten Personen, die eigenen Handel trieben, nach Anlage,
3. Konskriptionssteuer:
   a) von jedem Jüngling über 16 Jahren pro a. 2.24 oder 3 kr. wöchentlich,
   b) von jedem Gevatter 30—45 kr.,
   c) 5 % vom 10. Teil des Heiratsguts bei Hochzeiten,
   d) von jedem ausgelosten Mann 25 fl.

Über die Verwendung dieser Steuern gibt uns genaue Auskunft ein Ausgabenetat vom Jahre 1808/09. Danach wurden verausgabt:

An	Kapitalzinsen	fl. 2750.21
„	Besoldungen der Rabbiner[17] und Landboten	fl. 664.45
„	Holz und Licht für die Deputationsstube und Schule	fl. 113.30
„	Diäten für Deputierte und Revisoren . .	fl. 230.36
„	Miete für Deputationsstube und Rabbinatswohnung	fl. 40.—
„	Handelssteuer	fl. 200.—
„	Beiträgen zum Arbeitshause . . .	fl. 20.—
„	Deserviten in gerichtlichen und aussergerichtlichen Sachen	fl. 34.12
„	Rückständen	fl. 347.50
„	die Elementarschule in Bamberg . .	fl. 550.—

---

dem Vaterlande mit ihrem Leben und mit ihrem Blute zu dienen, dafür wird ein schönes Beispiel in der Zeitschrift Sul. 1810, Jahrgang III, Band 1, S. 33—34, mitgeteilt. Vgl. noch Tänzer: Geschichte der Juden in Tirol, I., S. 201 ff.

17 Für „Fastnachtsgeld", d. h. als Purimspende, erhielt der Oberrabbiner aus der Landkasse 18 fl., zur Anschaffung eines neuen „Königl. Insiegels" 1.45.

Zur Deckung dieser Ausgaben mussten aufbringen:

Der Kreis Bamberg	fl. 2676.47
„ „ Buttenheim	fl. 739.10
„ „ Forchheim	fl. 1158.09
„ „ Gebirge	fl. 2308.09
Summe der Einnahmen	fl. 6877.15
Summe der Ausgaben	fl. 4957.14
Ueberschuss	fl. 1920.01.

Um nun das Band der Solidarität zu lösen, das die Einzelnen mit der Gesamtheit zusammenhielt, und sie durch diese Loslösung desto rascher der bürgerlichen Gemeinschaft einzuverleiben, wurde folgende Verordnung erlassen:

Wir verordnen, dass nach dem berichtlichen Antrage, welchen die Landesdirection zu Würzburg a. 1804 erstattet hat, die Corporation der Juden in der Provinz Bamberg mit Einschluss der Ritterorte gänzlich aufgelöst werden solle. Unser General-Commissariat von Franken hat zu diesem Ende einen Commissär zu benennen, welcher die dabei eintretende Auseinandersetzung und Verteilung der allenfallsigen Gemeinschulden ordnet und die Juden von der bisher bestandenen Corporation gänzlich entbindet.

München, den 31. Dezember 1806.

Max. Joseph.

Es war keine beneidenswerte Aufgabe, die dem zum Auflösungskommissarius ernannten Landesdirektionsrat S t u m p f zugedacht wurde, als er am 14. Januar 1807 den Auftrag erhielt, in das Chaos des jüdischen Rechnungswesens mit Hilfe des Schullehrers Kohn, der die hebräisch geführten Protokolle ins Deutsche zu übersetzen hatte, Ordnung und Klarheit zu bringen und die Vorarbeiten zur Auflösung der Korporation zu erledigen. Kaum war das Auflösungsdekret bekannt geworden, da kündigten fast sämtliche Gläubiger ihre Guthaben, die Landgemeinden ergriffen die Flucht aus dem alles verschlingenden Abgrunde des Verbandes, es trat eine immer bedrohlicher werdende Stockung der Zinszahlungen ein und die ganze Schuldenmasse geriet in einen Zustand der Zerrüttung. Und dazu kam noch, dass bei der im Jahre 1808 erfolgten Neueinteilung des Königreichs in Kreise, ebenso bei Errichtung des Grossherzogtums Würzburg, einzelne Gemeinden, die ehemals zum Fürstbistum

gehört hatten, von diesem Kreise abgetrennt wurden und sich nun weigerten, für die Schulden der bereits zerstückelten Korporation mitzuhaften und mitzuzahlen. Umso grösser und dringlicher von Tag zu Tage wurde die Notwendigkeit, auf Grund einer unter staatlicher Aufsicht neu vorzunehmenden Schätzung des Vermögens sämtlicher Israeliten, die auf dem Gebiete des ehemaligen Fürstbistums ansässig waren, einen Schuldentilgungsplan auszuarbeiten.

Am 31. Dezember 1811 wurde zu diesem Zwecke die Einberufung einer aus 18 Mitgliedern bestehenden Delegiertenversammlung angeordnet und diese Versammlung am 27. Januar 1812 in Bamberg vom Kreiskanzleidirektor v. Stupp mit einer erbaulichen Ansprache eröffnet, in welcher derselbe auf die Pflichten einer braven Gesellschaft, die auf bürgerliche Tugend und auf bürgerliche Achtung Anspruch erhebt, aufmerksam machte. Das ganze Rechnungswesen der Korporation wurde von einem aus 3 Mitgliedern der Delegiertenversammlung bestehenden Ausschuss einer nochmaligen Prüfung unterworfen und eine neue Schätzung vorgenommen, welche in Bamberg ein Vermögen von 153 350 Rthlr. und im ganzen Korporationsbezirk ein Vermögen von 1 043 243 Rthlr. ergab. Jetzt erst wurde ein Tilgungsplan ausgearbeitet und durch kgl. Verordnung vom 4. Mai 1814 bestimmt:[18]

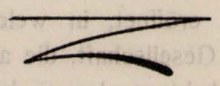
„Für alle festgesetzten Lasten haften sämtliche jüdischen Individuen und Gemeinden, welche bisher einen Bestandteil der Corporation gebildet und zu den Ausgaben derselben concurrirt haben."

Die Erhebung der Tilgungsbeiträge, welche pro 1814 auf 2½ fl. vom Familienhaupte und 1 fl. 6 von 100 fl. des geschätzten Vermögens festgesetzt und allmälig reduziert wurden, wurde auf dem Lande den Landgerichten, gegen Zurückbehaltung von 1⅓ %, in Bamberg, wo der Jahresbeitrag der Gesamtgemeinde ca. 2000 fl. ausmachte, dem Polizeikommissariat über-

---

18 Die aus 11 §§ bestehende Verordnung ist wörtlich abgedruckt bei Döll., S. 254 ff., für 1813 im § 5 ist 1803 zu korrigieren.

tragen. Die Verwaltung der Tilgungskasse, welche bei dem beständiger Veränderung unterworfenen Stande des Schätzungsvermögens ein äusserst mühsames und undankbares Geschäft war, wurde zunächst dem Hofgerichtsexpeditor Helmsauer und seit 1826 der Administration der unmittelbaren Stiftungen in Bamberg übertragen. Am 23. April 1832 konnten endlich die Korporationsschulden durch Ausschreiben im Kreisintelligenzblatt von der Regierung als getilgt und erledigt erklärt werden und ein übriggebliebener Barbestand von 186 fl. wurde noch 1842 an die Gemeinden zurückverteilt.



III.

Ein rabbinerloses Jahrzehnt.

Als mit der Auflösung des Gemeindeverbandes Ernst gemacht wurde, drohte den alten Herren, die im Rabbinatskollegium sassen, der Verlust ihrer Nahrungsquelle. Sie wandten sich daher in einer Eingabe vom 18. Juni 1812 an die mit der Auflösung beauftragte Kommission mit der Bitte, sie durch Sicherstellung eines fixierten Gehaltes auf Lebenszeit vor einem ungewissen Schicksal zu bewahren. Das geschah denn auch in der oben erwähnten Kgl. Auflösungsurkunde vom 4. Mai 1814. Aber nicht lange sollte sich der letzte „königliche" Oberlandesrabbiner Jos. Gersfelder seines Gehaltes von 343 fl. erfreuen, er starb am 22. August 1814 und mit seinem Tode erlosch die ca. 150 Jahre alte Institution des Landesrabbinats.[1]

Ein Gemeinde-Idyll.

Die Gemeinde gleicht nun einem Schiffe, das sein Steuerruder verloren. Sie ist preisgegeben allen Stürmen von Leidenschaften, die sich in ihrer Mitte erheben, so oft der Versuch gemacht wird, Ordnung zu bringen in das Chaos ihrer Finanzen. Der Steuerzensus war nach heutigem Masstabe äusserst bescheiden.[2] Aber die damaligen Gemeindemitglie-

1 G. J. B., S, 180. Die Rabbinerswitwe Sila erhielt eine Pension von 150 fl. aus der Korporationskasse. Die Unterrabbiner Löw Samuel Reckendorf in Burgkunstadt und Abraham Mayer Lengsfelder erhielten je 137½ fl. Gehalt.

2 Der Erech des Jos. Sam. Hesslein betrug 2% des gesamten Erech der Gemeinde.

der waren keine Freunde des Zahlens und der Gemeindekassier musste bisweilen in Begleitung bewaffneter Macht die rückständigen Kultussteuern einfordern. Nur für die Armen war allenfalls Geld zu haben. Im Sommer 1817, einer Zeit ungewöhnlicher Teuerung und allgemeiner Not, wurde zur Verteilung von Brot unter die christlichen Stadtarmen ein Betrag von 440 fl. von den Israeliten zusammengeschossen.[3]

Im August 1819 veranstaltete die Gemeinde sogar mit einem Kostenaufwand von 290 fl. eine „besondere Nachtbeleuchtung" der ganzen Stadt, jedenfalls um gelegentlich des feierlichen Empfanges der vom ersten Landtag zurückgekehrten Abgeordneten der Stadt im Lichte der Öffentlichkeit einen Beweis patriotischer Gesinnung an den Tag zu legen. Dagegen konnten die geringen Gehälter der Kultusbeamten viele Jahre hindurch nur durch Anwendung von Zwangsmassregeln aufgebracht werden. Im ganzen Rechnungswesen der Gemeinde herrschte ein heilloser Wirrwarr und niemand wollte mehr die Ehre einer Wahl zum Vorsteheramt annehmen. Auch in denjenigen Abgaben, welche die Israeliten als solche an Nachsteuern und Schutzgeldern an die Kommune zu entrichten hatten, häuften sich wieder die Rückstände und das Polizeikommissariat, dem die Aufsicht über die Angelegenheiten der „Kirchengemeinde" und ihre Wohltätigkeitsstiftungen oblag, bemerkte in einem Berichte vom Jahre 1817: „Die jüdische Gemeindekasse ist gegenwärtig in einem solchen Zustande, dass ausser der Forderung der Kgl. Kommunal-Administration auch noch mehrere andere unberichtiget gelassen werden müssen. Es ist indessen über diesen Gegenstand Bericht an die Kgl. Regierung erstattet und es sind diejenigen Mittel in Vorschlag gebracht worden, wodurch Geld aufgebracht und alle

---

3 1822 betrug der Armenetat 463 fl. Ein Antrag, den auf Grund von § 22 des Edikts vom Jahre 1813 die Deputierten stellten, gegen Entrichtung der dazu erforderlichen Beiträge die israelitischen Armen zusammen mit den übrigen Stadtarmen zu konskribieren und zu unterstützen, wurde vom Armenpflegschaftsrat abgelehnt.

rückständigen Forderungen getilgt werden können." Bei solchen Verhältnissen umso dankbarer anzuerkennen ist die ordnende Hand der von oben kommenden Vorsehung, welche zunächst auf dem Gebiete der Schule und des Unterrichtes eine allmälige Reform vorbereitet und angebahnt hat.

Die Schule.

Es ist bereits oben wiederholt von einer israelitischen Elementarschule die Rede gewesen, welche ihre Existenz keinem Geringern zu verdanken hatte als dem Kurfürsten Maximilian Joseph, der am 11. September 1804 verfügte: „Wir wollen die 100 Ducaten, welche die dortigen Juden jährlich als Schutzgeld an uns bezahlen, für die Schulanstalten derselben gegen Verrechnung verwenden lassen." So kommt es, dass die Bamberger Kultusgemeinde eine billige Elementarschule hatte, deren Betrieb zwar einen Aufwand von 6—700 fl. erforderte, welche aber aus den Taschen der Landjuden bezahlt werden mussten. Der Lehrer Mos. Laz. Kohn, ein gebildet und aufgeklärt sein wollender Mann, erhielt durch Decret vom 11. März 1807 sein Definitivum und bezog für seine Schulmeisterei ein Gehalt von 400 fl. Als aber durch eine Kgl. Verfügung vom 27. Januar 1809 die Schutz- und Neujahrsgelder für aufgehoben erklärt wurden, da war plötzlich die Quelle versiegt, aus welcher diese Schule ihre Nahrung geschöpft, sie musste geschlossen werden und die Gemeindejugend wurde den städtischen Volksschulen überwiesen. So stand eines Tages der Lehrer vor dem Hungergespenst. Eine Ministerial-Entschliessung aber vom 11. September 1812, welche die Verpflichtung der Korporation zur Weiterzahlung der 100 Dukaten für Schulzwecke wenigstens auf Lebensdauer des definitiv angestellten Lehrers verfügte, erweckte die Elementarschule zu einem neuen kurzen Dasein.[4]

---

[4] Vgl. noch Döll., S. 255. Das Nachfolgende nach Mag.-Akten, Tit. XI, Fach.-Nr. 1308, Akt.-Nr. 5.

Bald darauf erhielt M. L. Kohn eine Anstellung in Markt Uehlfeld und die israelitische Elementarschule von Bamberg hatte zu sein aufgehört.[5]

Nun kam eine schöne Zeit für die israelitische Schuljugend von Bamberg. Die Gemeinde hatte keinen Rabbiner und keinen Lehrer, sie war tatsächlich kopflos. Die Familien liessen ihre Kinder von Privatlehrern in der Religion unterrichten oder auch nicht. Die Kreisregierung ging gegen diesen Wildwuchs von ungeprüften Privatlehrern mit strengen Verfügungen vor, welche aber gegen den Widerstand der Eltern wenig ausrichteten. Endlich unterm 9. Dezember 1821 schreibt die Regierung an den Magistrat: „Um nun in dieser Beziehung eine feste Ordnung einzuführen und mit sicherem Erfolg auf die Bildung der jüdischen Jugend, ohne Beeinträchtigung ihrer Konfession, hinwirken zu können, hat man beschlossen, mit der bessern Regulierung des jüdischen Unterrichtes in den zwei grösseren Städten den Anfang zu machen und die diesfalls getroffene Anordnung sodann auf diejenigen Orte auf dem Lande auszudehnen, wo sich eine zahlreiche Judenschaft befindet.“ [6]

Aus den Verhandlungen, die nun über diesen Gegenstand gepflogen werden, geht folgende Entschliessung der Kgl. Regierung vom 16. Januar 1823 hervor:

1. Nachdem es Pflicht des Staats ist, für die religiös-sittliche Bildung des Volkes zu sorgen, ohne der Glaubensfreiheit der Einzelnen zu nahe zu treten, die Erfahrung aber lehrt, dass diese wichtige Angelegenheit bei den Juden bisher ganz ausser Acht gelassen wurde, so soll für die Zukunft der Religions- und, was mit diesem zusammenhängt, der Unterricht in der hebräischen Sprache unter die besondere Aufsicht der kgl. Regierung genommen werden.

2. Die kgl. Regierung wird sich zwar nie in die religiösen Glaubens-Angelegenheiten der Juden mischen und darum nicht von ferne der Gewissensfreiheit derselben zu nahe treten, allein sie wird dafür sorgen, dass der Religions- und der hebräische Sprachunterricht nicht

---

5 Vgl. „Gesänge bey der Einweihung der neuen Synagoge in Markt Uehlfeld”. Herausgegeben von S. W. Rosenfeld, Rabbiner, und M. L. Kohn, öffentlicher Lehrer. 1818.

6 Im Jahre 1823 zählte man 36 schulpflichtige Kinder in der Gemeinde.

mehr wie bisher unwissenden Miethlingen ohne alle Aufsicht überlassen, sondern nur von solchen Lehrern erteilt werde, welche in einer besonderen Prüfung die Kenntnis der allgemeinen Grundsätze der Religion und Sittenlehre sowie die Kenntnis der hebräischen und deutschen Sprache, sowie auch die Kenntnis der allgemeinen Regeln des Jugend-Unterrichts bewiesen und dabei hinsichtlich der Kenntnis der positiven jüdischen Religionslehre die Zeugnisse geachteter Rabbiner für sich haben, damit auf solche Weise die Väter der jüdischen Jugend auch in dieser Hinsicht volle Beruhigung für sich erhalten.

3. In den Städten Bamberg und Bayreuth, sowie zu Burgkundstadt, Altenkundstadt und Floss, wo eine beträchtliche Anzahl jüdischer Einwohner sich befindet, sollen öffentliche Religions- und hebräische Sprachlehrer aufgestellt werden.

4. Nur ein solcher Lehrer ist befugt, den obengedachten Unterricht öffentlich zu erteilen, folglich eine Schule zu halten.

5. Diese Schulen stehen für die Zukunft wie jede andere Schule unter der obersten Aufsicht der kgl. Regierung und der unmittelbaren Leitung der kgl. örtlichen Schulen-Kommission.

6. Wenn aber bei der Schulen-Kommission ein Gegenstand im Betreff der jüdischen Schule verhandelt wird, so soll jederzeit der Rabbiner und einer der jüdischen Gemeinde-Vorsteher als Mitglieder der Schulen-Kommission dazu gezogen werden.

7. Die Lehrer dieser Schule haben der Schulen-Kommission ihren Lehrplan und ihr Lehrstunden-Verzeichnis, wie es von allen öffentlichen Anstalten geleistet werden muss, vorzulegen und diese hat dasselbe mit Zuziehung der obengedachten jüdischen Kommissions-Mitglieder zu prüfen und mit ihren gutachtlichen Bemerkungen der kgl. Regierung zur Genehmigung vorzutragen.

8. Diese Schule hat auch wie jede öffentliche Anstalt alljährlich ihre öffentliche Prüfung zu halten und sowohl der Schulen-Kommission als auch den jüdischen Vätern öffentliche Rechenschaft von den Fortschritten der Jugend zu geben.[7]

16. Die Unterhaltung des öffentlichen Lehrers, welcher die Besoldung eines Stadtschullehrers zu 300—400 Mark haben soll, liegt den Vätern der schulpflichtigen Kinder ob, allein es ist auch eine Verbindlichkeit der Gemeinschaft, für die Unterhaltung dieser Schule zu sorgen.

Es ist daher allerdings in der Ordnung, dass ihm wenigstens ein Theil der Besoldung durch öffentliche Fonds oder durch Konkurrenz der Gemeindeglieder ausgemittelt und das übrige durch das Schulgeld gedeckt werde.

---

[7] Die Paragraphen 10—15 handeln vom Privatunterricht, der nur von einem geprüften Lehrer erteilt werden kann, und von der obligatorischen Verpflichtung des Schulbsuches.

17. Im Fall die ganze Besoldung des Lehrers auf das Schulgeld geworfen werden sollte, ist das Schulgeld für Arme, der allerhöchsten Verordnung gemäss, von der K o m m u n e zu leisten.

18. Das Schulgeld muss auch der allerhöchsten Verordnung gemäss von denjenigen Kindern geleistet werden, welche Privat-Unterricht geniessen.

19. Diese öffentliche Religionsschule schliesst aber den öffentlichen Volks-Schul-Unterricht nicht aus, sondern die schulpflichtigen Schulkinder bleiben zu demselben wie vorher verbunden.

20. Die Stunden, welche zur öffentlichen Religions-Schule verwendet werden können, sind erstens die Stunde von 8—9 Uhr vormittags, wo in jenen Schulen Christlicher Religionsunterricht erteilt wird, und die Stunden nach dem Schlusse der öffentlichen Volksschule.

21. Die hebräische Sprache muss, was auch die jüdische Religion fordert, in der Religions-Schule vollständig gelehrt werden, damit jeder Schüler in den Stand gesetzt werde, seine Religionsbücher zu lesen, zu verstehen und zu seinem Zweck mit Geist aufzufassen.

22. Eben aus diesem Grunde kann auch ausser dieser Schule kein anderer hebräischer Unterricht mehr gestattet werden als der Anfangs-Unterricht im Lesen und Schreiben.

23. Damit über diesen Punkt um so mehr vollgültige Sicherheit erhalten werde, soll bei den öffentlichen Prüfungen in diesem Unterrichtszweig zu Bamberg von der Studienanstalt jedesmal auch der hebräische Sprachlehrer mit zur Prüfung eingeladen werden, bei den Schulen auf dem Lande aber wird man sich durch besondere Visitationen über die Beförderung dieses Unterrichts Gewissheit verschaffen.

24. Zum öffentlichen Religions- und hebr. Sprachlehrer soll in Bamberg ein gut qualificirtes Subject demnächst vorgeschlagen werden.

25. Der Stadtmagistrat hat nun jedem andern Lehrer das Schulhalten strenge zu verbieten, die jüdischen Familien von dieser Verordnung in Kenntnis zu setzen und sie darüber zu verständigen, dass auf solche Weise das beste ihrer Jugend erzielt wird, indem die Väter weder die Kenntnisse noch die Zeit haben, um selbst für den zweckmässigen Unterricht ihrer Jugend zu sorgen.

Der Stadtmagistrat hat aber auch vorzüglich die Stadtschulen-Kommission von dieser Verordnung in Kenntnis zu setzen und in Verbindung mit derselben die Bevollmächtigten der jüdischen Einwohner zu einer Berathung zu ziehen, auf welche Weise die jüdische Schule nun am leichtesten unterhalten werden könne, und diese Vorschläge ungesäumt mit gutachtlichem Bericht vorzulegen.[8]

Kgl. Regierung des Obermainkreises, Kammer des Innern.

---

8 Vgl. Döllinger, S. 208 Nr. 285.

Rabbiner- und Lehrerwahl.

Dieses Machtwort der Kgl. Regierung war eine Tat, welcher Früchte der Kultur entsprossen sind. In der Gemeinde freilich war schon seit dem im Hochsommer 1820 erfolgten Ableben des Unterrabbiners Abr. Lengsfelder die Stimmung für Anstellung eines Rabbiners statt eines Lehrers, wie es die Regierung wünschte, und diese Stimmung wurde in einer unter Aegide des Bankiers Jos. Sam. Hesslein mit Namensunterschrift von 26 Gemeindemitgliedern unterm 22. Juni 1823 zur Kreisregierung gerichteten Vorstellung zum Ausdruck gebracht, worauf die Regierung die Einsetzung eines Ausschusses zur Vorbereitung und Durchführung der Angelegenheit verordnete. Da aber trotz wiederholter Versuche keine beschlussfähige Gemeindeversammlung zusammengetrommelt werden konnte, musste eine magistratische Kommission die Wahl des verordneten Ausschusses durch Vorladung und Vernehmung der sämtlichen wahlberechtigten Gemeindemitglieder in die Wege leiten. Dieser Ausschuss sprach sich nun in erster Reihe für Berufung eines Rabbiners, dem die Seelsorge für den ganzen Distrikt übertragen und ein Zuschuss aus Staatsmitteln bewilligt werden sollte, und erst in zweiter Reihe für Anstellung eines Lehrers aus, der die Elementarschüler im „neuen jüdischen Katechismus" unterrichten sollte. Die Kreisregierung nahm diesen Beschluss gut auf, verlangte aber die vorgängige Ordnung der Gehaltsverhältnisse und machte zu diesem Zwecke auf die Hoffaktor Hesslein'sche Stiftung aufmerksam, welche aber seit 1815 in der Person des Gabr. Krailsheimer aus Zirndorf einen Beneficiaten hatte.[9] Der Versuch zur Errichtung eines Distriktsrabbinats scheiterte zunächst an dem Widerstand der benachbarten Kleingemeinden. Da nun aber die weiteren Verhandlungen in einem zu langsamen Tempo sich hinzogen, verfügte die Regierung im Februar 1824 zwangsweise die Anstellung eines Religionslehrers

9 Derselbe war aus Wüstensachsen, wo er als Vorbeter und more zedek fungierte, durch den Stiftungsverwalter J. S. Hesslein berufen worden.

und drohte sogar mit Sperrung der Synagoge. Am 23. Juni 1824 wird ein neuer Ausschuss von Gemeindemitgliedern mit unbeschränkter Vollmacht gewählt, bestehend aus: J. S. Hesslein, Jak. Bochlowitz, Maier Springer, Eis. Geldersheimer, Elkan Adlerstein, Jon. Koppel Kolb und Mor. Eger. Dieser Ausschuss arbeitete mit Volldampf. Alsbald wurde Marcus Adler (aus Frankfurt) in Mühringen mit einem Gehalt von 600 fl. nebst freier Wohnung zum Rabbiner der Gemeinde gewählt und Mayer Michael Goldmann, der schon 1809/10 das hiesige Lehrerseminar mit vorzüglicher Note absolviert hatte und dann als Privatlehrer in der Gemeinde tätig war, auf Empfehlung des Leiters der Lehrerbildungs-Anstalt als Religionslehrer in provisorischer Eigenschaft unter ausdrücklicher Verzichtleistung auf Pensionsansprüche mit einem Gehalt von 250 fl., das in der Hauptsache durch Schulgelder von ½ fl. pro Kind und Monat von den Eltern zusammengesteuert werden sollte, in Vorschlag gebracht.[10] Nachdem der vom Ausschuss gewählte Rabbiner Adler aus unbekannten Gründen das Placet der Kgl. Regierung oder, wie es in den Akten heisst, die Erlaubnis zur Einwanderung in Bayern nicht erhalten konnte, schrieb dieselbe am 30. Dezember 1824 an den Magistrat:

„Da der jüdischen Kirchengemeinde nach der Erklärung vom 15. l. M. gegenwärtig kein hinreichend qualificirtes Subject bekannt ist, das zum Rabbiner in Vorschlag gebracht werden könnte, so hat der Stadtmagistrat die erledigte Rabbinerstelle auszuschreiben und die Adspiranten aufzufordern, unter Vorlage der erforderlichen Zeugnisse binnen 4 Wochen sich zu melden."

Zugleich erhielt Goldmann die Bestätigung als Religionslehrer und wurde sein Gehalt von der Regierung auf mindestens 300 fl. normirt.[11] So stand die Gemeinde abermals vor der schwierigen Frage: wem sollen wir die Aufgabe der Neugestaltung unserer religiösen und gemeindlichen Angelegenheiten anvertrauen?

---

10 Die Schulgelder hörten erst seit 1. Januar 1852 auf.

11 Vorsänger der Gemeinde war Koppel Rothschild.

An dieser Stelle wollen wir einschalten, dass zur Feier des Regierungsjubiläums des Königs Maximilian Joseph im Jahre 1824 auch von der Kultusgemeinde ein Fest veranstaltet wurde, das einen grossen erhebenden Eindruck hinterliess. In der von 200 Öllampen beleuchteten und dekorierten Synagoge wurde ein Gottesdienst mit Musikbegleitung abgehalten, wobei ein von Rector Eder verfasstes Huldigungsgedicht, das durch den Druck vervielfältigt war, nach einer vom Musiklehrer Wühr komponierten Melodie von den Schulamtskandidaten des Lehrerseminars, die den Synagogenchor bildeten, gesungen wurde. Die Gemeinde erhielt für diese Feier, welche einen Kostenaufwand von 128 fl. 17½ kr. erforderte, eine „öffentliche Belobung" vonseiten der Behörde.

Am 3. Januar 1825 meldete sich ein Kandidat für das seit 10 Jahren verwaiste Rabbineramt von Bamberg mit einem Bewerbungsschreiben, das wir als ausserordentlich charakteristisch für die Person des Bewerbers und die damaligen Zeitverhältnisse wörtlich wiedergeben wollen.[12]

Kgl. Regierung des Obermainkreises, Kammer des Innern.

„Dem Vernehmen nach soll die seit langer Zeit erledigte Rabbinerstelle in Bamberg demnächst wieder besetzt werden. Im Vertrauen auf die bekannte Huld der höchstgedachten K. Regierung wage ich es, mich als Bewerber um diese Stelle hiemit unterthänigst anzumelden.

Ich bin bereits 42 Jahre alt, wurde, mittels höchsten Reskripts der ehemaligen K. Pr. Kriegs- und Domainen-Kammer in Baireuth vom 13. August 1808 mit Bewilligung der hiesigen Judengemeinde und nach erlangter Ueberzeugung von meiner Fähigkeit, als Vice-Rabbiner hieher beschützt; seit welcher Zeit ich diese Stelle — und zwar seit dem Jahre 1815 als Oberrabbiner mit vielem Segen und zur vollkommensten Zufriedenheit meiner Gemeinde und der K. hohen und höchsten Behörden verwalte. — Meine Bemühungen, welche stets auf die bürgerliche und moralische Kultur meiner Glaubensgemeinde gerichtet sind, verfehlten — dem Allgütigen sei es hoch gedankt — ihres Zweckes nicht und brachten schon so manche schöne Früchte zur Reife. So wurde, auf mein Anstiften, eine israelitisch deutsche Schule dahier auf Kosten der Gemeinde gebildet, welche nunmehr seit 12 Jahren bestehet und fortwährend als eine Musterschule und als die Erste im Districte bei den Prüfungen von der K. Schulinspection bezeichnet zu

12 Das Nachfolgende ist aus den Rabbinatsakten entnommen.

werden pflegt. Der hebräische Religions-Unterricht, der von einem zweiten — nicht minder gebildeten Lehrer ertheilt wird, gehet ebenfalls sehr gut von Statten, und wird derselbe durch das in der deutschen Schule eingeführte „Lehrbuch der mosaischen Religion, von J. Johlson" sehr unterstützt. Ebenso kam 1818 der Bau einer Synagoge zu Stande, welcher sich durch Symetrie und innere Einrichtung vortheilhaft auszeichnet; mit deren Einweihung ein verbesserter Gottesdienst bezielt und auch zu Stande gebracht wurde. Bei dieser Gelegenheit erschienen die unterthänigst hier beigefügten 2 Broschüren:

a) Die Isr. Tempelhalle etc etc.
b) Gesänge etc. etc.

Vorzügliche Erwähnung verdient der bei den hiesigen Israeliten erweckte Sinn für industriöse Beschäftigungen, bürgerliche Gewerbe und Handthierungen. So sind bereits fünf jüdische Handwerksmeister hier ansässig, und mehrere andere streben, diesem Ziele gleichfalls zu entsprechen. Der bei weitem grössere Teil paaret mit soliden bürgerlichen Gewerben den Ackerbau, und mehrere haben ihre Grundstücke durch thätige und nützliche Vorkehrungen in weit bessern Stand versetzt, als sie ehehin waren. So wurde mein Bestreben: eine dem Zwecke des Staates und der Menschheit angemessene Civilsation bei meinen Gaubensgenossen zu befördern, mit den schönsten Erfolgen gekrönt.

Seit 1821 wurde mein Wirkungskreis hinsichtlich Rabbinischer Amtsverrichtungen auf die sämtl. Gemeinden des K. Landgerichts Neust. a. A. ausgedehnt. Das Zutrauen der höchsten K. Regierung des Rezat-Kreises besitze ich in dem Masse, dass Höchstsie schon manche Fragen in Beziehung der Isr. Religion mir zur Entscheidung vorzulegen geruhete. — Von meinen literarischen Arbeiten kamen nur erst, ausser den oben angeführten Broschüren, einige Gelegenheitsschriften zur Oeffentlichkeit, von welchen ich zwei, und zwar a) Denkschrift etc. etc., b) Memoire etc. etc. hier unterthänigst beizulegen mich unterfange. Ich beabsichtigte mit Beiden, meinen Glaubensgenossen in Baiern erweiterte Rechte zu bewirken, was ich als Basis ihrer Veredlung und vollkommenen Civilisation betrachte. Gegenwärtig bin ich mit der Ausarbeitung eines hebräisch-deutschen Lehrbuches für den ersten Unterricht in der Religion befasset, das vielen Lehrern, besonders bei der jetzt beginnenden Verbesserung der Schulen sehr willkommen seyn dürfte.

Die Bildung meiner Kinder (ich habe deren 4), die mir sehr am Herzen liegt, macht es mir nun sehr wünschenswerth, mein ländliches Domicil mit dem eines städtischen zu vertauschen, was mich zu der unterthänigsten Bitte vermüssiget:

„Eine K. Regierung des Obermainkreises wolle geruhen,
„mir dem geh. Unterzeichneten die Eingangs erwähnte Rab-
„binerstelle in Bamberg gnädigst zu verleihen."

Durch solch gnädigste Verleihung würde mir Gelegenheit an die Hand gegeben werden, auf die Bildung und Kultur meiner Glaubensgenossen vortheilhafter und umfassender als bisher wirken zu können, und somit den Absichten der allerhöchsten Regierung zu entsprechen.

Damit ich aber nicht g e g e n den Willen der Gemeinde eintrete, was die Geistlichen Berufspflichten sehr erschweren würde, wünsche ich unmassgeblich, dass diese gnädigste Verleihung auf den Grund der Wahl der Gesamtgemeinde der Israeliten in Bamberg und den sich dabei aussprechenden Willen der Mehrheit geschehen wolle.

Die gnädigste Willfahrung dieser meiner devotesten Bitte entgegen sehend, verharre ich in tiefster Ehrfurcht

Sams. Wolf Rosenfeld, Rabbiner in Markt Uhlfeld."

Der Energie von J. S. Hesslein war es zu danken, dass der den Willen der Gesamtgemeinde vertretende Ausschuss unter seiner Leitung in einer Frage von zukunftbestimmender Bedeutung rasch zum Ziele führende Arbeit leistete. Am 16. Februar 1825 war unser Kandidat persönlich in Bamberg und die Verhandlungen des Ausschusses mit ihm führten zu einer schriftlichen Vereinbarung, aus welcher hervorgehoben sei die Verpflichtung des Rabbiners zur Abhaltung von Talmudvorlesungen und die ihm gemachte Zusicherung, dass bei Ausdehnung seines Wirkungskreises zu einem Distriktsrabbinate sein Gehalt auf 600 fl. erhöht werden sollte.[14] Es dauerte aber noch mehrere Monate nach vollzogener Wahl, bis Rosenfeld zur Ablegung der für Rabbinatskandidaten vorgeschriebenen wissenschaftlichen Prüfung in Bayreuth zugelassen wurde, und erst am 27. Oktober 1825 erfolgte das oberbehördliche Bestätigungsschreiben, aus welchem wir folgende Sätze hervorheben wollen:

Baireuth, den 27. October 1825.

Im Namen Seiner Majestät des Königs.

Nachdem der von der israelitischen Kirchengemeinde zu Bamberg als Rabbiner vorgeschlagene Kandidat Samson Wolf Rosenfeld von Markt-Uhlfeld in der hierselbst veranstalteten Prüfung hinreichende Be-

---

13 Das Rabbinatsgehalt wurde durch Erhebung einer Konsumsteuer von 1 Kr. für jedes Pfund rituellen Fleisches, 1 Kr. für ein junges Huhn und 3 Kr. für eine Gans oder Ente, welch letztere damals 12 Kr. kostete, aufgebracht. Die Geflügelabgaben bezeichnete man als Luxussteuern.

fähigung erprobt hat, so wird derselbe hiemit als Rabbiner zu Bamberg in provisorischer Eigenschaft bestätigt.

Man versieht sich hiebei zu dem erwähnten Rosenfeld, dass er die einem Rabbiner obliegenden Pflichten sorgfältig und gewissenhaft erfüllen, dass er insbesondere die moralische und religiöse Bildung seiner Glaubensgenossen sich werde angelegen sein lassen und dem in ihn gesezten Vertrauen zu entsprechen sich bestreben werde.

Als Gehalt erhält Rosenfeld ausser der freien Wohnung und den herkömmlichen Accidenzien vorbehaltlich der allenfalls noch erfolgenden Festsetzung der letztern jährlich V i e r h u n d e r t G u l d e n baar in vierteljährigen Raten von der jüdischen Kirchengemeinde zu Bamberg.

Die unterzeichnete kgl. Regierung behält sich bevor, dem Rosenfeld einen grösseren Distrikt zuzuweissen und ihn als Distrikts-Rabbiner zu bestellen.[14]

Königliche Regierung des Obermain-Kreises
Kammer des Innern.

Die Installation des neuen Rabbiners fand erst am 5. April 1826 in der Synagoge statt, bei welcher Gelegenheit der Herr Bürgermeister eine „kurze Standrede" hielt, in welcher er die Gemeinde ermahnte, der Leitung ihres Seelsorgers in religiöser Richtung Folge zu leisten.[15]

Mit dem Amtsantritt von Rosenfeld aber beginnt einer neue Aera in der Geschichte der Kultusgemeinde, eine Aera der Ordnung und des Fortschritts.

---

[14] An Prüfungsgebühren waren an die Prüfungskommission 3 Dukaten zu entrichten. Seine rabbinische Autorisation hatte Rosenfeld ausser vom Rabbinatskollegium in Fürth von Hillel Sontheim, Distriktsrabbiner in Aschaffenburg am 13. Kislew 1576 = 15. Dezember 1815 erhalten.

[15] Der Wortlaut dieser Ansprache ist bei den Mag.-Akten, Tit. XI, 1306, 3.

IV.

Samson Wolf Rosenfeld und seine Gemeinde.

Es war ein verwahrloster Boden, aber auch ein ertragfähiges Arbeitsfeld, auf welchem Rosenfeld im Frühlingsmonat des Jahres 1826 eingetroffen war, um wie ein treuer Gärtner seines Amtes zu walten und eine fruchtbringende Tätigkeit zu entfalten. Der Ausschuss, der die Rabbiner- und Lehrerwahl vollzogen, hatte in kurzer Zeit seine Aufgabe erfüllt und wollte nun die ihm übertragene Kompetenz in die Hand der Gesamtgemeinde zurücklegen, aber die zu diesem Zwecke einberufenen Gemeindeversammlungen wurden entweder nicht besucht oder durch Parteihader und Disziplinwidrigkeiten gestört, so dass eine Deputiertenwahl nicht zustande kommen konnte. Eine solche Situation erforderte einen ganzen Mann. Und Rosenfeld war ein solcher Mann. Als Sohn eines wohlhabenden Kaufmanns, des gelehrten Talmudisten Hirsch Löb Rosenfeld, und einer Enkelin des Rabbiners David Disbeck von Baiersdorf hatte er im Januar des Jahres 1783 in Uehlfeld das Licht der Welt erblickt. Mit seinem 13. Lebensjahre war er nach Fürth gekommen und hatte in der dortigen Talmudschule die Waffen des Geistes geschliffen und sich nebenbei auch mit den Schriften der jüdischen Religionsphilosophen bekannt gemacht. Ins Vaterhaus zurückgekehrt, hatte er dann auf autodidaktischem Wege sich auch eine zeitgemässe Bildung angeeignet und durch die Lektüre der Schriften von M. Mendelssohn seinen Gesichtskreis erweitert und seinen Geschmack geläutert. In derselben Gemeinde, in welcher sein Vater Vorsteher war, hatte er seinen Beruf als unbesoldet amtierender Rabbiner gefunden und sich bereits durch zwei Schriften, in welchen er für die Rechte seiner Glaubensgenossen öffentlich eingetreten

war, einen geachteten Namen erworben.[1] Nun öffnete sich dem bereits reif gewordenen Manne ein neuer und grösserer Wirkungskreis. Rasch und entschlossen, tatkräftig und zielbewusst, sammelte er in Bamberg die gebildeten Elemente der Gemeinde unter seiner Fahne und zwang die Opposition nieder.[2] Er ist der Organisator der Gemeinde, der Neugestalter und Mitbegründer ihrer religiösen Anstalten und Einrichtungen.

Die Verfassung der Gemeinde.

Der neue Rabbiner hatte bald nach seinem Einzuge die Überzeugung gewonnen, dass zur Aufrechterhaltung von Ordnung und Disziplin in jedem Gemeindewesen eine die Kompetenzen abgrenzende Verfassung erforderlich sei. Daran hatte es in der Gemeinde gefehlt. Nach wiederholten stürmisch und resultatlos verlaufenen Versammlungen liess sich Rosenfeld vom Magistrat die Polizeigewalt übertragen und setzte mit Unterstützung der Bessergesinnten in einer Gemeindeversammlung vom 15. August 1826 den Beschluss einer aus acht Punkten bestehenden „Instruction" durch, welche fortan als massgebende „Ordnung" betrachtet wurde.[3] Danach sollte in Zukunft die Wahl der Vorstandsmitglieder, welche nach dem Herkommen durch Abstimmung von 7 ausgelosten Männern gewählt werden mussten, also eine indirekte war, dem

1 Sein Lebensbild, das aber auf Grund der Akten in einigen Punkten berichtigt werden muss, wurde von der Hand seines Schwiegersohnes, des in Memmelsdorf geborenen Dr. Jos. Klein (der 1841 seine Tochter Jette geheiratet), Rabbiner in Stolp und später in Glogau, in der Monatsschrift 1863, S. 201—214, mit grosser Liebe entworfen. Eine weitere biographische Darstellung lieferte Simon Krämer in Achawa, Jahrbuch 1866, S. 15 ff., eine kurze Zusammenfassung endlich Kayserling: Bibl. jüd. Kanzelredner, I., S. 114 ff., und Neh. Brüll in A. D. B., Bd. 29, S. 207.

2 Etwa 1827 wurde der „Israelitische Leseverein" ins Leben gerufen und 1836 reorganisiert zur Pflege der Geselligkeit, ein Verein, welcher als Vater der jetzigen „Ressource-Gesellschaft" zu betrachten ist. (Vgl. Bamb. Tagblatt 1836 Nr. 335.)

3 Mag.-Akten XI, Fach.-Nr. 1313, Akt.-Nr. 1.

Votum der Gesamtgemeinde übertragen werden. Der Vorstand, bis dahin aus 3 Deputierten bestehend, welche monatlich im Vorsitz abwechselten, sollte fortan aus 2 Administratoren und 2 Assistenten bestehen, denen auch die Verwaltung des Armenwesens übertragen wurde, wozu dann noch ein Kassier und ein „Kontrolleur" kam. Die ungerechte Besteuerung der Familienhäupter verschwindet. Endlich wurde beschlossen, dass etwaige Beschwerden von Gemeindemitgliedern gegen die Verwaltung zunächst dem Forum der Gesamtgemeinde vorgetragen werden müssen, eine Massregel, die als notwendig empfunden wurde, „damit einerseits der hochlöbliche Magistrat mit unnötigen Klagen nicht so sehr belästigt und andererseits die Verwaltung nicht nach Launen eines jeden Einzelnen vor den Behörden zu erscheinen genötigt werde."

Zu Administratoren wurden Jos. Sam. Hesslein und Elkan Jak. Adlerstein gewählt, denen als Assistenten Süsslein Feldheim und Heinr. Hessler beigegeben wurden. Kassenverwalter war S. Frank. Am 5. November 1826 konnte endlich der frühere Ausschuss sein Mandat in die Hand der neugewählten Verwaltung legen.

Diese neue Verwaltung brachte Ordnung und Gleichgewicht in den Haushalt der Gemeinde. Schon der Etat vom Jahre 1827/28 zeigt eine Einnahme von 1618 fl. 24¾ kr., welcher eine Gesamtausgabe von ca. 1350 fl. gegenübersteht, wovon der Armenetat allein regelmässig 400 fl. ausmachte.[4]

Die ergiebigste Quelle der Einnahmen bilden Fleisch-Aufschlagsgelder im Betrage von 617½ fl., während die Konkurrenz-Beiträge sich nur auf 392½ fl. belaufen. Die Schulgelder für Erteilung des Religionsunterrichts bringen 173 fl. und die Betstuhlmiete ergibt 77 fl. Einen genaueren Einblick in die Verhältnisse gestattet uns die nachfolgende

4 Der Bassist Seligmann, der dem Vorsänger Koppel Rothschild sekundierte, hatte eine Besoldung von 18 fl., die Synagogenmagd bezieht für seine Tätigkeit 4 fl., der Backofen-Aufseher 1¾ fl., die Polizeiwache am Versöhnungstage 7 fl., der Nachtwächter des Versöhnungstages 1 fl., die Miete für den Totenwagen beträgt 7½ fl., die Steuern zum kgl. Rentamt betragen 20 fl. 20 und der Erbzins an dasselbe ausgerechnet 13¼ Kr.

Gemeindeliste vom Jahre 1831 nach Steuer-Klassen

Klasse	Namen	Beitrag pro 1831	Klasse	Namen	Beitrag pro 1831
		fl.			fl.
I	Jos. Sam. Hesslein . .	104.24		Samuel Frank . . .	10.09
II	Moritz Eger	83.37		Isaac Rotschild . . .	7.37
III	S. N. Walter	63.31		Salomon Forchheimer .	7.37
	Abraham Hesslein . .	46.53		Seligmann Reiss . .	7.37
IV	Hoffactorin Hesslein .	60.48		Leo Feust	6.47
	Süsslein Frensdorff . .	34.13	IX	R. M. Kohnstamm . .	7.30
	Moritz Hirsch	32.57		J. A. Bibergau . . .	5.31
	Moritz Hesslein . . .	20.32		Lazarus Hesslein . .	8.28
V	Koschm. Dessauer . .	24.31		Samson Hesslein . .	5.56
	E. J. Adlerstein . . .	19.11		Lduwig Herr	8.53
	J. K. Kolb's Wb. . .	27.02		Josef Lanz	5.53
	Mayer Springer . .	21.33		Baruch Ingberg . . .	6.47
	David Geldersheimer .	16.04		Lehrer Goldmann . .	3.24
	Isaac Kolb	12.41		Leo Kronacher . . .	8.28
	Feldheim's Wb. . . .	16.42		Dina Brüll	2.45
VI	Hindel Adler	11.50	X	Zerla Adlerstein . . .	4.14
	Mayer Brüll	16.04		Hirsch Regensburg . .	4.40
	J. Bochlowiz . . .	11.25		Philipp Geldersheimer .	3.24
	Moses Herr . . .	16.04		Ignatz Sternkorb . .	3.24
	Louis Strasser . . .	14.35		Sam. Abrah. Hesslein .	3.24
	Eisig Geldersheimer .	10.09		Goldarbeiter Klein . .	3.24
VII	Joël Kronacher . . .	10.09		Kalmann Neu's Wb. .	2.33
	M. Siegmann . . .	11.25	XI	Sternkorb's Wb. . . .	3.23
	Kaufmann Rosenthal .	8.03		Isaak Brüll	3.24
	Juda Hesslein . . .	9.18		Hermann Löwinger . .	5.05
	Heinrich Hessler . .	8.03		Salomon M. Hesslein .	5.05
	Salomon Rosenfeld .	11.12		Dachauer's Wb. . . .	2.58
VIII	Löb Schwed	7.37	XII	Eva Heymann . . .	2.58
	Gella Eger	9.18		Löwenberger's Wb. . .	2.55½
	Herz Brüll	7.37		Besla Kronacher . .	1.42
	Nathan Klein	7.37		Wolfheimer's Wb. . .	1.42
				Koppel Löb Kolb [5] . .	1.42

5 Eine zuverlässige Statistik vom Jahre 1832 zählt 72 Familien, von welchen 50 auf Gewerbe und Handwerke angesiedelt waren und 3 ausserhalb der Matrikelzahl standen, mit insgesamt 315 Seelen. Da nun die obige Liste nur 63 zahlende Mitglieder kennt, so muss es 9 nichtzahlende Arme in der Gemeinde gegeben haben. Einschliesslich der Dienstboten und der Fremden zählte man 1836 etwa 500 Seelen, darunter 7 Studierende, 3 Schulamtskandidaten, 1 Architekten, 2 Porzellanmaler, 1 Kupferstecher und nicht weniger als 20 junge Leute, die sich einem Handwerk widmeten.

Schon damals zeigt der Gemeindetat die zu allen Zeiten unwillkommene Tendenz des Wachsens in die Höhe. Eine Aufstellung vom Jahre 1836 enthält folgende Ausgabeposten:

Für Besoldung des Rabbiners	fl. 400.—[6]
„ Wohnung des Rabbiners	fl. 100.—
„ Besoldung des Religionslehrers	fl. 300.—
„ Heizung demselben	fl. 62.—
„ Heizung des Schullokals	fl. 50.—
„ Besoldung des Synagogendieners . .	fl. 62.30
„ Wohnnug des Synagogendieners . . .	fl. 60.—
„ Besoldung des Vorsängers	fl. 100.—
„ Wohnung des Vorsängers	fl. 20.—
„ Unterhaltung der Fleischbank . . .	fl. 40.—
„ Unterhaltung und Beleuchtung der Synagoge	fl. 150.—
An die Pfarrei St. Martin	fl. 60.—
Vertragsgelder an die Stadtkämmerei . . .	fl. 6.15
Kellerquellenbad	fl. 75.—
Zinsen von einem Passiv-Kapital von 1800 fl. .	fl. 72.—
Armenetat	fl. 300.—
Abtragsgeld an die Stadtkämmerei	fl. —.45
	fl. 1858.30

Die oben erwähnte „Gemeinde-Ordnung“ vom 15. August 1826 war nur geschriebene Überlieferung, herkömmliche Observanz, von welcher häufig auch abgewichen wurde. Die ersten gedruckten Statuten der Gemeinde, denen die der Kultusgemeinde Würzburg zugrunde gelegt wurden und die allen nachfolgenden Statuten zugrunde liegen, stammen vom 26. März 1837. Über die Notwendigkeit derselben spricht sich eine Eingabe der damaligen Vorsteher Mor. Hirsch, E. J. Adlerstein und Sal. Dessauer an den Magistrat folgendermassen aus:

„Die Ausgaben der hiesigen israelitischen Gemeinde für Zwecke des Kultus, welche bisher grösstenteils durch Umlagen gedeckt werden mussten, haben nach und nach eine solche Höhe erreicht, dass solche für die minder bemittelte Klasse beinahe unerschwinglich und selbst für die vermögende sehr drückend wurden, es war dringende Notwendigkeit

[6] Dazu von den Filialgemeinden 208½ fl.

auf Mittel zu denken, wie diese Last zu erleichtern; eine solche Erleichterung konnte aber nur durch die Bildung eines Fonds für die besagten Ausgaben bewirkt werden, um die Umlagen nach und nach zu vermindern.

Es war ferner notwendig, eine feste Ordnung bei der Verwaltung dieses Vermögens herzustellen, die häufigen allgemeinen Versammlungen, welche den Mitgliedern soviel Zeit für ihre Privatgeschäfte entzogen, selten zahlreich besucht wurden und noch seltener zu einem gedeihlichen Resultate führten, zu vermindern und die Leitung jener Geschäfte einem Ausschusse mit erweiterten Befugnissen zu übertragen.

Die israelitische Religionsgesellschaft entschloss sich daher, bestimmte Statuten zu entwerfen, als künftige Norm aufzustellen und jedes Mitglied des religiösen Vereins hieran zu binden.

Der verehrliche Magistrat, welchem die vielen bisherigen Streitigkeiten über die fragliche Sache unter den Mitgliedern bekannt sind, wird die Notwendigkeit und Nützlichkeit dieses Unternehmens beifällig anerkennen."

Aus diesen aus 18 Paragr. bestehenden Statuten v. J. 1837 ergibt sich folgendes Bild: Die Verwaltung der Gemeinde, zu deren Ressort auch das Armenwesen gehörte, sollte fortan aus zwei Kollegien gebildet werden, nämlich aus der eigentlichen geschäftsführenden Verwaltung, welche aus drei Deputierten und einem Kassier sich zusammensetzte, und einem aus fünf ordentlichen Mitgliedern in der Eigenschaft von Bevollmächtigten bestehenden Ausschuss, der besonders bei Entwerfung des Etats mitzuwirken hatte. Mindestens drei Gemeindemitglieder mussten aus den 7 höher besteuerten von den 16 Klassen, in welche die Gemeinde je nach Vermögen und Einkommen eingeteilt waren, in die Gesamtverwaltung gewählt werden. Diejenigen Israeliten, welche die „Ansässigkeit" in der Stadt nicht hatten und sich bloss mit polizeilicher „Permission", wenn auch nur ein Vierteljahr daselbst aufhielten, wurden als ausserordentliche Mitglieder betrachtet, sie waren steuerpflichtig, aber von der Verwaltung und vom Stimmrecht ausgeschlossen. Der Besuch der Gemeindeversammlungen war obligatorisch und wer ohne hinreichenden Entschuldigungsgrund schwänzte, verfällt in eine Strafe von 30 Kr., die sich in

jedem Wiederholungsfalle um den gleichen Betrag erhöhte. Für die Verwaltung des Kultusvermögens tritt der Rabbiner in den Ausschuss der Deputierten und übernimmt alsdann den Vorsitz (nach § 31 des Edikts). Die Aufsicht in der Synagoge steht dem Rabbiner und unter seiner Leitung den Deputierten und dem Ausschuss zu, ebenso hat derselbe mit den Deputierten zusammen die Religionsschule und die Disziplin der Jugend zu beaufsichtigen. Mit Rücksicht auf die wachsende Zahl der Handwerker in der Gemeinde und die daraus sich ergebende Besorgnis der Herabminderung ihrer Leistungsfähigkeit wurde durch § 11 der Statuten ein Religionsschul- und Armenfond ins Leben gerufen, an welchen Jedermann bei seiner Ansässigmachung in Bamberg die Kleinigkeit von 1 % seines Vermögens, bezw. bei seiner Verehelichung die Kleinigkeit von 1 % aus dem Betrage des beiderseitigen Vermögens, zu entrichten hatte; Eltern, welche ihre Kinder nach auswärts verheirateten, hatten nur ½ % der Mitgift, verwitwete Personen bei ihrer Wiederverehelichung vom Zuwachs ihres Vermögens, zu kontribuieren; diese ausserordentlichen Beiträge gehörten den beiden Fonds zu gleichen Teilen und sollten zu keinem anderen Zwecke verwendet werden.[7]

Diese nach ihrem wesentlichen Inhalt hier geschilderten Statuten, welche der Gemeinde eine durchaus zeitgemässe und tadellos funktionierende Verfassung verliehen, wurden in einer nur wenig abgeänderten und erweiterten Neuauflage von 19 Paragraphen am 22. Januar 1844 wiederholt herausgegeben.[8]

Die beabsichtigte Bezeichnung der Gemeinde als einer „Kirchengemeinde“ wurde von der Regierung aus staatsrechtlichen

---

7 Der Beschluss zur Ansammlung eines Fonds stammt bereits aus dem Jahre 1827, und 1837 war ein Armenfonds schon bis auf 519 fl. angewachsen, bis zum Jahre 1852 hatten sich in diesem Fonds 3353 fl. angesammelt, von welchen, wie wir weiter unten sehen werden, 2200 fl. zum Synagogenbau verwendet wurden.

8 Deputierte: E. J. Adlerstein, M. Siegmann, Sal. Dessauer; Ausschussmitglieder: Dr. Dessauer, Dr. Frensdorf, Sal. Hesslein, S. A. Hesslein, Ph. Geldersheimer. — Am 24. Januar 1841 wurde der Israelitische Frauenverein ins Leben gerufen.

Gründen als unstatthaft zurückgewiesen. Die Statuten vom Jahre 1844 erhielten dann am 5. Mai 1852 eine wichtige Modifikation, nach welcher der Armen- und Religionsschulfond in einen Fond zur Besoldung der Gemeindebeamten umgewandelt wurde, in welchen von nun an alle bei Gelegenheit von Verehelichungen und Ansässigkeitsmachungen zu entrichtenden Gebühren geleitet wurden, und diese Statuten vom Jahre 1852 erhielten mit Rücksicht auf das mit der Pfarrei St. Martin getroffene Übereinkommen zur Ablösung der Stolgebühren einen aus 4 Paragraphen bestehenden Anhang vom 16. März 1857.[9] Wieder neue Statuten vom 28. Dezember 1859, welche 22 Paragraphen umfassen, enthalten nur unwesentliche Abänderungen der früheren. Dagegen wurde durch Gemeindebeschluss vom 3. März 1870 der Besoldungsfonds in einen Kultusfonds umgewandelt.[10]

Eine nach Steuerklassen geordnete Liste der Gemeindemitglieder vom Jahre 1845 möge die vorangegangene Schilderung ergänzen und vervollständigen:

---

9 Vgl. oben S. 18.

10 Derselbe verfügte Ende 1872 über ein Vermögen von 24 750 fl. 59 Kr. und wurde zum Bau des jetzigen Gemeindehauses verwendet. Ein von der Hand des Dr. Dessauer angelegtes Verzeichnis über die zu diesem Fonds entrichteten Beiträge, das bei den Rabbinatsakten vorhanden ist, gibt interessante Aufschlüsse über das Datum der Ansiedelung und Verehelichung der älteren Familien der Gemeinde. Die jetzt noch geltenden Statuten sind vom 26. Oktober 1873 und 5. August 1888. (Mag.-Akten a. a. O., Nr. 3, Bd. I—II, und Gemeinde-Akten.)

Klasse	Namen	Zur Gemeinde pro Monat fl.	kr.	zu d. Armenkosten pro Monat ff.	kr.
I.	Herr Moritz Eger . . .	6	25	1	27
II.	Herr Moritz Hirsch . .	5	30	1	15
III.	Mad. Abr. Hesslein's Wb.	4	35	1	2
	Herr David Strauss . .	4	35	1	2
	Herr Sieg. A. Hesslein .	4	35	1	2
	Herr Sandel Werthheimer	4	35	1	2
IIII.	Herr Mayer Springer .	3	40	—	50
	Herr Jacob Bochlowitz .	3	40	—	50
	Herr Ignatz Werthheimer .	3	40	—	50
	Herr Hermann Hesslein .	3	40	—	50
	Herr Maier Löb Eger .	3	40	—	50
V.	Herr Elkan Adlerstein .	3	12	—	43
	Herr Doctor Frensdorf .	3	12	—	43
	Herr Lazarus Uhlfelder .	3	12	—	43
	Herr Siegmund Rosenberg	3	12	—	43
VI.	Herr Isaac Kolb . . .	1	50	—	25
	Herr David Geldersheimer	1	50	—	25
	Herr Lazarus Rosenfeld .	1	50	—	25
	Herr Salomon Dessauer .	1	50	—	25
	Herr Herrmann Loewi .	1	50	—	25
	Herr Jonathan Silbermann	1	50	—	25
	Mad. Rosalia Feldheim .	1	50	—	25
	Herr Emanuel Dessauer .	1	50	—	25
	Herr Isidor Dessauer . .	1	50	—	25
	Herr Salomon Dessauer .	1	50	—	25
	Herr Gabriel Hesslein .	1	50	—	25
VII.	Herr Eisig Geldersheimer	1	22	—	18
	Herr Ludwig Strasser .	1	22	—	18
	Herr Perez Prager . .	1	22	—	18
	Herr M. M. Siegmann .	1	22	—	18
	Herr Phil. Geldersheimer .	1	22	—	18
VIII.	Mad. Kosch. Dessauer's Wittib . . .	1	6	—	15
	Herr Jos. Levi	1	6	—	15
	Herr Doctor Dessauer .	1	6	—	15
	Mad. Joel Kronacher's Wittib . . .	1	6	—	15
IX.	Herr Juda Hesslein . .	—	55	—	12
	Herr Leo Feust	—	55	—	12
	Herr Heinrich Hessler .	—	55	—	12

Klasse	Namen	Zur Gemeinde pro Monat fl.	kr.	zu d. Armenkosten pro Monat fl.	kr.
IX.	Herr Hirsch Fleischmann .	—	55	—	12
	Herr Ignatz Sternkorb . .	—	55	—	12
	Mad. S. M. Hesslein's W.	—	55	—	12
	Herr Bernhard Ney . .	—	55	—	12
	Herr Levi Forster . .	—	55	—	12
	Herr Salomon Adlerstein .	—	55	—	12
X.	Herr Ludwig Herr . .	—	44	—	10
	Herr Isaac Rothschild .	—	44	—	10
	Herr Jos. Kronacher . .	—	44	—	10
XI.	Herr Abr. Feldheim . .	—	33	—	7
	Herr Juda Bibergau . .	—	33	—	7
	Herr Raph. Kohnstamm .	—	33	—	7
XII.	Herr Hirsch Klein . . .	—	27	—	6
	Herr Sams. Hesslein . .	—	27	—	6
	Herr Nath. Seligsberg .	—	27	—	6
	Herr Heinrich Ney . .	—	27	—	6
	Herr Mayer Goldmann .	—	27	—	6
XIII.	Herr Sal. Rosenfeld . .	—	22	—	5
	Dem. Hanna Hamburger .	—	22	—	5
	Herr Samuel Frank . .	—	22	—	5
	Herr Benedict Oesterlein .	—	22	—	5
XIV.	Herr Selig. Reuss . . .	—	16	—	3
	Herr Kaufm. Rotenthal .	—	16	—	3
	Herr Moses Kohnstamm	—	16	—	3
	Mad. Dina Brüll . . .	—	16	—	3
	Herr Seligmann Hesslein .	—	16	—	3
XV.	Herr Aron Rosenstrauss .	—	11	—	2
	Herr Leo Kronacher . .	—	11	—	2
	Herr Eph. Vorchheimer .	—	11	—	2
XVI.	Mad. Bella Hesslein . .	—	5	—	1
	Herr Wolf Mainbernheim .	—	5	—	1
	Herr Isaac Brüll . . .	—	5	—	1
	Dem. Helena Brüll . .	—	5	—	1
	Herr Doctor Feldheim .	—	—	—	40
	Mad. S. Gersfelder's Wb.	—	—	—	40

Der staatsrechtliche Zustand.[11]

Nach § 4 der geltenden Gemeindeverfassung waren die Deputierten und die Ausschussmitglieder „zur Sicherung des staatspolizeilichen Interesses“ vom Stadtmagistrat in Pflicht zu nehmen. Die Leitung der Unterrichtsangelegenheiten und des Armenwesens stand unter Aufsicht der hohen Polizei. Dieser Verantwortlichkeit vonseiten der Gemeindeorgane korrespondierte die Pflicht vonseiten der Behörden, die Verwaltung der Gemeinde bei Wahrnehmung ihrer Interessen nötigenfalls mit dem Polizeiarm zu unterstützen. Ein Urteil des hiesigen Stadt- und Kreisgerichtes stellte sich sogar auf den Standpunkt, dass die Gemeinde als eine von der Staatsgewalt genehmigte Korporation, zufolge § 28 und § 31 der II. Beilage zur Verfassungsurkunde, nicht als blosse Privatgesellschaft angesehen werden könne und infolge dessen Steuerforderungsklagen gegenüber ihren Mitgliedern lediglich bei den Verwaltungsbehörden anhängig zu machen seien. Das war lange Zeit die übliche Praxis. Als aber die Ansichten darüber in den höheren Regionen seit 1847 sich geändert hatten, entschied der Magistrat durch einen Beschluss vom 28. August 1849, dass die israelitischen Kultusgemeinden in Bayern nur als Privatvereine und daher die von ihnen eingeforderten Kultussteuern nicht als öffentliche Abgaben betrachtet werden können. Damit war geradezu der Lebensnerv der Gemeinde bedroht. Die Deputierten der Gemeinde fühlten sich daher veranlasst, gegen diese Entscheidung bei der Kgl. Regierung eine ausführlich begründete Beschwerde einzulegen, aus welcher wir eine noch heute beherzigenswerte Stelle hervorheben wollen:

„Die israelitische Kultusgemeinde in Bamberg steht durch ihre sanktionirten Statuten faktisch unter dem Schutze der Staatsbehörde und letztere muss ihr deshalb auch wirklich, wo es Noth thut, Schutz gewähren. Gerade dieser Schutz liegt aber in der exekutiven Beitreibung der Aussenstände zur Kultusgemeinde und mit allem Grunde verlangt letztere, wie bisher so für alle Zukunft, diese Beitreibung vom Stadtmagistrate Bamberg. Hievon aber auch abgesehen, so stehen wir fest-

11 Nach Rabbinatsakten.

haltend am monarchischen Prinzip der Staatsverfassung wahrlich an einem Zeitabschnitte, der vernünftigerweise die bisher bestandene Scheidewand zwischen den einzelnen Religionsbekenntnissen fallen zu lassen gebietet. Es wäre wahrlich in unserer Zeit von Seite der Behörde, die bei Ansässigmachung der Israeliten ihre Beschlüsse auf die Grundrechte der früheren deutschen Nationalversammlung gegründet, unerklärlich, wie sie hier auf das Edikt vom Jahre 1813 und darüber hinauf in die inhumane Zeit der Verfolgung der Israeliten verfallen kann, während sie dort in humanster Weise Bestimmungen zur Grundlage nimmt, die von Staatswegen in Bayern eine Bestätigung noch nicht erhalten hat." [12]

Der Magistrat sandte aber diese Rekursbeschwerde nicht an ihre Adresse „weil die Emanzipation der Juden in Aussicht steht".[13]

Dr. Dessauer.

Eine besondere Hervorhebung als die markanteste Persönlichkeit aus der Mitte der Gesamtgemeinde verdient der im Jahre 1807 in Demmelsdorf geborene Dr. Jakob Dessauer.[14] Zunächst als Lehrer an der Wolfrum'schen Handelsschule in Bamberg tätig, bereitete er sich privatim für den Besuch der obern Klassen des Gymnasiums vor, besuchte dann nach Absolvierung desselben das hiesige Lyzeum und die Universität in Würzburg, bestand im Jahre 1834 sein Doktorexamen und wurde mit einer Arbeit über Herzkrankheiten 1836 zum Arzte promoviert. Damals war die Niederlassung eines Arztes noch

12 Vgl. übrigens Heimberger: Die staatskirchenrechtliche Stellung der Israeliten in Bayern, S. 132 ff. Die Aufsichtführung über die Stiftungen der Gemeinde und die Aufbewahrung ihrer Urkunden lehnte mit Hinweis auf ihren privatkirchenrechtlichen Charakter der Magistrat mit Zustimmung der Regierung erst im Jahre 1857 ab, die Stiftungsrechnungen wurden aber nach wie vor der Regierung zur Revision vorgelegt und erst seit 1874 wurde auf Wunsch und Antrag der Gemeindeverwaltung die Kuratel vonseiten der Regierung nicht mehr ausgeübt.

13 Vgl. weiter unten Kap. V.

14 Die Familie Dessauer stammt von dem in meiner G. J. B., S. 176, erwähnten Jakob Dessau in Demmelsdorf, Mitglied des Rabbinatskollegiums.

von der Genehmigung der Regierung abhängig. Rabbiner Rosenfeld richtete nun zusammen mit den Deputierten der Gemeinde am 11. November 1836 ein Gesuch an die Kgl. Regierung des Obermainkreises, in welchem er ausführte: „In den meisten Städten Deutschlands, in denen Israeliten wohnen, sind unter Anderem auch practische Aerzte israelitischer Konfession aufgestellt. So war es auch hier in Bamberg noch vor kurzer Zeit der Fall: Zuerst war es Herr Dr. Feust [15] und in spätester Zeit Herr Dr. Feldheim, welche als Aerzte hier praktizirten. Zur Zeit befindet sich kein praktischer Arzt mosaischer Konfession dahier." Unter Geltendmachung von konfessionellen Rücksichten wird nun die Zulassung des Dr. Dessauer, der das Anerbieten gemacht, die israelitischen Hausarmen der Stadt unentgeltlich behandeln zu wollen, wärmstens empfohlen, worauf die Regierung erwidert, dass bei Erledigung der Stelle eines Arztes dieses Gesuch berücksichtigt werden würde. Schon seit 1841, zuerst als Vorsitzender des Ausschusses, später als erster Vorsteher, stellte er seine hervorragende Intelligenz und Arbeitskraft, seine ideale Gesinnung und das grosse Ansehen, dessen er sich besonders wegen seiner Uneigennützigkeit und persönlichen Vornehmheit in allen Kreisen der Bevölkerung und bei der hier im Exil lebenden Königin von Griechenland zu erfreuen hatte, bis zu seinem am 5. Juni 1873 erfolgten Tode in den Dienst der Gemeinde.[16] Seine Verwaltung war ein Muster von Korrektheit. Der neue Friedhof und die jetzige alte Synagoge, von denen an späterer Stelle die Rede sein wird, dürfen als wesentlich sein Werk bezeichnet werden, als Denkmäler seiner Verdienste, die seinen Namen erhalten werden in der Geschichte der Gemeinde, welche ihm am 1. Januar 1866, am Tage seiner Jubiläumsfeier, durch eine Deputation mit Überreichung einer wertvollen Ehrengabe den Dank für seine Tätigkeit votieren liess.

---

15 Praktizierte 1809—19, auch als Stadtgerichts-Physikats-Assistent, und übersiedelte 1819 nach Fürth.

16 Er war auch Inhaber der bayer. und sächs. Verdienstkreuze für 1870/71.

Synagogen-Ordnung.

Mit dem Eifer der Jugend, dem nur die Unbesonnenheit fehlte, ergriff Rosenfeld seine Aufgabe in Bamberg. Seine Aufgabe aber betrachtete er etwa im Sinne eines Volkserziehers und Volksbildners, er will in religiöser und bürgerlicher Beziehung auf seine Glaubensgenossen einwirken. Damit ist schon gesagt, dass er sozusagen ein Kulturrabbiner war, ein Mann mit aufgeklärten Ansichten, der das Judentum zur Darstellung bringen möchte als etwas, was sich unter gebildeten und anständigen Menschen sehen lassen kann. Es war ja die Zeit des beginnenden Kampfes zwischen beiden Richtungen innerhalb des Judentums. Rosenfeld verschreibt seine Seele keiner Partei, er bewegt sich auf der mittleren Linie, langsam und bedächtig, aber vorwärts. Die Veredelung der Formen des Gottesdienstes war eines derjenigen Ziele, die er als einer der ersten Rabbiner dieses neuzeitlichen Genres in Bayern dabei im Auge hatte und mit Überwindung sich entgegenstellender Widerstände zu erreichen suchte.

Schon 1½ Jahre nach seinem Amtsantritt arbeitete Rosenfeld eine vom 14. September 1827 datierte Synagogenordnung aus, welche nichts weiter als „zeitgemässe Verbesserungen der äusseren Form" anstrebte, ohne Eingriffe zu machen in den herkömmlichen Ritus, und vom Magistrat mit dem Auftrage strengster Befolgung und Danachachtung der Gemeinde bekannt gegeben wurde. Ein aus 12 Punkten bestehender Nachtrag derselben datiert vom 29. August 1828. Anfang 1831 wurde dann von drei Rabbinern des Obermainkreises, nämlich von Dr. Aub in Bayreuth zusammen mit Mos. Gutmann in Redwitz und Kunreuther in Burgebrach, eine aus 36 Paragraphen bestehende Synagogenordnung, welche im Fahrwasser der entschiedenen Reform sich bewegte, der Kreisregierung unterbreitet und von derselben als „sehr zweckmässig befunden" allen Synagogen des Obermainkreises zur Einführung hinausgegeben wurde. Da dieselbe aber nach der Ansicht Rosenfelds die Grenzen des Zulässigen überschritten hatte,[17] liess er

17 Das Kol nidre u. sogar die sämtlichen Klagelieder für den 9. Aw sind in dieser S. O. bereits aus der Liturgie verwiesen.

unter Abänderung der früheren vom Jahre 1827 und mit Berücksichtigung der „fortgeschrittenen Zeitbedürfnisse“ eine neue 47 Paragraphen umfassende Synagogenordnung (bis zum 7. Januar 1833) erscheinen, aus welcher wir zur Kennzeichnung ihres Geistes einige Punkte hervorheben wollen.[18]

5. Die Schuljugend stehet vereint und unter Aufsicht des Religionslehrers auf dem sogenannten Almemor.

13. Der Vorsänger, der Religionslehrer mit der Schuljugend, auch der fremden, die sich hier aufhalten, bilden einen Chor, und haben sich hinsichtlich dieser Function nach den Anordnungen des Rabbiners zu richten.

15. Die Fürbitte für Sr. Majestät den König und das Allerhöchste Königliche Haus, sowie jene für die Gemeinde, deren Vorsteher und Pfleger, und die sich durch Wohlthätigkeit in derselben auszeichnen, trägt der Rabbiner vor, und zwar erstere in deutscher Sprache.[19]

31. Die ehelichen Trauungen werden fortan in der Synagoge mit einer deutschen Anrede an das Brautpaar und einer angemessenen Feierlichkeit vollzogen.

32. An den Allerhöchsten Geburts- und Namenstagen beider Kön. Majestäten findet, bei beleuchteter Synagoge, feierlicher Gottesdienst statt. Jeder hat hiebei feiertäglich gekleidet zu erscheinen.

35. Die Konfirmation der aus der Schule tretenden Kinder soll auf eine feierliche Weise, nach einer vom Rabbiner hierüber besonders entworfenen Vorschrift, begangen werden. Mädchen confirmiren nach zurückgelegtem 12. und Knaben nach zurückgelegtem 13. Lebensjahre. Sechs Wochen vor dem Eintritt dieser Periode haben die Aeltern solches dem Rabbiner oder dem Religionslehrer anzuzeigen, damit die Kinder zu diesem wichtigen Akte in der Schule gehörig vorbereitet werden können. Bei Unterlassung dieser Anzeige, oder Entziehung von der vorgeschriebenen Feierlichkeit überhaupt, so lange kann der Knabe nicht zur Thora aufgerufen werden, und das Mädchen erhält erst nach dem Vollzuge der Feierlichkeit seinen Entlassschein aus der Religionsschule.

---

18 Abschrift bei den Mag.-Akt., Tit. XI, Fach-Nr. 1305, Akt.-Nr. 10 und 1306 Nr. 5.

19 Zum Empfange der Kgl. Majestäten, welche 1830 die Stadt mit ihrem Besuche beehrten, wurden auch von der Gemeinde Festlichkeiten veranstaltet, welche einen Kostenaufwand von 156 fl. verursachten. Am 9. September 1841 wurde für das ganze Königreich ein „Formular eines Gebetes für Se. Majestät in den israelitischen Schulen“ eingeführt.

45. Ein Verzeichnis der Gebete und Psalmen, die am Sabbathe und an den hohen Fest- und Feiertagen theils in Solo, theils mehrstimmig, theils im Chore gesungen werden sollen, wird dem Vorbeter zu seiner Darnachachtung behändigt.

46. Die Einführung einiger deutscher Gebete, sowie noch weitere zeitgemässe Verbesserungen beim öffentlichen Gottesdienste behält man sich vor.

Diese Synagogenordnung wurde vom grössten Teile der Gemeinde willkommen geheissen, es fehlte aber auch nicht an Gegnern, welche den Verfasser in Kämpfe hineinzogen, bei denen die Kgl. Kreisregierung mit entschiedener Stellungnahme auf Seiten des Fortschritts stand. In einem zur Kenntnisnahme der höchsten Stelle bestimmten Berichte derselben heisst es: „es war uns bei den meisten Gemeinden nur mit Anordnung strenger Massregeln möglich, die Reformen des so sehr verfallenen Gottesdienstes durchzusetzen, und es hat sich auch hier wieder der Erfahrungssatz bewährt, dass ohne anfängliche Strenge keine Verbesserung der israelitischen Verhältnisse zu hoffen ist.“ Dass es aber sogar in ländlichen Gemeinden freisinnige Spezereihändler, Freunde einer Reform des Judentums damals mehr als heute gegeben, beweist die folgende interessante Eingabe:

Königliche Regierung des Ober-Main-Kreises,
Kammer des Innern!

Unterthänigste Vorstellung mehrer Israeliten
des Bamberger Rabbinats-Bezirkes
wegen Einführung der neuen Synagogen-
ordnung.

Eine von Königlicher Regierung unterm 5. Mai d. Js. höchst erlassene Synagogenordnung ist uns den unterthänigst Unterzeichneten zur Kunde gekommen, obwohl uns solche von unserem Rabbiner Herrn Rosenfeld in Bamberg noch nicht mitgetheilt wurde. Ja wir haben sogar erfahren, dass genannter Rabbiner, gegen die Einführung derselben, eine Protestation eingereicht hat.

Wir haben uns daher hinsichtlich der angeblich religiösen Punkte, die in obiger Synagogenordnung eine Aenderung erleiden, durch eingezogene Erkundigung bei anderen Rabbinern — nud hinsichtlich der dadurch beabsichtigten Andacht und Ordnung beim Gottesdienste, selbst

überzeugt, dass sämtliche Punkte der erwähnten höchsten Entschliessung nicht nur unserer Religion nicht zuwider — sondern sogar zur Veredlung derselben höchst erspriesslich seien; und deshalb unsern vollkommensten Dank verdienen.

Möge Eine Königliche Regierung auf das Entgegenwirken einer Klasse Menschen, die es darauf angelegt zu haben scheinen, uns im Schlamme der Unwissenheit stecken zu lassen, statt sie uns daraus wegbringen sollten, nicht achten!

Es ist jene Zeit nicht mehr, wo der Jude sich gegen alles zu seiner Verbesserung Verordnete auflehnte, sondern es ist jetzt der bayrische Israelit, der es einsieht und durch innere Dankgefühle erkennt, wie sehr die Königlich-Bayerischen Allerhöchst und Höchsten Stellen um das Wohl und die bürgerliche Verbesserung Ihrer israelitischen Unterthanen besorgt sind.

Wir haben uns daher Gegenwärtiges unterthänigst vorzustellen erlaubt, damit Königliche Regierung nicht glauben möge, als seien wir im Stillen mit der Gegenvorstellung unseres obengenannten Rabbiners einverstanden, ja wir gestehen sogar, dass nach unserer geringen Einsicht noch gar Vieles in unseren als Religion angenommenen Gebräuchen abgeändert werden muss und beruhigen uns nur mit der Hoffnung: dass, Dank der weisen und gerechten Regierung Seiner Majestät unseres allergnädigsten Königs Ludwig gegenwärtig unter den bayrischen Rabbinern Männer an der Spitze stehen, die es an Thätigkeit für die gute Sache nicht fehlen lassen werden.

Wir erlauben uns nur noch die unterthänigste Bitte:

„Eine Königliche Regierung wolle die ofterwähnte Synagogenordnung uns zur baldigen Einführung gnädigst mitteilen lassen".

In tiefster Ehrfurcht verharrend

Der Königlichen Regierung

Hirschaid den 4. Juli 1831.

unterthänigst gehorsamste
Jacob Maier Loew, Spezereihändler,
für sich, und aus Auftrag 50 anderer
Israeliten.

Kultus und Unterricht.

Nach zweijähriger Tätigkeit wurde der Rabbiner von der Kgl. Kreisregierung aufgefordert zu berichten: auf welche Weise er seine Obliegenheiten in Beziehung auf Kultus und Unterricht zu erfüllen bestrebt gewesen? „wie viele Vorträge zur Belehrung und Beförderung der Moralität und Religiosität in deutscher Sprache er gehalten? welche Missbräuche und Gebrechen er abgestellt? welche Anordnungen rücksichtlich der gottesdienstlichen Feyer er getroffen? welche Gebete er abgeschafft und welche er dafür eingeführt? kurz, welche Verbesserungen er gemacht hat und noch zu machen gedenke?"

Man sieht, die Kgl. Kreisregierung gehörte damals dem Reformjudentum an. Der Rechenschaftsbericht, den der Rabbiner hierauf am 30. Juni 1828 seiner vorgesetzten Behörde vorlegt, gibt ein kleines Kulturbild. Er erklärt in demselben, er habe in Beziehung auf den Kultus zunächst nur zu Palliativmitteln gegriffen, ehe er zu einer Radikalkur schreiten könne; nach dem Standpunkte der jetzigen religiösen Kultur habe er eine Synagogenordnung ausgearbeitet, die von dem grössten Teile der Gemeinde gut aufgenommen wurde; ein unter Leitung des Lehrers stehender Synagogenchor, bestehend aus der Schuljugend und den Kandidaten des hiesigen Lehrerseminars, sei eingeführt; die Melodien seien von christlichen Musikverständigen dazu komponiert, die Trauungen würden in der Synagoge mit einer Traurede vollzogen. Seine deutschen Predigten, die er als E r s t e r im Kreise und vielleicht in Bayern gehalten, in Bamberg 26 und in den Distriktsgemeinden 18 während eines Jahres, seien mit vielem Interesse gehört worden. Er habe die Absicht, in der Folge auch deutsche Chorgesänge beim Gottesdienst einzuführen; ein Befehl der Kgl. Regierung in dieser Richtung wäre wünschenswert und würde die zu erwartenden Anstösse überwinden. Dagegen trüge er Bedenken, hebräische Gebete abzuschaffen, die durch tausendjährigen Gebrauch sanktioniert sind. Das könnte nur durch ein geistliches Kollegium geschehen und die Bildung eines solchen aus den verständigsten Rabbinern des Königreiches zur Anbahnung von

Reformen wäre wünschenswert. Ferner habe er einen neuen Leichenwagen mit feierlich schwarzem Anstrich an Stelle des bis dahin rot angestrichenen, den man aus Aberglauben nicht hatte ändern lassen wollen, anfertigen lassen und auch einer Verbesserung der Begräbnisordnung sein Augenmerk zugewendet.[20]

Was nun aber das Schulwesen anbelangt, so seien die unter seiner Leitung erzielten Fortschritte bereits von der Stadtschulenkommission anerkannt worden.[21] Auch in den Landschulen, wo früher die Jugend kein rein deutsches Wort verstanden habe, seien die erstaunlichsten Fortschritte zu verzeichnen.[22] In Bamberg habe er eine Feiertagsschule ins Leben gerufen und am 19. April 1828 in der Synagoge mit einer Rede über den „Wert der Religion als Erzieherin der Menschen" eröffnet, wobei auch Bürgermeister Bayl Worte der Aufmunterung gesprochen, die das Herz aller Anwesenden zur innigsten Rührung und lebhaften Begeisterung hingerissen.[23] Neue Synagogen seien auf seine Veranlassung in Hirschaid und Autenhausen gebaut worden.

Diesen hier nur kurz ausgezogenen Rechenschaftsbericht beantwortete die Regierung mit folgendem Bescheide zu Händen des Magistrats:

---

20 Die älteste Beerdigungsordnung stammt vom 3. August 1830.

21 Im Berichte des Magistrats vom 3. April 1828 heisst es: „Die dahier bestehende Religionsschule rückt mit jedem Jahre dem Ziele der Vollkommenheit näher".

22 Für Inspektion der Landschulen erhielt Rosenfeld eine Vergütung von 10 fl. aus der Kreisschuldotation.

23 In Verbindung mit der Feiertagsschule, welche vom 13.—18. Lebensjahre obligatorisch war, plante Rosenfeld die Errichtung einer Fortbildungsschule für Erwachsene. — Nach Gesetz vom 11. September 1825 über Ansässigmachung und Verehelichung konnte niemand die Ansässigkeit erlangen, ohne sich über erhaltenen Religionsunterricht ausgewiesen zu haben.

Bayreuth, den 25. September 1828.

Im Namen Seiner Majestät des Königs.

Aus dem Bericht des Rabbiners Samson Wolf Rosenfeld vom 30. Juni hat man ersehen, dass derselbe eifrig bemüht ist, Ordnung und Würde in den israelitischen Gottesdienst zu bringen, durch deutsche Predigten auf die Moralität seiner Zuhörer zu wirken und den Religions-Unterricht der jüdischen Jugend zu befördern. Von dem aufgeklärten Sinne, den der Rabbiner Rosenfeld in seiner Denkschrift an die Stände Versammlung und bei andern Gelegenheiten an den Tag gelegt hat, erwartet die kgl. Regierung, dass derselbe in diesem Berufe mit Einsicht und Beharrlichkeit fortfahren und dasjenige, was noch zu wünschen übrig ist, gleichfalls nach und nach zu verbessern streben werde. Insbesondere macht man auf die auffallende Zurücksetzung des weiblichen Geschlechtes aufmerksam, welche bisher bei den Israeliten statt hatte, weil man in dem Berichte des Rabbiners keine Bestimmungen hierüber findet.

Die Einführung teutscher Gesänge will die kgl. Regierung nicht gerade gebieten, um auch den Schein einer Einmischung in innere Kirchen-Angelegenheiten zu vermeiden, obgleich eine solche Anordnung, wie der Rabbiner selbst bemerkt, die Gewissensfreiheit nicht verlezzen würde. Indessen wird es mit Wohlgefallen aufgenommen werden, jemehr die Israeliten auch bei ihrem Gottesdienste die Sprache des Landes, dem sie angehören, gebrauchen werden. Die Formel des teutschen Gebetes für Seine Majestät den König ist einzusenden.

Da der Rabbiner klagt, dass er bei seinen kirchlichen Anordnungen mit Widerstrebungen viel zu kämpfen habe, deswegen darauf anträgt, dass eine Strafe gegen die Unfolgsamen gesetzlich ausgesprochen werde, so wird dem Magistrat die besondere Unterstützung des Rabbiners in seinem Amte noch mit der Rücksicht anempfohlen, dass ein von der Regierung bestättigter Rabbiner als kirchlicher Vorstand einer im Staate rezipirten Religions-Gesellschaft die Eigenschaft und Stellung eines öffentlichen Beamten hat.

Nach § 31 des Edikts vom 10. Iuni d. Js. 1813 soll das israelitische Kirchen-Vermögen von dem Rabbiner mit Zuziehung zweier von der Gemeinde gewählter Mitglieder verwaltet werden. Dieses scheint in Bamberg nicht vollzogen zu sein und ist in diesem Falle dem Edikt gemäss einzuführen.

Nach § 24 desselben Edikts besteht kein gesetzliches Hindernis, den Israeliten zu Bamberg die Einrichtung eines Leichen-Ackers bei Bamberg zu gestatten, so ferne nur der Plaz selbst den polizeilichen Bedingungen entspricht. Da über die allzugrosse Entfernung des jetzi-

gen Leichen-Ackers in Walsdorf geklagt wird, so sind die Israeliten auf diese Bestimmung aufmerksam zu machen und ihre Anträge zu erwarten, welche dann zu instruiren und im Bericht vorzulegen sind.[24]

Da endlich der Rabbiner die unangenehme Bemerkung gemacht hat, dass der Unterricht in der israelitischen Gemeinde-Schule zuweilen auffälliger Weise versäumt werde, so ist der jüdische Religionslehrer anzuweisen, die Versäumnisse immer gehörig anzuzeigen, damit gegen die ungehorsam Ausbleibenden ebenso wie gegen diejenigen Kinder, welche den Elementar-Unterricht versäumen, eingeschritten werde.

Dem Rabbiner Rosenfeld ist eine Abschrift dieser Verfügung zuzustellen.

Königliche Regierung des Obermain Kreises,
Kammer des Innern.

Am Gymnasium wie an der Lehrerbildungsanstalt wurde ein geregelter israelitischer Religionsunterricht nach einem von Rosenfeld ausgearbeiteten Organisationsplane im Jahre 1829 eingeführt; für Erteilung desselben sollten die Schüler der Lateinschule gemeinschaftlich für jede Unterrichtsstunde 18 Kr., die Schüler des Gymnasiums 24 Kr. an den Rabbiner zahlen, welcher aber auf diese Art der Entlohnung verzichtete. Gegen Erteilung von Privatunterricht durch nichtautorisierte Personen wurde scharf und unnachsichtig vorgegangen. Selbst Gabr. Krailsheimer, der an der Hesslein'schen Stiftungsanstalt in den talmudischen Fächern Unterricht erteilte, wurde dafür, obgleich er von drei Rabbinern ein Diplom vorzeigen konnte, vom Magistrat zu einer Strafe von 10 Rthlr. verurteilt und musste sich noch im Alter von 56 Jahren einer Prüfung in Bibelübersetzung und Exegese, ferner aus der mosaischen Religionslehre und dem Talmud, vor Prof. Dr. Riegler und Rabbiner Rosenfeld unterwerfen.[25]

Der Hinweis auf die besonders erfreulichen Erfolge, die Rosenfeld auf dem Gebiete des Religionsunterrichts erreicht zu haben glaubte, darf nicht als eitle Ruhmredigkeit ausgelegt werden. Hat doch Johlsohn in der Vorrede zur 3. Auflage seines Lehrbuchs der mosaischen Religion (Frankfurt a. M.

---

24 Darüber weiter unten im Kapitel VI.

25 Krailsheimer starb am 10. April 1842.

1829) seinen besonderen Dank zum öffentlichen Ausdruck gebracht „dem vielseitig gebildeten und allgemein geschätzten Herrn S. W. Rosenfeld, Stadt- und Distriktsrabbiner zu Bamberg, dessen belehrende Winke zur Verbesserung dieser Ausgabe Vieles beigetragen."

Von der Regierung des Rezatkreises war Rosenfeld bereits im Jahre 1827 „in dem Vertrauen auf seine vorzügliche Geschicklichkeit und Rechtlichkeit" zur Teilnahme an der in der Talmudschule zu F ü r t h abzuhaltenden Prüfung für Aspiranten eines Rabbinats oder einer Lehrerstelle eingeladen worden, und von der Verwaltung dieser damals grössten und angesehensten Gemeinde des Königreichs wurde er im Jahre 1830 zum Rabbiner gewählt, eine Ehre, die er allerdings mit der Enttäuschung bezahlen musste, dass die zuständige Regierungsbehörde seinem Gegenkandidaten Dr. Löwi den Vorzug gab.[26]

Die literarische Tätigkeit.

Ausserhalb seines engern Wirkungskreises hat Rosenfeld seinen Namen bekannt gemacht durch Veröffentlichung einer Reihe von gemeinverständlichen Schriften homiletischen, religiösen und politischen Inhalts. Die wenigen Predigten, die von ihm im Drucke erschienen sind, können den Geschmack der heutigen Zeit nicht mehr befriedigen. Höher aber ragte die Kanzel, die er sich aufrichtete mitten im Volke, indem er seine Glaubensgenossen aufsuchte wie ein guter Freund in ihrem Hause und in ihrer Familie, um sie in Stunden der Einsamkeit durch Unterhaltung zu belehren und durch geschriebene Reden zu erziehen zur Tugend und Frömmigkeit. Während aber in

26 Vgl. Achawa 1865, S. 118.

Schon hier mag hinzugefügt werden, dass der in Bamberg residierende Herzog Wilhelm von Bayern, Schwager des Königs Maximilian Joseph, dem Rabbiner Rosenfeld, den er einmal zu sich beschied, um sich von ihm über mehrere Stellen der h. Schrift Aufschluss zu erbitten, „als Zeichen seiner Achtung", wie es in dem Begleitschreiben vom Jahre 1837 hiess, eine silberne Ehrenmedaille mit seinem Brustbilde überreichen liess. (Monatsschrift a. a. O., S. 213.)

seinen „Stunden der Andacht", von denen manche Stücke sinnige Betrachtungen enthalten und manche zu poetischer Schönheit sich erheben, sein Wort in heilende Medizin für leidende Seelen sich verwandelte, ist in seinen politischen Streitschriften sein Wort ein scharfgeschliffenes Schwert geworden im Kampfe für die Gleichberechtigung der Israeliten in Bayern. Die einzelnen Schriften in chronologischer Reihenfolge sind folgende:

1) Gesänge bei der Einweihung der neuen Synagoge zu Markt Uehlfeld. Gedruckt mit Hilpert'schen Schriften. 1818.
2) Die israelitische Tempelhalle oder die neue Synagoge in Markt Uehfeld, ihre Entstehung, Einrichtung und Einweihung; nebst den dabei gehaltenen Reden. 1819.
3) Denkschrift an die h. Stände-Versammlung des Königreichs Baiern, die Lage der Israeliten und ihre bürgerliche Verbesserung betreffend. München 1819.
4) Beleuchtung der von dem Bürgermeister und Ritter Herrn v. Utzschneider und vielen andern Kaufleuten bestätigten Anträge in Betreff des Hausier- und sogenannten unberechtigten Handels der Juden; mit dem Motto: Oeffne Deinen Mund für den Sprachlosen. München 1819.
5) Memoire an die h. Ständekammer. München 1822.
6) Stunden der Andacht für Israeliten zur Beförderung religiösen Lebens und häuslicher Gottesverehrung. Dinkelsbühl 1834. (3 Bde.)[27]
7) Das Füllhorn. Ein Zeitblatt zunächst für und über Israeliten. Motto: Gerechtigkeit — Wahrheit — Friede. Dinkelsbühl 1835 bis 1836.
8) Rede bei dem feierlichen Trauer - Gottesdienste wegen Ablebens Ihrer Majestät der Königin Caroline von Bayern, am 6. Dezember 1841.

---

27 Eine Bearbeitung der „Stunden der Andacht" von Zschokke. Sie wurden vom Ministerium durch Reskript vom 24. November 1834 den israelitischen Gemeinden zur Anschaffung nachdrücklich empfohlen und erlebten eine 2. Auflage 1858 ff.; eine Auswahl von 15 Andachtsstunden wurde von M. Bendelsohn in Grodno ins Hebräische übersetzt und erschien unter dem Titel „Higajon l'ittim" in Wilna 1856. Ein „Katechismus der israelitischen Religion für den Schulunterricht", handschriftlich ausgearbeitet und bereits der Stadtschulenkommission 1831 vorgelegt, ferner „Pflichtgebote für das israelitische Frauengeschlecht", deren Vorwort bei den Akten liegt, sind im Drucke nicht erschienen.

9) An die h. Stände-Versammlung des Königreichs Bayern. Bamberg 1846.
10) Rede bei Einweihung des israelitischen Leichenhofes in Bamberg am 19. Oktober 1851.
11) Trauerrede auf das Ableben Ihrer Majestät der Königin Therese. 1854.

Ein bleibendes Verdienst von geschichtlicher Bedeutung hat Rosenfeld im Verein mit dem Vorstand seiner Gemeinde sich erworben durch seine hervorragende Beteiligung an dem Emanzipationskampfe seiner vaterländischen Glaubensgenossen, darum soll davon noch, insoweit das lokale Interesse dabei in Betracht kommt, im Zusammenhange die Rede sein.

V.

Die Emanzipationsbestrebungen in Bamberg.

„Allen Gewalten zum Trutz sich erhalten, nimmer sich beugen, kräftig sich zeigen," so ungefähr hätte mit bekannten Dichterworten der Grundsatz lauten können, der die jüdische Religionsgemeinschaft durch die Geschichte der Jahrtausende begleitet hat, ein Grundsatz, den sie kaum jemals mehr betätigt hat als während der langen Dauer des Kampfes, den sie mit immer erneutem Einsatz von Kräften um die Erringung der bürgerlichen Geichberechtigung im modernen Staate, um den Besitz eines Vaterlandes geführt und bestanden hat. Die Namen der Männer, die sich in diesem Kampfe hervorgetan, stehen verzeichnet auf der Ehrentafel unserer Geschichte. An dieser Stelle wird es uns vor allem interessiren, unter diesen Männern auch einige gute Bekannte anzutreffen. Dass S. W. Rosenfeld, der erste Rabbiner, der in deutscher Muttersprache mit laut erhobener Stimme wiederholt für das Recht seiner Glaubensgenossen an die Landstände und an die öffentliche Meinung appellierte, eine Führerrolle in diesem Kampfe hatte, ist genügend bekannt, wenn auch nicht genügend gewürdigt. Dass aber von ihm inspiriert und geleitet auch die Vorstandschaft seiner Gemeinde den Besten im Lande die Hand zur Mitarbeit gereicht und einen unermüdlichen Eifer im Interesse der israelitischen Gesamtheit an den Tag gelegt, das soll durch Zusammenfassung einiger Tatsachen hier hervorgehoben und konstatiert werden.[1]

1 Das Nachfolgende ist meist den Rabbinatsakten entnommen. Um nicht bereits Bekanntes wiederholen zu müssen, verweise ich ausser auf Jost: Neuere Geschichte der Israeliten, I., S. 110 ff., und Achawa, Jahrb. 1865, S. 110 ff., auf meine Schrift: Der Kampf der Juden um ihre Emanzipation in Bayern. Ausführlicher habe ich dieses Thema bereits in der Monatsschrift für Geschichte und Wissenschaft des Judentums, 1910, S. 257 ff., behandelt.

Schon am 22. Januar 1813, also vor Bekanntgabe des Edikts, hatten sich die Israeliten des Obermainkreises unter Führung der Gemeinde von Bamberg zu einer durch Tonwärme und Formschönheit ausgezeichneten Bittschrift an den Thron ververeinigt, in welcher sie das Gelöbnis zur Erfüllung aller staatsbürgerlichen Pflichten und den Wunsch nach Genuss der staatsbürgerlichen Rechte zum Ausdruck brachten.[2] Aber erst in den dreissiger Jahren, beim Erwachen eines liberalen Geistes in Bayern, kam es zu einer lebhaften Aktion, zum tatkräftigen Eingreifen. Am 20. Dezember 1830 konstituierte sich in Bamberg ein Ausschuss von 5 Männern mit folgender Begründung ihrer Absichten:

„Da die Exceptionsgesetze, welchen die israelitischen Glaubensgenossen noch immer unterworfen sind, sehr fühlbar auffallen, und gegenwärtig der Moment ist, ein Besseres hierin, entweder bei den Ständen des Reichs, oder bei dem Königl. Staatsministerium erzwecken zu können, so haben sich die Unterzeichneten vereinigt, Schritte zu thun, die zu diesem Ziele führen können, und fanden deshalb die Bildung eines Auschusses zur weiteren Berathung hierüber für nothwendig. Demgemäss wurde der Ausschuss aus folgenden Personen zusammengesetzt: Stadt- und Distrikts-Rabbiner S. W. Rosenfeld, Sportel-Rendant Siegmann, Architect W. Ney, Fabricant Moritz Hirsch, Spediteur M. J. Hesslein."

1830—1840.

Dieser Ausschuss setzte sich mit andern vaterländischen Gemeinden in Verbindung. Bald darauf kam vom Vorstand der Gemeinde von Würzburg eine Aufforderung zur Mitunterzeichnung einer dort ausgearbeiteten Adresse,[3] welche aber vom hiesigen Gemeindevorstand am 27. April 1831 mit den Worten abgelehnt wurde: „Vollführen Sie nur Ihr begonnenes Werk, auch wir werden eine Adresse abgehen lassen, und von der Gerechtigkeit und Menschenliebe unseres allgeliebten Monarchen, seiner Minister und der liberalen Ständeversammlung, welche in dem Menschen nur den Menschen ehrt, lässt sich alles Gute erwarten."

2 K. J. E., S. 20 ff.
3 Das., S. 40.

Diese Erwartung war berechtigt. Die Kammer votierte einstimmig einen Antrag auf Revision des Judenedikts und der Landtagsabschied vom 29. Dezember 1831 enthielt die Zusage der Einleitung von gesetzgeberischen Massnahmen, worauf im Oktober 1832 vonseiten der Regierung durch Vermittelung der Unterbehörden eine umfassende Enquête über die Verhältnisse der israelitischen Glaubensgenossen veranstaltet wurde. Auf die Frage nach den Beschwerden der Israeliten von Bamberg antwortete Rabbinat und Verwaltung: „Gegen die hohe Verwaltungsbehörde gar keine, indem dieselbe die hiesigen Israeliten auf die gerechteste und humanste Weise behandelt. Müssen wir jedoch zuweilen Verunglimpfungen des Pöbels empfinden, auch bei der unschuldigsten Veranlassung, so ist dies sicher als eine Folge der Zurücksetzungen in den Gesetzen selbst zu betrachten, wodurch der Israelite gleichsam als geächtet vor dem Publikum erscheint." Es wird darum vor allem gewünscht, dass die entehrende Schmach der Beschränkung auf eine Normalzahl von den Israeliten genommen oder wenigstens die Ausdehnung des Ansässigkeitsrechtes auf mindestens 100 Familien für Bamberg bewilligt werde; auch die Errichtung eines jüdischen Konsistoriums wird als wünschenswert bezeichnet, endlich „eine gleiche Normierung des Gottesdienstes in allen Synagogen des Reiches, berechnet nach dem jetzigen Bildungsstande der Israeliten, namentlich mit Einführung mehrerer deutscher Gebete." [4]

Am 1. März 1833 richteten die konzessionierten israelitischen Kaufleute und Handwerker von Bamberg eine erfolglos gebliebene Petition an den König betr. die zivilrechtliche Anwendung der altbambergischen Verordnung vom 23. September 1761, welche damals noch für die richterlichen Entscheidungen von Rechtshändeln der Israeliten mit Andersgläubigen massgebend war.[5] Im Juli desselben Jahres hatte das Staatsministerium

---

4 Rosenfeld legte seine Ansichten in einer ausführlichen Denkschrift nieder. Vgl. Monatsschrift a. a. O., S. 260.

5 Vgl. G. J. B., S. 250 ff.

die Absicht, eine Versammlung von Delegierten aus sämtlichen Kreisen zur Beratung der Revisionsfrage einzuberufen, zu welchem Zwecke M. Hesslein, ein Mann von „allgemeiner Bildung und guter Beurteilungskraft", als Vertreter für den Obermainkreis vom Stadtmagistrat gewählt wurde. Aber erst den Bemühungen des Barons Jacob v. Hirsch aus Würzburg gelang es, den Zusammentritt dieser Delegiertenversammlung zu erwirken.[6]

Der hiesige Gemeindevorstand fragte bei Dr. Löwi in Fürth an, was denn eigentlich zur Beförderung der Angelegenheit beigetragen werden könnte, worauf folgendes Antwortschreiben eintraf:

Fürth, den 30. Januar 1834.

Wohllöbliche Administration!

Vor allem entäussere ich mich des aufrichtigsten Dankes für das mir und meiner Synagogengemeinde geschenkte Vertrauen, und verehre die Äusserungen des Gemeinsinnes und des religiösen Interesses, welche Sie, verehrteste Herren, in Ihrer verehrlichen Zuschrift an den Tag legten. O dass überall ein gleich warmer Eifer für die Ehre unserer heiligen Religion, gleiches Mitgefühl für die Leiden unserer Glaubensbrüder, gleiche Bereitwilligkeit zu deren Abhülfe sich zeigen und jene ertödende Gedankenlosigkeit und Gleichgültigkeit zum Heile Israels verdrängen möchte!

In Beziehung auf den vorwürfigen Gegenstand selbst aber finden wir es weit zweckförderlicher, dass der Obermainkreis sich zu gleichen Schritten vereinige, zu welchen sich auch die Einwohner der übrigen Kreise diesseits des Rheins bereits vereiniget haben, und zwar ganz nach der Anweisung des in seinem frommen Eifer für die Ehre Israels rühmlichst bekannten Herrn Joel v. Hirsch, die Ihnen gewiss nicht unbekannt geblieben seyn kann. Es liegt in der Absicht des ebengedachten und der übrigen Vertreter, vorerst gesonderte Petitionen der Kreise zu bewirken, um dann erst eine gemeinschaftliche aus dem Ganzen und fürs Ganze zu erzielen. Sie, meine Herren, dürften nur Ihre vor einigen Jahren eingereichte Petition zur Hand nehmen, und nach den Anforderungen der Zeitumstände allenfallsige Veränderungen vornehmen. Andere Vorkehrungen — — werden Sie nicht minder zu treffen suchen, als dies auch in andern Kreisen der Fall ist. Ausführlicheres vermag ich Ihnen für heute nicht mitzutheilen, und indem ich

---

6 K. J. E., S. 45 ff.



Rabbiner S. W. Rosenfeld.



Dr. Jakob Dessauer.

den Segen unseres Gottes für unsere Schritte erflehe, habe ich die Ehre mit ausgezeichneter Hochachtung zu geharren

Verehrlicher Administration

ergebenster Diener

Dr. Loewi, Rabbiner.

Am 17. Februar reiste nun Hesslein mit schriftlich ausgearbeiteten „Beschwerden der Israeliten zu Bamberg und dessen Umgegend" zum Besuche der Delegiertenversammlung nach München und brachte wichtige Berichte zurück, zu deren Kenntnisnahme die Gemeinden von Oberfranken nach Bamberg geladen wurden. Über die Aussichten all dieser Bemühungen entnehmen wir der Zuschrift eines Herrn Ed. Steinert aus Marktsteft a. M. vom 4. August 1834 Folgendes:

„Wenn auch das Resultat meiner letzten Audienz vom 23. Juni (dass das Edikt von 1813 ein organisches Gesetz sei, und die Abänderung oder Aufhebung eines jeden organischen Gesetzes einzig und allein von Seiner Majestät dem König abhängen, in dessen Folge eine solche Abänderung demnächst zu Gunsten der Israeliten in Bayern erfolgen werde) geeignet war, mich der Hoffnung hin zugeben, dass wir für unser mühevolles Streben endlich doch noch eine erklekliche Entschädigung erhalten könnten, so waren es die gemachten Erfahrungen, die wie Spottgeister meinem Inneren vorschwebten und jede aufkeimende Hoffnung niederkämpften; was mich auch veranlasste den Erfolg abzuwarten, und nicht wie schon oft voreilig täuschende Hoffnung zu nähren. Eine kleine Geschäftsreise von 16—18 Tagen kam meiner Geduld zu Hilfe. Bei meiner Rückkehr fand ich einige sichere Nachrichten aus München, so wie einen loyalen Ministerial-Erlass hinsichtlich des Matrikelwesens, von dem ich in Kenntnis gesetzt wurde, die allerdings noch etwas Besseres zu erwarten veranlassen können.

Einige Tage später erhielt ich eine Einladung vom Herrn von Hirsch in Würzburg, den 1. Dezember dorthin zu kommen. Der Einladung folgend fand ich zu meinem grossen Vergnügen Herrn Staatsrath von Stürmer daselbst. Dieser wahrhafte Ehrenmann, bei dem weder Intrigue noch Hofton zu suchen ist, versicherte uns heilig und teuer, dass der Staatsrathsbeschlusss zur Abänderung des gedachten Edikts mit sehr günstigen Bestimmungen, bereits an Sr. Majestät den König abgegangen sei."

Baron Hirsch entfaltete in der Tat damals hinter den Kulissen eine unermüdliche Tätigkeit, deren Anerkennung der Gemeindevorstand von Bamberg in einem Dankbrief vom 20. Februar 1835 mit den Worten ausdrückt: „Gott sieht Ihre Thaten

und wird zu dem besten Erfolg seinen Segen geben, sowie Sie und die Ihrigen dafür lohnen, wie wir es als ein gutes Vorzeichen gewahren, dass die Vorsehung Sie, dessen edles Herz im Verein mit den Mitteln es sich zum ernsten Bestreben gemacht hat, den vom Schicksal tiefgebeugten Brüdern ein Erretter zu werden, aus unserer Mitte als Stellvertreter gewählt hat, wodurch Sie Ihrem allgemein gefeierten Namen für die ganze israelitische Bevölkerung bis zu den spätesten Nachkommen ein ehrendes Andenken stiften."

Alle diese Bemühungen und Verhandlungen aber hatten vorerst keinen andern Erfolg als die Einberufung von Kreissynoden, welche bekanntlich keine andere Wirkung hatten als die Anhäufung von schätzbarem Aktenmaterial.[7] Die Emanzipationsbewegung aber gelangte dadurch nicht zur Ruhe, sie schwoll sogar im Jahre 1837 zu einem auch die kleinsten Gemeinden fortreissenden Strome an. Der Gemeindevorstand von Bamberg sandte am 3. April einen Petitionsentwurf an Dr. Carl Feust in Fürth mit der Bitte um Ausarbeitung einer an den König zu richtenden Vorstellung, welche „kurz und gemütlich" lauten sollte. Dr. Feust bemerkt in seinem Antwortschreiben: „Der Entwurf, den Sie mir eingesendet, ist dem Stile nach ein Werk Ihres verehrten Herrn Rabbiners; die darin enthaltene Auslegung des § 30 des Edikts würde auch dem scharfsinnigsten Juristen Ehre machen."[8] Das Kompliment war nicht unverdient. Rosenfeld hatte überdies die Ehre, als Führer einer von den fünf ansehnlichsten Gemeinden des Landes abgeordneten Vertretung vom König empfangen zu werden.[9] Zur Berichterstattung darüber wollen wir ihm selbst das Wort überlassen:

---

7 Noch 1835 mussten die amtlichen Bekanntmachungen von Diebstählen, die in der Stadt Bamberg vorkamen, auf Veranlassung des Magistrats in der Synagoge verlesen oder angeheftet werden und erst auf Antrag der Deputierten wurde mit Unterstützung des Rabbinats mit diesem Unfug aufgeräumt. Zur Kreissynode nach Bayreuth wurden von hier delegiert: Rosenfeld, Religionslehrer Goldmann und M. J. Hesslein.

8 Der Entwurf liegt bei den Akten. Vgl. noch K. J. E., S. 59.

9 Das., S 62.

München, den 21. Juni 1837.

An die verehrliche Administration des Israelitischen Kultus in Bamberg.

Ich erlaube mir, Ihnen hiemit ergebenst anzuzeigen, dass ich gestern Abend 6 Uhr mittelst des Eilwagens, welcher auch die Herrn Deputirten von Fürth Dr. Mak und Levin in sich schloss, Gottlob glücklich hier ankam. Gleich nach unserer Ankunft sendeten wir unsere Kreditive dem Herrn Kommerzien-Rath Marx und liessen anfragen, wann wir bei ihm zu erscheinen hätten. Derselbe bestellte uns auf heute Vormittag 9 Uhr, wir erschienen und trafen daselbst auch Herrn Maier aus Würzburg als Abgeordneten. Andere Abgeordnete aus anderen Kreisen sind keine hier, weil keine verlangt wurden. Wir besprachen uns über die fragliche Audienz und kamen dahin überein, dass wir heute noch das Gesuch um eine solche bei Allerhöchster Stelle einreichen, was bereits geschehen, den Erfolg aber werden wir erst morgen früh 9 Uhr erfahren. Zugleich wurde beschlossen, dass eine ganz kurze Eingabe, in welcher wir um Gnade und Erhörung im Betreff der von den verschiedenen Städten bereits eingereichten Bittschriften Sr. Majestät durch mich mit einer kurzen Anrede übergeben werden solle. Wir sind der Vermuthung, dass die Audienz gestattet und vielleicht morgen schon vor sich gehen würde. Ich werde indessen nicht verfehlen, Ihnen meine verehrten Herren! von Allem sogleich Nachricht mitzutheilen.

Mit vollkommenster Hochachtung zeichnet

Ihr ergebenster
Rosenfeld.

An die verehrliche Administration der Israelitschen Kultusgemeinde zu Bamberg

Ich kann Ihnen, hochverehrteste Herrn, Gottlob die beruhigende Versicherung mittheilen, dass unsere Reise hieher, so Gott will, nicht vergeblich seyn werde, und dass, wenn auch an Emanzipation nicht zu denken, wir Erleichterung des Druckes und mildere Behandlungsweise mit Hülfe Gottes zu hoffen und zu erwarten haben. Das Nähere werde ich das Vergnügen haben, binnen 8 oder 10 Tagen Ihnen mündlich sagen zu können. Nur so viel im Vertrauen, dass bei den Ständen von uns nichts vorkommen wird, die Regierung selbst will, soweit es angeht, in eigener Kraft handeln, und das halte ich, und gewiss jeder Verständige mit mir, für das Gerathendste. Ich war bisher sehr beschäftigt.

Ich bin mit vollkommenster Hochachtung

ihr ergebenster
Rosenfeld.

München, den 25. Juni 1837.

Aus den Zeilen dieses Briefes klingt es bereits wie Enttäuschung und Resignation, eine Vorahnung der schon einige Monate später mit der Berufung des Ministers A b e l zur Leitung der Staatsgeschäfte anhebenden Zeit der Reaktion, in welcher die Hoffnungen der Israeliten auf den Nullpunkt sanken und die Emanzipationsbewegung wieder ins Stocken geriet.

Mehrere Verordnungen, die in den nächsten Jahren zur Einschränkung des Handels der Israeliten erschienen, trugen den Stempel der Härte und Unduldsamkeit.[10]

Aus jener Zeit stammt folgende Anregung der Kultusverwaltung von Bamberg:

An den isr. Vereinsvorstand zu Fürth.

Schon jetzt ist unsere Lage in Bayern, wie Ihnen wohl bekannt sein wird, drückend genug, und man darf sagen, dass der Druck in der neueren Zeit statt vermindert vermehrt wurde. — Allen Aussichten und Vermuthungen nach dürfte diese unsere Lage durch die Verhandlungen, die bey künftigen Ständeversammlungen stattfinden, noch viel drückender werden, das Übel, das dadurch entstünde, würde den nachtheiligsten Einfluss auf ganz Deutschland ausüben, und das alte Rischus könnte wohl wieder allgemein aus seinem Grabe hervorgerufen werden, und neues Leben gewinnen.

Wir sind es uns und unseren Kindern schuldig, Vorkehrungen zu treffen, eine Änderung unserer Lage zu unseren Gunsten mit der Hülfe Gottes zu bewirken.

Allein es ist Ihnen und uns bekannt, dass wir j e t z t kaum einen Mann in Bayern besitzen, dessen Einfluss mächtig genug wäre, unsere gerechten Ansprüche an den Staat durch ein kräftiges Wort zu unterstützen.

Wenn Hülfe auf diese Weise geschafft werden soll, so kann diese nach unserer Ansicht (Gott zuvor) einzig und allein durch die weltberühmte einflussreiche Freyherrn von Rothschild geschehen.

Wir ersuchen Sie daher im Namen sämtlicher Gemeinden des Obermainkreises, diese unsere Angelegenheit diesen hochachtbaren Männern tief ans Herz zu legen, dass sie sich durch ein kräftiges Wort bei der kgl. Staatsregierung für unsere Sache gewogenst verwenden und der Stimmung, die, wie aus allem hervorgehet, nicht zu unseren Gunsten scheint, eine mildere Richtung und uns eine bessere Stellung verschaffen mögen.

Wir zweifeln gar nicht, dass die Freyherrn von Rothschild sich

---

10 Vgl. Achawa 1865, S. 131.

einer solchen verdienstlichen Sache, welche das Wohl von Millionen Menschen nicht nur der Jetztzeit, sondern auch künftiger Generationen gilt, mit Bereitwilligkeit unterziehen werden, da der edle Wohlthätigkeitssinn dieser Herren genug bekannt ist.

Es ist eine Sache Gottes und der Menschheit, die wohl werth ist, solchen hohen Einfluss anzusprechen.

Wir wissen, dass dieses Mittel, zu dem wir Sie hiermit auffordern, auch längst schon Ihre Ansicht ist, und können um so mehr hoffen, dass Sie nicht zögern werden, die nöthigen Schritte etwa durch abzusendende Deputation hiezu zu thun.[11]

Wir sehen Ihrer verehrlichen Antwort entgegen und sind des besten Erfolgs erwartend und verharren mit vieler Hochachtung Ihre ergebene

Isr. Kultusverwaltung Bamberg.

1840–1850.

Am 1. Januar 1843 rüttelte der Rabbiner von Bamberg wieder einmal an dem Gewissen der hohen Ständekammer, hatte aber verabsäumt, ein Mitglied der Kammer für die Aneignung und Vertretung seiner Eingabe zu interessieren. Als der Dekan Bauer aus Bamberg ihn brieflich auf diese Unterlassung aufmerksam machte, antwortete Rosenfeld am 15. Januar mit folgenden Worten:

Bamberg, den 15. Januar 1843.

Hochwürdiger, Hochzuverehrender Herr Dekan!

Gott mit Ihnen, edler Herr! Möchte es viele, viele Ihres Gleichen geben, und der Menschheit Elend würde bald ein Ende seyn! — Ihr sehr werthes Schreiben vom 11. d. machte mir gestern, den Empfangstag, zu einem vergnügten Sabbath. Es thut dem Herzen wohl, unter der grossen Menge der Inhumanen zuweilen auf Männer zu stossen, die es verdienen, Priester der Humanität genannt zu werden.

Wie wäre es nun, wenn Ew. Hochwürden mich noch zu einem weit grösseren Danke verbänden, wenn nämlich Hochsie die Gewogenheit hätten, sich meine Vorstellung zueignen zu wollen, und auf solche Weise die Verlesung in der Kammer etc. etc. zu bewirken? O, möchten Hochsie doch der Engel seyn, den mir die heilige Vorsehung zur Ausführung des guten Werkes sandte! So kühn auch diese meine Bitte ist, so setze ich doch das grösste Vertrauen in ihre Erfüllung. Sollten Ew. Hochwürden veranlasst seyn, die Gewähr dieser meiner Bitte mir zu versagen, so kann ich doch nicht aufhören zu bitten, mir gewogentlichst mittheilen zu wollen, an welches hohe Mitglied der Kammer, von dem ich die Erfüllung meines Wunsches gewärtigen könnte, ich mich wenden sollte.

---

11 Vgl. K. J.E., S. 65 und 77.

Die Stimme Rosenfelds verhallte damals wie die eines Predigers in der Wüste. Aber schon im Jahre 1845 regnete es Petitionen aus fast sämtlichen Gemeinden des Königreichs auf das Haupt der Ständekammer.[12] Die Vorsteher der hiesigen Gemeinde sandten ein Exemplar der von ihrem Rabbiner für sie verfassten Petition an den Landtagsabgeordneten und Magistratsrat G. M. Schwager mit folgendem Begleitschreiben:[13]

Bamberg, 28. Januar 1846.

Ew. Wohlgeboren!

Wenn schon die jüngste Wahlverhandlung zum Landtage, welche Sie zum Abgeordneten für Oberfranken berief, in hiesiger Stadt allgemeine freudige Erregung hervorrief, so fanden wir, die isr. Einwohnerschaft daselbst, uns um so mehr berechtigt, diese Wahl als ein folgenreiches heilvolles Ergeigniss zu begrüssen; wir durften uns, bei vorkommender Verhandlung über die Verhältnisse der Israeliten in Bayern, um eine Intelligenz, um einen Vertreter, reicher schätzen.

Das geneigte Entgegenkommen, womit Ew. Wohlgeboren unsern mitunterzeichneten Vorsteher Elkan Adlerstein beehrten, hat unsere Hoffnungen und Erwartungen, welche wir bei Ihrer Berufung zur hohen Ständekammer hegten, vollkommen gerechtfertigt. Wir drücken Ihnen hiefür, Namens der hiesigen israelitischen Cultus-Gemeinde, deren Vorsteher wir sind, unsern tiefstgefühlten innigsten Dank aus und nehmen uns hierdurch die Erlaubniss Ihnen in der Anlage eine unterthänigste Eingabe an die hohe Kammer der Abgeordneten, Darstellung unserer drückenden Verhältnisse und Bitte um Abhilfe resp. Gleichstellung mit unsren christl. Mitbürgern enthaltend, zur wohlwollenden Würdigung zu überreichen. —

Dass wir unter dem Druck von Gesetzen und Vorurtheilen längst entschwundener Jahrhunderte jetzt noch leiden, dass das Vorschreiten der Civilisation spurlos an uns nicht vorübergegangen sey, dass wir vielmehr deren verbreitendes Licht in uns aufgenommen haben und dass wir einer Verbesserung unserer bürgerlichen Stellung vollkommen würdig seyen; hierüber haben in allen Ständesälen wie nicht minder in der bayer. hohen Ständekammer, die hervorragendsten Intelligenzen sich vielfach und mit grosser Wärme verbreitet.

---

12 Das., S. 70 ff.

13 Am 18. Februar 1846 richtete Rosenfeld eine durch Druck vervielfältigte Beschwerde über Verletzung eines verfassungsmässigen Rechtes an die Ständeversammlung. (Vgl. oben S. 84. Eine Gegenschrift veröffentlichte Prof. Riegler.) Über seine Haltung in der „Kniebeugungsfrage" vgl. Z. Frankel's Zeitschr. II. S. 313.

Wir haben in der Ihnen zur Hand gestellten Petition diese Verhältnisse in gedrängter Form, da bereits von vielen Seiten Anträge gleichen Inhalts vor die hohe Kammer gebracht worden sind, entwickelt.

Versagen Ew. Wohlgeboren uns gefällig, die dringlich ergebene Bitte nicht

> „diese Petition bei der hohen Kammer der Abgeordneten in verfassungsmässiger Form einzureichen und deren geneigte Aneignung, derselben eine einflussreiche Stütze zu verleihen."

Reihen Sie Ihren verehrten Namen zu denen eines Sattler, Bauer, Siegmund und Schaetzler und gesellen Sie zu Ihren bekannten Verdiensten und Tugenden auch jene der wahren Humanität und Menschenliebe für unsere Glaubensgenossenschaft.

Die immer breiter wurzelnde ächte Toleranz wird endlich die trüben Wolken des Vorurtheils vollends zertheilen und es bleibt Ihnen das erhebende Bewusstseyn vorbehalten, als Kämpfer für unsere gerechte Sache, für die Anerkennung geheiligter Menschenrechte, in den Annalen der Geschichte und der Civilisation ein glorreiches unvergängliches Denkmal sich begründet zu haben.

Genehmigen Ew. Wohlgeboren die Versicherung der reinsten Hochachtung, womit wir zu zeichnen die Ehre haben

Die Vorsteher der isr. Kultus-Gemeinde dahier.

Bei den darauf im Mai 1846 stattfindenden Landtagsverhandlungen über die Verhältnisse der Israeliten, welche im übrigen wieder kein greifbares Resultat zeitigten, war neben anderen Verteidigern gekränkter Menschenrechte auch der Dekan Bauer mit einer höchst eindrucksvollen Rede hervorgetreten, die ihm zur Ehre gereicht.[14] Die Gemeinde überreichte ihm dafür eine Dankadresse, welche folgenden Wortlaut hat:

Bamberg, den 4. Juni 1846.

Hochwürdiger, Hochzuverehrender Herr Dekan und Landstand!

Der Ernst und die Wärme, womit Euer Hochwürden sich der Sache der Israeliten in den hohen Kammerverhandlungen annahmen, giebt unsern Herzen die stärkste Mahnung, unsern tiefgefühltesten Dank Ihnen ehrerbietigst darzulegen. Es thut dem Unterdrückten wohl, wenn er siehet, dass er nicht verlassen dasteht, und dass Männer ihn in Schutz nehmen, die die Vorsehung mit Kraft, Muth und Talent begabt; Männer, die über die gemeine, vorurtheilsvolle Denkweise sich weit erheben, und lediglich dem mächtig in ihnen wirkenden Rechtsgefühle

14 Vgl. Landtagsverhandlungen 1846, Bd. XI, S. 154 ff.

folgen. Die warmen, kräftigen Worte, die Hochsie zur Vertheidigung der Rechte der Israeliten und zur Abwehr der Verunglimpfungen, die sie von einer gewissen Seite erfahren mussten, sprachen, werden — wir hoffen es — nicht vergeblich verhallt sein. Der Anklang, der Ihnen bereits zu Theil wurde, wird auch späterhin seine Wirkung nicht verfehlen, und einen Beitrag zur allgemeinen Gerechtigkeit liefern. — Der Erfolg möge indessen sein, welcher er wolle, Sie hochwürdiger Herr Dekan, haben ein für alle Mal eine heilige, Gott gefällige Pflicht geübt, und sich ein Denkmal der Liebe und Verehrung in den Herzen der Israeliten Bayerns für alle Zeiten gesetzt.[15]

Trotz der vielfachen Enttäuschungen, welche die Gemeinden bereits erfahren, setzten dieselben unentmutigt und unverdrossen, bald vereinzelt und bald mit vereinten Kräften, ihre Angriffe und Bemühungen fort.[16] Im November 1847 liess der Gemeindevorstand von Bamberg schon wieder eine Petition durch Dr. Morgenstern, damals Rechtspraktikant in Bamberg, später Landtagsabgeordneter in Fürth,[17] ausarbeiten.

Sal. Dessauer, der Auftraggeber dieser Arbeit, setzte sich mit dem ihm persönlich bekannten Dr. Adler in Kissingen, später Landrabbiner in Kassel, brieflich in Verbindung und erhielt von demselben den Bescheid: Eine Vorstellung und Abordnung ans Ministerium scheint vor allem notwendig, ferner müsste man überall mittelbar und unmittelbar einzuwirken versuchen, dass die Berichte, die das Ministerium von den Behörden eingefordert, auch günstig ausfallen. Endlich müssten die Gemeinden zur Vermeidung einer Zersplitterung der Kräfte und Mittel einen Verein zur Verbesserung der inneren und äusseren Verhältnisse ins Leben rufen. Und Rosenfeld bearbeitete am 19. Dezember 1847 vom Standpunkte des erfahrenen Fachmannes, der seine Materie gründlich beherrscht, eine Kritik der §§ 23—34 des Edikts, die mit der Erklärung einleitet: „Wenn es wahr ist, dass die Achtung, die eine Religion von

---

15 Auch an die Abgeordneten Baron Lerchenfeld, v. Habermann und Schwager sandte die Gemeinde Dankadressen, welche von der Hand Rosenfelds verfasst wurden.

16 Vgl. K. J. E., S. 83 ff.

17 Vgl. Eckstein: Die bayerischen Parlamentarier jüdischen Glaubens, S. 17 ff.

Aussen geniesst, geeignet sei, die Würdigkeit ihrer Bekenner zu heben, so kann es für den Staatsverband nur von Vorteil sein, wenn auch die jüdische Religion, die schon ihres Alters wegen und als Mutter so ehrwürdiger Töchter Achtung verdient, als eine öffentliche Religion anerkannt würde und ihre Diener die Achtung und Vorzüge anderer kirchlichen Beamten genössen." Dieser Erklärung des Rabbinats schloss sich auch die Verwaltung der Gemeinde an mit einem Exposé, das dem Magistrat überreicht wurde, der davon beeinflusst, in seinem gutachtlichen Berichte an die Kgl. Kreisregierung mit geradezu enthusiastischen Worten nicht nur für die Forderung uneingeschränkter Freiheit und Gleichheit sich engagierte, sondern auch für die Erhebung des Judentums auf die gleiche Stufe staatlicher Anerkennung mit den christlichen Bekenntnisformen.[18] Nur der Bürgermeister Glaser widersprach der letzten Forderung mit den Worten: „Etiamsi omnes, ego non!"

Der Frühlingssturm des Jahres 1848, in welchem auch die Bamberger Kultusgemeinde mit einem vom 13. März datierten Zuruf an die Abgeordnetenkammer sich im Chorus der Zeitforderungen Gehör zu verschaffen suchte, zog vorüber und wieder standen die bayerischen Israeliten am Grabe ihrer unerfüllt gebliebenen Hoffnungen. Ein Gefühl der Verbitterung und Verzweiflung, das sich namentlich nach der am 16. Februar 1850 durch die Kammer der Reichsräte erfolgten Ablehnung eines die Emanzipation bezielenden Gesetzentwurfes der Gemeinden bemächtigte, wirkte lähmend auf die Tatkraft, aber die Vorstandschaft der Gemeinde von Regensburg traf in einem von ihr verbreiteten Aufruf den rechten Ton und das rechte Wort: „Durch festes Zusammenhalten und Ausdauer muss es gelingen, der ewigen Idee der göttlichen Gerechtigkeit endlich Bahn zu brechen und uns auf gleiche Menschenstufe mit unsern christlichen Mitbürgern zu heben." [19]

Zu diesem Gelingen haben denn auch das Rabbinat und die

---

18 Das Gutachten des Magistrats habe ich bereits in K. J. E., S. 85 ff. veröffentlicht.

19 Das., S. 105.

Vorstandschaft der hiesigen Gemeinde, welche auch später noch wiederholt in die Bewegung eingegriffen, mit ihrer Intelligenz und Tatkraft reichlich beigetragen.[20]

Wir schliessen an dieser Stelle mit der Mitteilung eines Glückwunsches der Kultusgemeinde an den Erzbischof Bonifaz v. Urban und der Zuschrift eines Erzbischofs an einen Rabbiner.

I.

Hochwürdigster, Gnädigster Herr Erzbischof und Reichsrath!

Bei der Fülle der freudigsten Theilnahme, die alle Herzen Derer, die das Glück haben, Ew. Excellenz nahe zu stehen, am Tage der Feier Höchstderen 50jährigen Priester-Jubiläums durchströmte, blieben auch die Israeliten Bambergs nicht zurück mit ihren Wünschen und Gebeten für das fernere Wohlergehen Ew. Excellenz, für das lange Leben eines Kirchenfürsten, Höchstwelcher es mit Gott und allen Menschen so gut meint, und mit einem Sinn und Herzen voll Frömmigkeit und Tugend allen Zeitgenossen als erhabenes Muster vorleuchtet.

Gehorsamst Unterzeichnete halten sich verpflichtet, diese Mitgefühle, von welchen sowohl sie, als alle ihre Glaubensbrüder beseelt sind, zur höchstgewogentlichen Kenntnissnahme Ew. Excellenz unterthänigst zu bringen, mit der ergebensten Bitte, Ew. Excellenz wolle diese Aeusserung innigster Verehrung zur Gnade aufnehmen.

Ehrfurchtsvollst verharren

Ew. Excellenz

unterthänigste

Israelitische Cultusgemeinde Bamberg.

Bamberg, den 29. März 1846.

II.

München, den 23ten Februar 1859.

An Rabbiner Dr. Klein.

Wohlehrwürdiger Herr Rabbiner! Hochgeehrtester Herr!

Am 14. Januar ds. Js., gerade am Tage vor meiner Abreise auf den Landtag nach München, habe ich zu Bamberg noch Ihr mir sehr werthes Schreiben vom 11. Januar d. Jahres richtig erhalten. Oft habe ich schon an Sie gedacht, wusste aber nicht, wo in der Welt ich Sie finden konnte. Dass Sie eine Tochter des allgemein in Bamberg geachteten alten und in der That ehrwürdigen Rabbiners Rosenfeld zur Frau haben, wusste ich

---

20 Vgl. noch das., S. 108 u. 113 ff. und Monatsschrift 1810 Heft 7/8.

nicht; sonst hätte ich mich bei diesem sehr wohl nach Ihnen erkundigen können. Er war einige Tage nach meiner Ankunft in Bamberg bei mir, und hat mir seine freundschaftliche Theilnahme an meiner Erhebung in seinem und seiner ihm an das Herz gewachsenen theueren Gemeinde ausgedrückt, was mir ungemein erfreulich gewesen. Wenn Sie vielleicht von ihm schon lange keine Nachricht erhalten haben sollten, kann ich Ihnen melden, dass er ganz gesund und wohl ist, und seine Blindheit in vollster Ergebung in den göttlichen Willen erträgt. Also um wieder auf Sie zurückzukommen, als ich Ihr sehr schätzbares Schreiben erhielt, war ich ganz überrascht, Ihren Namen zu lesen, und lebhaft erfreut, mich von Ihrer warmen und aufrichtigen Theilnahme an meiner unverdienten Erhebung auf den Erzbischöflichen Stuhl in Bamberg überzeugen zu können. Ich danke Ihnen verbindlichst für diesen unerwarteten Beweis Ihrer früher erprobten Anhänglichkeit und Liebe. Alles Gute Ihnen, Ihrer geehrten Familie und Ihrer theuersten Gemeinde entgegen. Gott erhalte Sie gesund, segne Sie in Ihrem unverdrossenen Wirken zu seiner Ehre und kröne alle Ihre Unternehmungen mit dem besten Erfolge! Dies wünscht aus sicher gleich aufrichtigem Herzen entgegen, der sich unter Versicherung seiner vollsten Achtung und Liebe zeichnet als

Ihren stets dankbar ergebensten

Michael von Deinlein

Erzbischof v. Bamberg z. Z. als Reichsrath auf dem Landtage hier in München.



Rabbinergräber auf dem Friedhof zu Walsdorf bei Bamberg

VI.

Neuer Friedhof und neue Synagoge.

Der jüngeren Generation wird es fast wie ein Märchen klingen, dass noch vor 6 Jahrzehnten die Verstorbenen der Gemeinde zur Auswanderung ins Exil verurteilt waren und erst nach zweistündiger Reise in der Nähe von Walsdorf die letzte Heimat erreichen konnten.[1] Der dort auf einem Hügel romantisch gelegene Friedhof, auf welchem Hunderte von eingesunkenen und verfallenen Grabsteinen wie stumme Zeugen einer längst vergessenen Zeit mit ergreifendem Ernste die Vergänglichkeit alles Irdischen künden, war seit dem 17. Jahrhundert gemeinsames Eigentum der Gemeinden Bamberg, Bischberg, Burgebrach, Grassmannsdorf, Lisberg, Reichmannsdorf, Trabelsdorf, Trunstadt, Viereth und Walsdorf. Der Bedarf für Unterhaltung dieser Wohnstätte des Todes im Betrage von etwa 30 fl. p. a. wurde von den Gemeinden des Friedhofsverbandes durch Umlagen, welche durch Übereinkommen vom 18. August 1830 geregelt waren, zusammengesteuert. Bei Sterbefällen musste von den betroffenen Familien eine Gebühr von ½—1½ fl. an die Friedhofskasse entrichtet werden, von Kindern bis 13 Jahren die Hälfte. Arme konnten gratis sich begraben lassen. Mit welchen Beschwerden und Unkosten der Transport eines Wanderers auf seinem letzten Wege von Bamberg nach Walsdorf verbunden war und in wie wenig würdiger Weise der Akt einer Bestattung vollzogen wurde, kann man sich denken, wenn man sich vergegenwärtigt, dass das Trauergefolge am untern Kaulberg umkehrte und nur vier Mitglieder

1 Vgl. G. J. B., S. 113 ff.

des Beerdigungsvereins eine Leiche bis zu ihrem Ziele begleiteten.

Schon bald nach seinem Amtsantritt hatte Rabbiner Rosenfeld im Jahre 1828 auf diese Misstände und die Notwendigkeit einer Abhilfe hingewiesen.[2] Aber erst am 30. Juni 1850 wurde in einer von 43 stimmberechtigten Mitgliedern besuchten Gemeindeversammlung beschlossen, ein israelitisches Leichenfeld innerhalb der städtischen Bannmeile anzulegen und zu diesem Zwecke die Summe von 2500 fl. durch Ausgabe von mit 4% verzinslichen Aktien à 50 fl. aufzuwenden. Ein dazu geeignetes Grundstück zwischen den Fahrwegen nach Gundelsheim und Bayreuth wurde ausfindig gemacht und am 19. Juli 1850 richteten die Deputierten ein Gesuch um Genehmigung des Projekts an den Magistrat, welchem eine Ausarbeitung der „Motive, die die Errichtung eines Leichenhofes für die hiesige israelitische Gemeinde dringend gebieten", von Rabbiner Rosenfeld beigelegt wurde. Nachdem aber dieses Projekt mit Rücksicht auf die Lage des Grundstückes vom Magistrat nicht genehmigt wurde, baten die Deputierten um käufliche Überlassung einer Parzelle eines dem „Hause der Unheilbaren" an der Hallstadter-Strasse gehörigen Feldes und die städtischen Kollegien erklärten sich mit dem Verkaufe von 68 Dezimalen um den Preis von 544 fl. einverstanden. Im Sommer 1851 wurde dann die Anlage nebst Umfassungsmauern und einem damals an der nördlichen Seite des Friedhofes gebauten Leichenhäuschens nach Plänen des Architekten Wilh. Ney ausgeführt[3] und am 19. Oktober 1851 gelegentlich der Beerdigung des Is. Kolb mit einer

---

2 Vgl. oben, S. 81. Das Nachfolgende nach Mag.-Akten, Tit. XI, Fach.-Nr. 1310, Akt.-Nr. 4.

3 Die Gemeinde Walsdorf wurde mit 50 fl. entschädigt, wogegen Bamberg für die Zukunft von jeder Beitragsleistung für den Friedhof von Walsdorf freigesprochen wurde mit Ausnahme der Hecke, die man aus Pietät pro rata unterhalten zu wollen sich verbindlich erklärte. Eine neue Beerdigungsordnung wurde am 8. September 1852 beschlossen. Die neue Leichenhalle in der Hallstadterstrassse wurde erst 1885 gebaut.

wirkungsvollen Ansprache vom Rabbiner ihrer Bestimmung übergeben.[4]

Die Verdienste der beiden Männer, denen das Zustandekommen des Werkes zu verdanken war, schildert ein reisender Korrespondent der Zeitung des Judentums (Jahrg. 1851, S. 543) mit folgenden Worten:

„Das jüdische Gemeindeleben hat in Bamberg mit der Vorstandschaft des Herrn Dr. Dessauer neue Regsamkeit gewonnen und seinen Bemühungen ist es gelungen, der Gemeinde, welche ihre Toten bisher in einem benachbarten Dorfe begrub, einen eigenen Totenacker zu verschaffen. . . . . Eine sehr interessante Erscheinung war mir der hiesige Rabbiner, Herr Rosenfeld, der Nestor unserer wissenschaftlich gebildeten baier. Rabbiner, der schon vor fast 40 J. an seiner frühern Stelle deutsch predigte, reformirte und schriftstellerte, der ein Herz für das geistige Wohl unserer Glaubensgenossen bewies, der sich aber auch dadurch und durch manche öffentliche Äusserung, wie z. B. „Mannigfaltigkeit der Religion sei Zweck der Gottheit" etc. den Bann des Fürther Rabbinats zuzog, in dem er noch lebt. Er hat aber dem Manne gar nichts geschadet, denn ungebeugt an Körper und Geist steht Herr Rabbiner Rosenfeld da im hohen Alter mit jugendlicher Geistesfrische, mit offnem Sinn für die Bestrebungen der Neuzeit und hochgeachtet ob seiner Vergangenheit."[5]

Gemeindeliste und Gemeindeetat.

Nun war aber die Gemeinde trotz des noch geltenden Matrikelgesetzes mit seiner unbeweglichen Normalzahl infolge Konnivenz der Behörden auf 96 steuerzahlende Mitglieder gewachsen, wozu noch einige steuerfreie Beamte und Unterstützungsbedürftige kamen, im ganzen etwa 110 Mitglieder. Die nach Kultussteuerstufen geordnete Gemeindeliste vom Jahre 1852 mag darüber Auskunft erteilen:[6]

---

4 Die Rede ist im Drucke erschienen, vgl. oben S. 84, in Kommission bei dem Buchbindermeister S. Hesslein, Kesslergasse Nr. 188, wieder abgedruckt bei Kayserling: Bibl. jüd. Kanzelreden, I., S. 416.

5 Vgl. auch: Der israelitische Volkslehrer. Von Leop. Stein. 1853. S. 184.

6 Aus den Gemeindeakten.

Classe	Namen	Zur Gemeindekassa pro 1852		Zur Armenkassa pro 1852	
		fl.	kr.	fl.	kr.
I.	Eger Moritz	57	36	11	31½
	Hirsch Moritz	57	36	11	31½
II.	Hesslein Siegmund	48	—	9	36
	Lust G.	48	—	9	36
	Schnebel M.	48	—	9	36
III.	Eger Maier	38	24	7	41
	Hesslein F. A. Ww.	38	24	7	41
	Rau Wilhelm	38	24	7	41
	Strauss David	38	24	7	41
	Wassermann S.	38	24	7	41
	Hesslein Herrmann	38	24	7	41
IV.	Bochlowitz Jacob	28	48	5	45¾
	Dessauer Salomon	28	48	5	45¾
	Frensdorf Doctor	28	48	5	45¾
	Hesslein Gabriel	28	48	5	45¾
	Loewi Hermann	28	48	5	45¾
	Rosenberg Sigmund	28	48	5	45¾
	Springer Meier	28	48	5	45¾
	Kronacher Joseph	28	48	5	45¾
V.	Adlerstein Elkan	19	12	3	50½
	Dessauer Emanuel	19	12	3	50½
	Dessauer Isidor	19	12	3	50½
	Feldheim Hermann	19	12	3	50½
	Gutmann Isak	19	12	3	50½
	Feldheim Samuel	19	12	3	50½
	Gutmann Marx	19	12	3	50½
	Hesslein Salomon	19	12	3	50½
	Alexander Leopold	19	12	3	50½
	Rosenfeld Lazarus	19	12	3	50½
	Sack Moritz	19	12	3	50½
	Sack Zacharias	19	12	3	50½
	Siegmann Michael	19	12	3	50½
	Silbermann Jonas	19	12	3	50½
	Uhlfelder Lazarus	19	12	3	50½
	Morgenroth Lazarus	19	12	3	50½
	N. Heim	19	12	3	50½
	Reitzenberger	19	12	3	50
VI.	Adlerstein Salomon	14	24	2	53
	Hesslein S. M. Ww.	14	24	2	53

Classe	Namen	Zur Gemeindekassa pro 1852 fl.	kr.	Zur Armenkassa pro 1852 fl.	kr.
VI.	Kronacher Joseph . . .	14	24	2	53
	Strauss Heinrich . . .	14	24	2	53
	Müller Leonard	14	24	2	53
	Kronacher Abraham . .	14	24	2	53
	Ney Bernhard	14	24	2	53
	Uhlfelder Herrmann . .	14	24	2	53
	Güttermann Joseph . .	14	24	2	53
VII.	Kastor Wolf	10	48	2	9
	Dessauer Doctor . . .	10	48	2	9
	Geldersheimer David Ww.	10	48	2	9
	Geldersheim Michla . .	10	48	2	9
	Hesslein Moritz . . .	10	48	2	9
	Gütermann Sigmund . .	10	48	2	9
	Ullmann Marx	10	48	2	9
	Springer Wolfgang . .	10	48	2	9
	Rosenfeld Herrmann . .	10	48	2	9
VIII.	Brüll Philipp	8	24	1	41
	Dessauer Ww. Reitzla . .	8	24	1	41
	Feust Leo	8	24	1	41
	Hirschmann Heinrich . .	8	24	1	41
	Morgenstern Doctor . .	8	24	1	41
	Uhlfelder Moritz . . .	8	24	1	41
	Geldersheimer Ph. Ww. .	8	24	1	41
	Kronacher Max	8	24	1	41
	Gütermann Wittwe . .	8	24	1	41
IX.	Feldheim Abraham . .	6	43¼	1	20½
	Hesslein Juda	6	43¼	1	20½
	Kolb's Wittwe	6	43¼	1	20½
	Hessler M. H. Wittwe .	6	43¼	1	20½
	Ney Heinrich	6	43¼	1	20½
	Oesterlein Bernhard . .	6	43¼	1	20½
	Sternkorb Wittwe . .	6	43¼	1	20½
	S. Held	6	43¼	1	20
X.	Loewi Joseph	5	45⅜	1	9¼
XI.	Goldmann Lehrer . .	4	48	—	51⅜
	Hesslein Lehrer . . .	4	48	—	51⅜
XII.	Herr Ludwig . . .	3	36	—	43⅛
	Klein Hirsch	3	36	—	43⅛
	Rothschild S. Wittwe .	3	36	—	43⅛
	Lessberger Wittwe . .	3	36	—	43⅛

Classe	Namen	Zur Gemeindekassa pro 1852		Zur Armenkassa pro 1852	
		fl.	kr.	fl.	kr.
XIII.	Rosenfeld Moses . .	2	53	—	$34\frac{3}{5}$
XIV.	Adlerstein's Relicten . .	2	10	—	26
	Brüll Helene	2	10	—	26
	Hamburger Hanne . .	2	10	—	26
	Kohnstamm Moses . .	2	10	—	26
	Wolfsheimer Lotte . .	2	10	—	26
XV.	Hesslein Bella . . .	1	41	—	$20\frac{1}{5}$
	Hesslein Samson . . .	1	41	—	$20\frac{1}{5}$
	Kohnstamm Raphael . .	1	41	—	$20\frac{1}{5}$
	Kronacher Leo . . .	1	41	—	$20\frac{1}{5}$
	Levinger Herrmann . .	1	41	—	$20\frac{1}{5}$
	Kohnstamm Aaron . . .	1	41	—	$20\frac{1}{5}$
	Seligsberg Nathan . . .	1	41	—	$20\frac{1}{5}$
XVI.	Brüll Dina	1	12	—	$14\frac{1}{2}$
	Rosenfeld Wittwe . . .	1	12	—	$14\frac{1}{2}$
	Rosenthal Kaufmann . .	1	12	—	$14\frac{1}{2}$
	Vorchheimer Ephraim . .	1	12	—	$14\frac{1}{2}$

Der **Gemeinde-Etat pro 1852** weist folgende Posten auf:

Einnahmen.			Ausgaben.		
1. An Fleischkreuzerbeiträgen	20	—	1. Für Gehalt an den Rabbiner [7]	400	—
2. „ Trauungsgebühren	5	—	2. „ „ „ „ Lehrer [8]	350	—
3. „ Pachtgeldern aus den Betstühlen . . .	117	—	3. „ „ „ „ Vorsänger	100	—
4. „ Miethe vom Gemeindediener Reis . . .	18	—	4. „ „ „ „ Gemeindediener	100	—
5. „ Zinsen aus dem Religionsschul-Fond . .	125	—	5. „ das Reinigen der Synagoge	11	—
6. „ Abtrag vom Schächter Hesslein	25	—	6. „ Steuern etc. etc.	40	—
7. „ Hektisch-Ertrag	30	—	7. „ Unterhalt an die Gemeindedienerswittwe Rosenthal	50	—
8. „ Cassa-Bestand	30	—	8. „ Zinsen an aufgenommenen Capitalien . .	72	—
9. „ Umlagen von den Gemeindegliedern etc. etc.	1345	—	9. „ Blumen, Zedern etc etc.	6	—
			10. „ Deserviten	10	—
			11. „ Vorbeten am Neujahrstage etc. . . .	30	—
			12. „ Mieth-Entschädigung an den Vorsänger . .	18	—
			13. „ Kellerquellen-Entschädigung do. . .	20	—
			14. „ Kellerquellen-Bäder	100	—
			15. „ Preisbücher	13	—
			16. „ Arme auf Ostern	11	—
			17. „ Regie	25	—
			18. „ Reparaturen	50	—
			19. „ Hektisch-Bedürfnisse	55	—
			20. „ Polizeiwache	8	—
			21. „ Zinsen an Leichenhof-Actien	96	—
			22. „ rückzuzahlende Leichenhof-Actien . . .	100	—
			23. „ Reserve-Fond	50	—
fl.	1715	—	fl.	1715	—

7 Von den Landgemeinden gleichfalls 400 fl.

8 August 1854 wurde Ottenstein, bis dahin in Gunzenhausen, zum Lehrer und Vorbeter gewählt.

Dazu kam der Armenetat.

Einnahmen:	
Zinsen aus dem Armenfonds . .	fl 140
Umlagen auf die Gemeinde . . .	fl. 335
	fl. 475

Ausgaben:	
An conscribierte Arme	fl. 264
Unterhaltung eines Armen . . .	fl. 104
Medicamente	fl. 27
Holz für Arme	fl. 20
Ausserordentliche Ausgaben . . .	fl. 60
	fl. 475

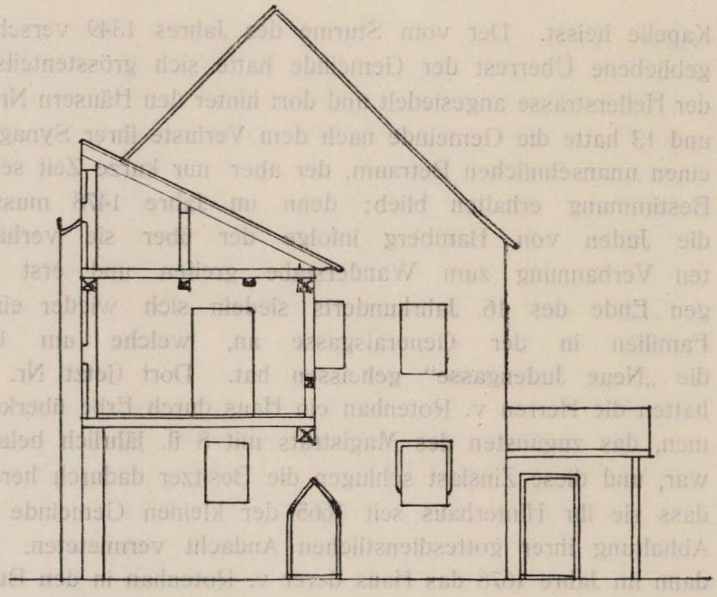
Rückblick.

Für diese ca. 110 Mitglieder mit ihren Familien bot die alte Synagoge mit ihren 60 Herrenplätzen und 70 Frauenplätzen schon lange keinen genügenden Raum und eine Erweiterung derselben erwies sich als zeitgemässe Aufgabe der Gemeinde und ihrer Verwaltung. Wie diese Aufgabe gelöst worden ist? Ehe wir auf diese Frage eine Auskunft erteilen, möchten wir den Leser, der uns bis hierher gefolgt ist, noch zu einem kurzen Rückblick auf die Geschichte der Synagoge von Bamberg einladen.[9]

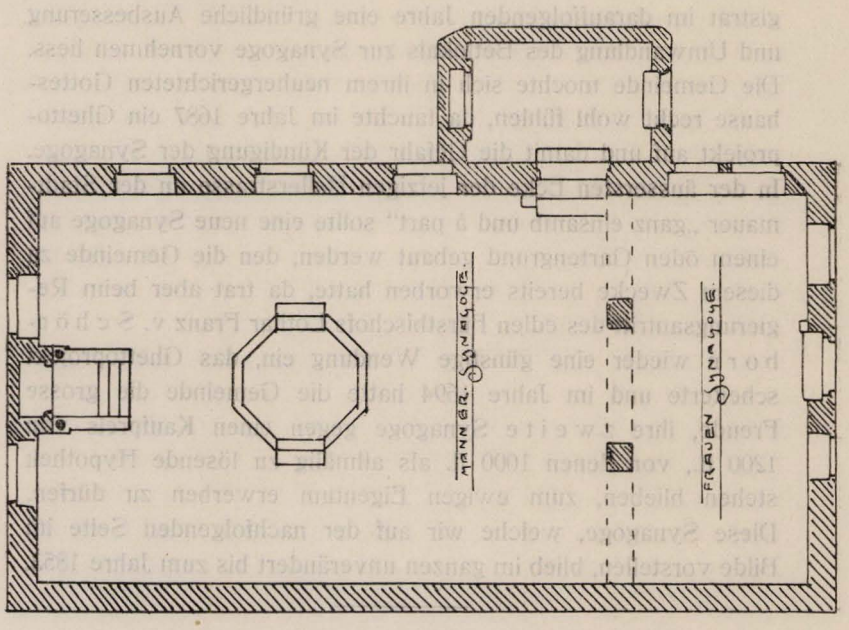
Acht Jahrhunderte ziehen bei einem solchen Rückblicke wie eilende Wandelbilder der Erinnerung am Geiste vorüber. Am Fusse des Kaulbergs linker Hand am Eingang zur alten Judengasse stand die erste Synagoge von Bamberg, welche nach dem Sturme, den im Jahre 1349 der wahnwitzige Verdacht der Brunnenvergiftung über das Haupt der Gemeinde entfesselt hatte, in den Besitz des Fürstbischofs kam, der sie in eine Kapelle umwandeln liess. Nachdem diese Kapelle baufällig geworden, wurde an Stelle derselben im Jahre 1470 eine Marienkirche im gotischen Stile erbaut, welche, jetzt eine städtische Turnhalle, noch heute im Munde des Volkes die Juden-

9 Vgl. G. J. B., S. 99 ff.

Kapelle heisst. Der vom Sturme des Jahres 1349 verschont gebliebene Überrest der Gemeinde hatte sich grösstenteils in der Hellerstrasse angesiedelt und dort hinter den Häusern Nr. 11 und 13 hatte die Gemeinde nach dem Verluste ihrer Synagoge einen unansehnlichen Betraum, der aber nur kurze Zeit seiner Bestimmung erhalten blieb; denn im Jahre 1478 mussten die Juden von Bamberg infolge der über sie verhängten Verbannung zum Wanderstabe greifen und erst gegen Ende des 16. Jahrhunderts siedeln sich wieder einige Familien in der Generalsgasse an, welche um 1600 die „Neue Judengasse" geheissen hat. Dort (jetzt Nr. 15) hatten die Herren v. Rotenhan ein Haus durch Erbe überkommen, das zugunsten des Magistrats mit 8 fl. jährlich belastet war, und diese Zinslast schlugen die Besitzer dadurch heraus, dass sie ihr Hinterhaus seit 1665 der kleinen Gemeinde zur Abhaltung ihrer gottesdienstlichen Andacht vermieteten. Als dann im Jahre 1678 das Haus derer v. Rotenhan in den Besitz des Magistrats überging, mietete die Gemeinde von diesem das Betlokal nebst Vorderhaus um jährlich 50 fl., wogegen der Magistrat im darauffolgenden Jahre eine gründliche Ausbesserung und Umwandlung des Betlokals zur Synagoge vornehmen liess. Die Gemeinde mochte sich in ihrem neuhergerichteten Gotteshause recht wohl fühlen, da tauchte im Jahre 1687 ein Ghettoprojekt auf und damit die Gefahr der Kündigung der Synagoge. In der äussersten Ecke der jetzigen Hellerstrasse an der Stadtmauer „ganz einsamb und à part" sollte eine neue Synagoge auf einem öden Gartengrund gebaut werden, den die Gemeinde zu diesem Zwecke bereits erworben hatte, da trat aber beim Regierungsantritt des edlen Fürstbischofs Lothar Franz v. Schönborn wieder eine günstige Wendung ein, das Ghettoprojekt scheiterte und im Jahre 1694 hatte die Gemeinde die grosse Freude, ihre zweite Synagoge gegen einen Kaufpreis von 1200 fl., von denen 1000 fl. als allmälig zu lösende Hypothek stehen blieben, zum ewigen Eigentum erwerben zu dürfen. Diese Synagoge, welche wir auf der nachfolgenden Seite im Bilde vorstellen, blieb im ganzen unverändert bis zum Jahre 1853.



Ansicht der ehemaligen Synagoge.



Grundriss der ehemaligen Synagoge (vgl. S. 109).

Die dritte Synagoge.

Schon 1828 hatte es die Kreisregierung infolge einer vom Rabbiner Rosenfeld geäusserten Anregung als Übelstand bezeichnet, dass die Synagoge, obgleich es in derselben hinten an der Westseite zwei Frauenschulen gab, eine untere und eine obere, welche durch eine „Stiege" mit einander verbunden waren, nicht Raum genug biete, um auch den Frauen und Mädchen die regelmässige Theilnahe am Gottesdienste zu ermöglichen, und eine Verbesserung dieses Zustandes gewünscht. Im Jahre 1835 liess dann der damalige Deputierte M. J. Hesslein vom Architekten Ney einen mit Kostenvoranschlag versehenen Plan zur Erweiterung der Synagoge ausarbeiten, aber damals konnte die Gemeinde einen solchen Luxus sich noch nicht gestatten. Erst am 8. Februar 1852 kam es zu einem Gemeindebeschluss, dessen Inhalt aus der folgenden Eingabe zu entnehmen ist:

[10] Bamberg, 25. Februar 1852.

Königliche Regierung von Oberfranken, Kammer des Innern.

Die Synagoge der hiesigen israel. Gemeinde reicht in ihrer Räumlichkeit für die israel. Einwohner nicht mehr aus, ferner ist sie wegen ihrer tiefen Lage und bei der Überfüllung in heissen Tagen der Gesundheit schädlich und endlich ist ihre Gestaltung eine veraltete, die Andacht sehr störende.

Dies Alles erwägend hat die Gemeinde einstimmig beschlossen, die Synagoge zu erweitern und zu verschönern und hat hiezu einen Kostenaufwand von 4800 fl. bestimmt.

Ein Theil dieser Summe wird durch den Erlös von an Gemeindemitglieder zu verkaufenden Synagogenplätzen aufgebracht werden, 2200 fl. werden aber auf andere Weise beizuschaffen sein.

Da nun die Gemeinde schon sehr belastet ist und im vorigen Jahre erst einen neuen Leichenhof dahier aus eigenen Mitteln anlegte, so hat sie, wie beiliegendes Protokoll zeigt, einstimmig beschlossen, diese Summa mit hoher Regierungs-Genehmigung aus dem Armenfond zu ziehen. —

Gerechtfertigt dürfte dieses dadurch sein, dass die hiesigen israel. Armen mittelst statuarisch gebotenen Zwangsbeiträgen, resp. durch Repartition von Umlagen unterstützt werden, ein Fond hiezu demnach gar nicht nothwendig ist und dieser Fond aus freiem Antrieb der Gemeinde gebildet wurde.

---

[10] Mag.-Akt., Tit. XI, Fach-Nr. 1317, Akt.-Nr. 1.

Die Gemeinde hat auch nach dem unterthänig angefügten Protokoll beschlossen, den § 11 und 12 der Statuten dahin abzuändern, dass künftighin die in diesen Paragraphen aufgezählten Beiträge nicht mehr in den Armen- und Religionsschul-Fond zu fliessen haben, sondern in Erwägung, dass zur Besoldung des Rabbiners, Vorbeters und Synagogendieners kein Fond besteht, in Zukunft sämtliche Beiträge nach § 11 einem Besoldungsfond zugewiesen werden sollen, dessen Zinsen zur Besoldung des Rabbiners, Religionslehrers, Vorbeters und Synagogendieners benützt werden. Der bis jetzt bestehende Religionsschulfond soll mit diesem Besoldungsfond verschmolzen werden, da sein Zweck eben auch eine Besoldung des Lehrers ist.

Die Gemeindeverwaltung hiezu beauftragt, wagt es daher, der hohen königlichen Regierung dieses unterthänigst zu unterbreiten und die unterthänigste Bitte zu stellen:

> eine hohe königliche Regierung möge gnädigst genehmigen, dass zum Bau der Synagoge 2200 fl. aus dem Armen-Fond verwendet , und dass die Gemeinde-Statuten, die unterthänigst hier beigelegt werden, nach ihren §§ 11, 12 dahin abgeändert werden dürfen, dass von nun an die Beiträge, wie sie der § 11 bestimmt, in einen Besoldungsfond zu fliessen haben, dessen Zinsen zur Besoldung des Rabbiners, Religionslehrers, Vorbeters und Synagogendieners verwendet werden.

Wir verharren in tiefster Verehrung

einer hohen königlichen Regierung

unterthänigst gehorsamste Deputirte:

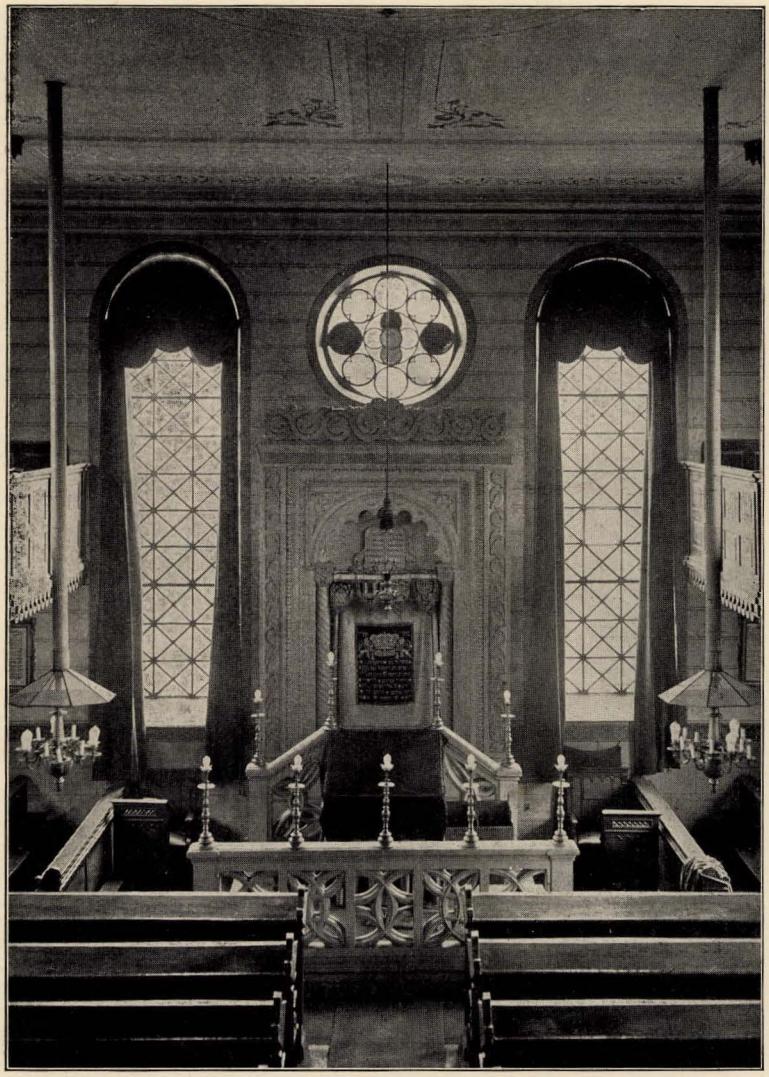
Dr. Dessauer
S. Rosenberg
M. Siegmann.[11]

Am 24. April wurden die Pläne dem Magistrat eingereicht; der städtische Bautechniker äusserte sich gutachtlich: „Die Dekoration der Fassade ist Geschmacksache der Bauenden, da die Zeichnung nichts Unästhetisches enthält und ohnehin von der Strasse aus nicht sichtbar ist, so ist dagegen nichts zu erwähnen.“ Der weitergehende Plan, das Vorderhaus niederzulegen und den ganzen Vorplatz der Synagoge zu einer Gartenanlage zu gestalten, war nämlich am Kostenpunkte gescheitert.[12]

---

11 Kassier war Dr. Frensdorf, Ausschussmitglieder waren: H. Ney, Sal. Dessauer, Mor. J. Hesslein, Herm. Uhlfelder, M. L. Eger.

12 Vgl. Bamberger Tagblatt 1853, Nr. 239 und 240.



Almemor und h. Lade in der alten Synagoge.

Gegen die Ausführung des Projektes erhob nun aber noch der Besitzer des Nachbargartens den Einwand, dass die Gemeinde nach der Nordseite kein Lichtrecht habe und darum keine Fenster einfügen dürfe, welche die Aussicht nach seinem Garten ermöglichen würden; seine freundnachbarlichen Bedenken wurden aber durch eine Vergütungssumme von 500 fl. beseitigt, wofür er auch noch einen kleinen Teil seines Gartens der Gemeinde überliess. Die Genehmigung der Regierung erfolgte erst am 3. Oktober 1852 und im nächsten Frühjahr wurde mit der Ausführung des Baues begonnen. Aus der projektierten Erweiterung war ein vollständiger Neubau geworden, dessen Gesamtkosten unter bedeutender Überschreitung des Voranschlags sich auf die Summe von über 8000 fl. beliefen, welche teilweise wie bei der Anlage des Friedhofes durch eine innere Anleihe auf Aktien à 100 und 50 fl. beschafft wurde.

Am Vorabend des Sabbaths vom 5. November 1853, also nach den hohen Feiertagen, war der grosse Augenblick gekommen, in welchem die Gemeinde ihren feierlichen Einzug halten sollte in das neue Gotteshaus. Dem Armenpflegschaftsrat wurden aus diesem Anlasse 40 fl. zur Verteilung an christliche Arme überwiesen, an israelitische Arme wurden 50 fl. verteilt.

Rabbiner Rosenfeld aber sollte das Werk nicht mehr sehen, das er mitgeplant hatte, die Augen des Greises waren erblindet.[13] An seiner Stelle hielt Rabbiner Cohn von Baiersdorf eine sehr erbauliche Predigt über „Die segensvolle Bestimmung des Gotteshauses" an der Hand des der Haphtora entnommenen Textes: „Erweitere die Räume Deines Zeltes und die Teppiche Deiner Wohnungen mögen sich weit ausbreiten, halte nicht inne!"[14]

Über die Feierlichkeit berichtet das „Bamberger Tagblatt" vom 5. November 1853 Folgendes:

„Gestern Abend fand die feierliche Eröffnung der neuerbauten Synagoge der hiesigen israelitischen Kultusgemeinde statt. Der Bau der-

13 Schon 1839 hatte er infolge eingetretener Augenschwäche seinen späteren Schwiegersohn zum Substituten angenommen. Er entschlief im Alter von 80 Jahren am 12. Mai 1862 (Achawa 1866, S. 32).

14 Die Rede ist im Drucke erschienen bei W. Gärtner in Bamberg.

selben, von Herrn Architecten Ney entworfen, ist durch Herrn Maurermeister Hofbauer meisterhaft ausgeführt und macht einen freundlichen Eindruck. Zur Erhöhung des Festes trug der vom Herrn Rabbiner Kohn von Baiersdorf und dem von ihm gegründeten Sangchore geleitete Ritus sehr viel bei. Unter den geladenen zahlreichen Gästen fanden sich das hiesige Domkapitel und die Pfarrgeistlichkeit, das k. Appellationsgericht und Kreis- und Stadtgericht, die Gremien des Stadtmagistrats, der Gemeindebevollmächtigten und des Armenpflegschaftsrathes mit ihren Herren Vorständen an der Spitze vertreten. Auch Herr Stadtkommandant, Oberst v. Lindenfels, Herr Stadtkommissär Regierungsrath Ihl und Herr Stadtgerichtsarzt Dr. Heine waren zugegen."

Seit jenem Tage sind nun fast 57 Jahre dahingeflossen im Zeitenstrome. Nur wenige von denjenigen, welche in ihrer Jugendzeit die Einweihung der dritten Synagoge miterlebt, werden die Herrlichkeit der vierten Synagoge von Bamberg schauen, welche der unübertreffliche Opfersinn der ihrer Vorfahren würdigen Enkel errichtet und vollendet. Es wird voraussichtlich die letzte Synagoge von Bamberg sein. Möge sie ein Hort des Friedens und eine Quelle des Segens sein dem Geschlechte der Gegenwart und den Geschlechtern der Zukunft für und für!

ANHANG

ДИАНИА

I.

Baugeschichte der neuen Synagoge.

Von Justizrat Dr. Josef Werner.

Die im Jahre 1853 in der Generalsgasse dahier errichtete, mit 108 Männersitzen und 85 Frauenplätzen versehene Synagoge scheint schon alsbald für die Bedürfnisse der wachsenden Gemeinde nicht mehr ausgereicht zu haben. Die im Jahre 1873 von der Gesamtgemeinde beschlossenen Satzungen schreiben schon die Einrichtung eines Betsaales mindestens für die hohen Feiertage vor.

Im Jahre 1890, also schon vor 20 Jahren, muss das Bedürfnis nach einer neuen Synagoge bereits recht fühlbar geworden sein. Eine am 1. Juni 1890 abgehaltene Gemeindeversammlung sollte sich mit dem Projekte eines Synagogenneubaues und der Erwerbung eines geeigneten Bauplatzes — geplant war der Ankauf des Platzes, auf dem jetzt das Doppelhaus der Familien Jakob und Emil Morgenroth steht — beschäftigen. Diese Gemeindeversammlung war nicht beschlussfähig; es waren von 250 stimmberechtigten Männern nur 121 erschienen, während statutengemäss der Synagogenneubau oder die Erwerbung des Platzes nur mit absoluter Majorität aller stimmberechtigten Gemeindemitglieder hätte beschlossen werden können. Diese Gemeindeversammlung verlief hienach resultatlos.

Seitdem verlor die Verwaltung angesichts der Tatsache, dass damals schon bei weitem nicht die Hälfte der Gemeindeangehörigen in der Synagoge Raum hatte, die Angelegenheit eines Synagogenbaues nicht mehr aus den Augen; sie hielt insbesondere, nachdem der im Jahre 1890 ins Auge gefasste Platz alsbald von der Stadtgemeinde veräussert worden war,

emsig Umschau nach einem anderweitigen geeigneten Bauplatze.

Als solcher kam, wie die Verwaltung im Verein mit dem damaligen Herrn Stadtbaurat Erlwein auf Grund des Stadtplanes feststellte, anfangs dieses Jahrzehntes nur der Eckplatz zwischen Urban- und Herzog-Maxstrasse in Betracht, da alle übrigen städtischen Bauplätze entweder bereits vergeben oder doch zu weit vom Mittelpunkt der Stadt entfernt waren. Die angebotenen Plätze Privater konnten, abgesehen von ihrer Lage, wegen des zu hohen Preises nicht berücksichtigt werden.

Mit einer ausführlichen Eingabe vom 31. März 1903 wandte sich die Verwaltung an den Stadtmagistrat Bamberg und suchte darin um unentgeltliche Überlassung des 77 Dezimalen umfassenden, an der Gabelung der Urban- und Herzogmaxstrasse liegenden Bauplatzes für einen Synagogenneubau nach. Der Stadtmagistrat erwiderte hierauf zunächst nach Vorschlag der Finanzkommission, dass dieser Platz der israelitischen Kultusgemeinde Bamberg entgegenkommender Weise um den Preis von 550 Mark pro Dezimale abgelassen werden wolle. Der Gesamtpreis hätte sich hienach auf 42 350 Mark berechnet. In einer wohlmotivierten Erklärung vom 24. Mai 1903 lehnte die Verwaltung dieses Angebot ab, da sie einen solchen Kaufpreis für den Bauplatz mit Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit der Gemeinde unter keinen Umständen aufwenden könne.

Nach längeren Unterhandlungen, die sich auch auf die tauschweise Erwerbung der bisherigen Kultusgebäude durch die Stadt bezogen, machten sich die städtischen Kollegien in den Sitzungen vom 28. März bezw. 28. April 1905 dahin schlüssig, dass der ganze 77 Dezimalen umfassende obenerwähnte Platz der israelitischen Kultusgemeinde um den Preis von 15 000 Mark unter der Bedingung angeboten wurde, dass mit dem Bau einer Synagoge innerhalb 5 Jahren begonnen werde.

In Würdigung dieses weitgehenden Entgegenkommens der Stadtgemeinde und nachdem sich bereits mehrere Mitglieder der hiesigen Kultusgemeinde zu hochherzigen Schenkungen erboten hatten, ging die Verwaltung an die Vorarbeiten für den Synagogenneubau, indem zunächst durch eingehende Konfe-

renzen mit Herrn Architekten Kronfuss dahier die nötige Bausumme mit zirka 300 000 Mark ermittelt und durch ein Rundschreiben an sämtliche Gemeindemitglieder vom 10. Mai 1905 eine Übersicht über die mutmasslichen Einnahmen aus Kauf, Tausch und Miete von Synagogenplätzen, sowie über die der Gemeinde etwa zufliessenden Schenkungen gewonnen wurde.

Nach den eingegangenen Antworten konnte als sicher angenommen werden, dass ausser den 15 000 Mark für den Bauplatz, welche ein Gemeindemitglied schenkungsweise zur Verfügung stellte, weitere 50 000 Mark durch Schenkungen und eine gleichgrosse Summe durch Verkauf und Tausch von Synagogenplätzen eingehen würden, sodass zirka 200 000 Mark durch Anlehen aufzubringen waren.

Ein hienach von der Verwaltung ausgearbeitetes Finanzprogramm hielt die Durchführung des Projektes eines Synagogenneubaues für recht wohl möglich, wenn auch den Gemeindeangehörigen grössere Opfer zugemutet werden müssten. Es wurde dargetan, dass bei einer Erhöhung der Kultusumlagen von 30 bis höchstens 50 % die Mehrausgaben, welche durch Verzinsung und Amortisation eines aufzunehmenden Darlehenskapitals von 200 000 Mark, sowie durch die Einrichtungen in einer neuen Synagoge (Zentralheizung, elektrisches Licht, Hausmeister usw.) erwachsen würden, gedeckt werden könnten. Diese Erhöhung der Umlagen wäre keineswegs unerträglich.

Grosse Sorge bereitete der Verwaltung die Orgelfrage. So sehr die in ihrer Mehrzahl auf liberalem Boden stehenden Verwaltungsmitglieder die Bedeutung einer Orgel für die Feierlichkeit und Hebung des Gottesdienstes, sowie für die Erleichterung des Chorgesanges würdigten, hat die Verwaltung im Einverständnisse mit dem Rabbinat im Interesse der Erhaltung des religiösen Friedens in der Gemeinde vorgezogen, der Gesamtgemeinde vorzuschlagen, von der Aufstellung einer Orgel in der neuen Synagoge vorläufig Umgang zu nehmen.

In ihrer Sitzung vom 26. November 1905 fasste die Verwaltung, welche aus den Herren Justizrat Dr. Werner, Emil Wassermann, Julius Reichmann, Gustav Gütermann und Oskar Rödelheimer bestand, den

Beschluss einer demnächst einzuberufenden Generalversammlung nach eingeholter Zustimmung der Herren Gemeindebevollmächtigten folgende Anträge zu unterbreiten:

Es wolle genehmigt werden:

1. dass der von der Stadtgemeinde zur Verfügung gestellte Platz zwischen Herzog Max- und Urbanstrasse um den Preis von 15 000 Mark nach vorliegender Planskizze erworben und dass der Neubau einer Synagoge mit einem Maximalkostenaufwand von 300 000 Mark unternommen werde, wenn hievon mindestens 100 000 Mark durch freiwillige Beiträge, Kauf und Tausch von Synagogenplätzen gedeckt sind, sodass die Gemeinde nur für höchstens 200 000 Mark aufzukommen hat.
2. Die Preise der Plätze bei Kauf und Tausch sollen nach der im obenerwähnten Fragebogen — Rundschreiben vom 10. Mai 1905 — festgesetzten Skala normiert werden.
3. Von Aufstellung einer Orgel soll zunächst Umgang genommen werden.
4. Die Art der Aufbringung der Mittel und der Rückzahlung der zu kontrahierenden Schuld, die Einforderung und Auswahl von Bauplänen und die Durchführung des Baues selbst soll der Gesamtverwaltung überlassen werden.

Hiebei muss eingeschaltet werden, dass im mehrerwähnten Fragebogen drei Klassen von Männerplätzen zum Preise von 750, 550 und 400 Mark und vier Klassen von Frauenplätzen zum Preise von 750, 600, 500 und 400 Mark vorgesehen und die Mietpreise auf 30, 25 und 20 Mark für die Männersitze, sowie 30, 25, 20 und 15 Mark für die vier Klassen der Frauensitze festgesetzt waren.

Die Männerstühle in der alten Synagoge sollten in den ersten vier Reihen zu 350 Mark, in den übrigen Reihen zu 300 Mark, die Frauenvordersitze zu 400 Mark und die Frauenrücksitze zu 350 Mark in Tausch genommen werden.

Mit ausführlicher Begründung wurden obige Anträge der Verwaltung den Herren Gemeindebevollmächtigten behufs Genehmigung zugeleitet.

Es wurde das Bedürfnis nach einem Synagogenneubau mit dem Hinweise darauf begründet, dass kaum ein Drittel der Gemeindeangehörigen in der alten Synagoge Raum habe, dass diese weder in hygienischer noch feuerpolizeilicher Hinsicht den Anforderungen eines modernen Gotteshauses entspreche, dass die ganze Einrichtung und Ausstattung nicht dazu angetan sei die Andacht zu wecken, das Gemüt zu erbauen und den Synagogenbesuch zu fördern. Die alte Synagoge entspreche nicht dem Ansehen und der Bedeutung der Bamberger israelitischen Kultusgemeinde; vielleicht könne auch durch einen würdigen Neubau dem immer mehr sich geltend machenden religiösen Indifferentismus gesteuert und der religiöse Sinn gehoben werden.

Mit Beschluss vom 30. November 1905 traten die Herren Gemeindebevollmächtigten — es waren dies die Herren Joseph Goldschmidt, Vorsitzender, ferner Gustav Bretzfelder, Kommerzienrat Carl J. Dessauer, Joseph Ehrlich, Alexander Feldheim, Neumann Frank, Hermann Hecht, Arnold Hesslein und L. Sussmann — obigen Anträgen der Verwaltung in allen Punkten bei, worauf am 26. Dezember 1905 diese Anträge einer zu diesem Zwecke einberufenen Gemeindeversammlung unterbreitet wurden. In dieser waren von 251 stimmberechtigten Männern 121 persönlich erschienen und 45 durch Vollmachten vertreten. Nach einem ausführlichen Referate des Vorsitzenden und nachdem sich mehrere Redner für die Anträge der Verwaltung, andere, hauptsächlich aus Furcht vor den der Gemeinde bevorstehenden allzugrossen Lasten, dagegen ausgesprochen hatten, wurde zur Abstimmung geschritten. Es ergab sich, dass von den 166 in die Präsenzliste eingezeichneten Stimmberechtigten 155 für die Anträge der Verwaltung und nur 6 dagegen stimmten; 5 Herren hatten sich vor der Abstimmung entfernt.

Mit grosser Majorität war hienach der Synagogenneubau im Sinne der Anträge der Verwaltung beschlossen und es galt nunmehr, die Ausführung dieser Beschlüsse in die Wege zu leiten.

Das Jahr 1906 war dem Streben nach angemessenen Entwürfen und Plänen gewidmet.

Nach Besprechungen mit dem inzwischen an Erlweins Stelle getretenen Herrn Stadtbaurat Schmitz dahier wurde eine beschränkte Konkurrenz unter namhaften Künstlern behufs Wettbewerbs für die Einreichung von Entwürfen zugelassen und hiezu die Herren Architekten Falk und Wolf in Strassburg, Architekt Klepzig in Gotha, Architekt Johannes Kronfuss in Bamberg, Professor Levi in Karlsruhe, Architekten Gebr. Rank in München und Diplomingenieur Bauamtsassessor Schad in Bamberg eingeladen.

Aus den aufgestellten Wettbewerbsbedingungen ist Folgendes hervorzuheben:

Die Synagoge muss auf dem zur Verfügung stehenden Platze von Westen nach Osten gerichtet sein, wobei eine kleine Abweichung zulässig erscheint. Das Gotteshaus soll zirka 400 Männersitze und ebensoviel Frauensitze erhalten, letztere müssen auf einer Empore angeordnet sein. Der Almemor ist nächst dem Allerheiligsten anzugliedern, vor dem Allerheiligsten ist eine geräumige Estrade mit Predigtstuhl vorzusehen.

Das Gebäude soll ausser der Hauptsynagoge eine kleine Synagoge für den Werktagsgottesdienst für zirka 40 Männer und 20 Frauen, ferner die nötigen Garderoben, Rabbiner- und Kantorzimmer, einen Empfangsraum für Trauungsfeierlichkeiten, gleichzeitig als Sitzungszimmer verwendbar, die nötigen Toiletten und endlich im Souterrain eine Hausmeisterwohnung erhalten und mit Zentralheizung und elektrischer Beleuchtungsanlage versehen sein. Mit der Möglichkeit einer späteren Anordnung der Orgel soll gerechnet und Raum hiefür, sowie für einen Sängerchor vorgesehen werden. Die Bausumme an sich soll 250 000 Mark betragen (50 000 Mark sollten für Betstühle und innere Einrichtung vorbehalten bleiben).

Für die Einlieferung der Entwürfe wurde Frist bis 1. Oktober 1906 gesetzt.

Für jedes den Bedingungen im allgemeinen entsprechende und vollständige Projekt wurde eine Vergütung von 400 Mark

zugesichert, ausserdem wurden für die zwei besten Arbeiten zwei Preise mit 800 Mark und 400 Mark festgesetzt.

Als Preisrichter wurden die Herren:

Kgl. Hofoberbaurat Handl in München,
Städt. Baurat Professor Grässel in München,
Städt. Baurat Schmitz in Bamberg,
Justizrat Dr. Werner in Bamberg,
Rabbiner Dr. Eckstein in Bamberg

aufgestellt.

Es wurde bedungen, dass sämtliche Entwürfe Eigentum der israelitischen Kultusgemeinde Bamberg würden, letztere aber nicht verpflichtet sei einen der Pläne zur Ausführung zu bringen oder dem preisgekrönten Autor die Ausführung des Baues zu übertragen.

Die ernannten Preisrichter nahmen das ihnen übertragene Amt an.

Von den zum Wettbewerbe eingeladenen Künstlern teilte Herr Professor Levi aus Karlsruhe, der gleich den übrigen die Beteiligung an der Konkurrenz zugesagt hatte, mit Schreiben vom 4. Oktober 1906 der Verwaltung mit, dass ihn verschiedene Umstände abgehalten hätten sich mit der Bearbeitung eines Projektes für den hiesigen Synagogenbau zu beschäftigen. Von den übrigen fünf Herren liefen bis zum festgesetzten Termine sieben Entwürfe ein.

Das Preisgericht konnte infolge einer Erkrankung des Herrn Baurats Grässel erst am 3. und 4. Februar 1907 zur Beratung und Beschlussfassung zusammentreten. Die einzelnen Entwürfe wurden geprüft und insbesondere von den dem Preisgerichte angehörigen Bausachverständigen einer eingehenden Begutachtung und Kritik unterworfen.

Auf Grund eingehender Beurteilung der sämtlichen Projekte beschloss das Preisgericht einstimmig:

> Der erste Preis sei dem Entwurf mit dem Motto „Bamberg II", der zweite Preis dem Entwurf mit dem Motto „Stern" (gezeichnet) zu erteilen.

Bei Eröffnung der zugehörigen Briefumschläge ergab sich als Verfasser des Entwurfes „Bamberg II" Herr Johannes

Kronfuss, Architekt in Bamberg; die Verfasser des Entwurfes „Stern" (gezeichnet) waren die Architekten Gebr. Rank in München.

Das Preisgericht fügte seiner Entscheidung folgende Schlussbemerkung bei:

> Das Preisgericht ist der Ansicht, dass ihm das Projekt des Architekten Kronfuss, sofern es der Ausführung zu Grunde gelegt werden will, nach endgültiger Bearbeitung nochmals vorzulegen wäre.

Die Gesamtverwaltung, welche alle den Synagogenbau betreffenden Fragen in gemeinschaftlicher Sitzung meist unter Zuziehung des Herrn Rabbiners Dr. Eckstein beriet, beschloss am 17. Februar 1907, nach Kenntnisnahme der Gutachten und der Entscheidung des Preisgerichtes, die sämtlichen Entwürfe zur Besichtigung durch die Gemeindemitglieder im Sitzungszimmer auszustellen und daselbst die Gutachten des Preisgerichtes aufzulegen, die Beschlussfassung über die Auswahl des auszuführenden Entwurfes aber zu vertagen, um auch die Meinungen der Gemeindeangehörigen zu Wort kommen zu lassen.

Die Verwaltung setzte sich sodann mit den Herren Gebr. Rank in München in Verbindung um eine Abänderung ihres Projekts im Sinne der Anregungen des Preisgerichtes zu erzielen. Nachdem diese Herren es jedoch abgelehnt hatten ihren Entwurf in diesem Sinne umzuarbeiten, wurde Herr Architekt Kronfuss beauftragt sein preisgekröntes Projekt den Wünschen des Preisgerichtes entsprechend abzuändern.

Im Oktober 1907 legte Herr Architekt Kronfuss der Gesamtverwaltung die nach den Wünschen des Preisgerichtes umgeänderten Pläne vor, übergab gleichzeitig ein von ihm gefertigtes Modell der geplanten neuen Synagoge und einen detaillierten Kostenvoranschlag, wonach zirka 270 000 Mark für den Bau und zirka 30 000 Mark für die innere Einrichtung (Betstühle, Beleuchtungskörper usw.), sowie zirka 7000 Mark für die Ausstattung der Umgebung erforderlich waren.

Die Gesamtverwaltung beschloss am 20. Oktober 1907 das Modell im Lokale des Kunstvereins dahier nach eingeholter Ge-

nehmigung seitens der Vorstandschaft desselben zur allgemeinen Besichtigung auszustellen und die umgearbeiteten Pläne dem Preisgerichte neuerdings zur Begutachtung zu unterbreiten.

In ausführlichen Darlegungen vom 2. Januar 1908 begutachteten die Herren Hofoberbaurat Handl und Baurat Grässel von München unter Erteilung verschiedener Ratschläge für die technische Ausführung das umgearbeitete Kronfuss'sche Projekt zur Ausführung anzunehmen. Herr städt. Baurat Schmitz war mit den genannten Darlegungen einverstanden. In der Sitzung vom 12. April 1908 beschloss demgemäss die Gesamtverwaltung:

> Die Synagoge nach den Kronfuss'schen Plänen zu errichten, die Bauleitung Herrn Architekten Kronfuss zu übertragen und dessen Pläne dem Stadtmagistrate Bamberg zur baupolizeilichen Genehmigung einzureichen.

Die — ausser den durch Schenkungen, sowie Kauf und Tausch von Plätzen zugesicherten Beträgen — notwendigen Mittel von 200 000 Mark wurden durch Aufnahme eines aus ganz besonderem Entgegenkommen von der Bayer. Handelsbank in München bewilligten Kommunaldarlehens von 120 000 Mark verzinslich zu 4% und rückzahlbar durch 1%ige jährliche Amortisation, sowie durch Aufnahme eines zu 4 % verzinslichen Darlehens von 80 000 Mark bei den Mitgliedern der hiesigen Kultusgemeinde, rückzahlbar nach aufgestelltem Tilgungsplan bis zum Jahre 1968, aufgebracht.

Mit herzlicher Dankbarkeit sei anerkennend hervorgehoben, dass der Gemeinde ausser den 15 000 Mark für den Bauplatz weitere 51 700 Mark an Schenkungen zuflossen, dass ihr bereits ca 7000 Mark aus früheren Synagogenbaustiftungen zur Verfügung standen und dass weitere ca. 45 000 Mark für Kauf und Tausch von Synagogenplätzen zugesichert waren, sodass die Finanzfrage vollständig gelöst erschien und zur Ausführung des Baues geschritten werden konnte.

Der Stadtmagistrat Bamberg machte die Genehmigung der eingereichten Baupläne von der Zuschreibung des Bauplatzes abhängig und stellte für letztere eine Reihe von Bedingungen auf, die nach wiederholten Besprechungen und dadurch herbei-

geführten Modifikationen schliesslich dahin festgestellt wurden dass die Synagoge innerhalb 5 Jahren errichtet werden müsse und dass die Gemeinde nach weiteren 10 Jahren anstossend an die bereits bestehenden Gebäude und in entsprechender Überleitung von dem vorhandenen Baublocke aus ihre Kultusgebäude errichten müsse, widrigenfalls die Stadtgemeinde Bamberg berechtigt sei den nichtbenützten freien Platz von der Kultusgemeinde zurückzukaufen.

Am 26. Oktober 1908 erfolgte die notarielle Überschreibung des Bauplatzes auf die israelitische Kultusgemeinde und am 27. Oktober 1908 die Genehmigung des Baugesuches nach den vorgelegten Plänen durch den Stadtmagistrat.

Die Gesamtverwaltung machte sich nunmehr nach Vorschlag ihres Architekten dahin schlüssig die einzelnen Arbeiten jeweils in beschränkter Submission zu vergeben und soweit möglich hiesige Gewerbsmeister hiezu einzuladen und zu berücksichtigen, wobei sich jedoch die Verwaltung den Zuschlag ohne Rücksicht auf die Höhe des Angebotes vorbehielt.

Auf Grund der Submissionen und nach vielfachen eingehenden Beratungen wurden vergeben:

1. die Maurer- und Steinhauerarbeiten der Firma Daniel Fuchs, Bamberg,
2. die Eisenkonstruktion der Firma Clemens Heim, Bamberg,
3. die Fläschnerarbeiten Herrn Fläschnermeister Valentin Strunz, Bamberg,
4. die Dachdeckerarbeiten Herrn Schieferdeckermeister Andreas Koch, Bamberg,
5. die Zimmermannsarbeiten der Firma Daniel Fuchs, Bamberg,
6. die Modellierarbeiten Herrn Bildhauer Kaiser, Bamberg,
7. die Installationsarbeiten Herrn Fläschnermeister Joseph Hofmann, Bamberg,
8. die Heizungsanlage (Niederdruckdampfheizung) der Firma Gross & Sohn, Nürnberg,
9. die Kunststein-Treppenanlage der Firma E. Schwenk, Zementsteinwerke in Ulm,

10. die Marmorarbeiten der Firma Johann Funk, Marmorwerke in Nürnberg,
11. die Bronzearbeiten der Firma Anton Bosch, Bamberg, in Verbindung mit der Firma Isiswerke, Nürnberg,
12. die Bildhauerarbeiten Herrn Bildhauer Kaiser, Bamberg,
13. den Plattenbelag der Firma E. Schwenk, Ulm,
14. die Fensterkonstruktionen der Firma Clemens Heim, Bamberg,
15. die Kunstverglasung der Firma Gebr. Schmitt, Bamberg,
16. die Glaserarbeiten Herrn Glasermeister Ringer, Bamberg,
17. die Schreinerarbeiten der Firma Grenz & Sohn, Bamberg,
18. die Verputzarbeiten der Firma Gaule & Günther, Bamberg,
19. die Malerarbeiten Herrn Malermeister Andreas Otto Stürmer, Bamberg,
20. die Kunstschmiedearbeiten der Firma Anton Bosch, Bamberg,
21. die Metallverkleidungen der Türen usw. der Firma L. Ehrenböck, München,
22. die Blitzableiteranlage Herrn Andreas Koch, Bamberg,
23. die Lieferung der Beleuchtungskörper der Firma Louis Busch, Mainz,
24. die Installation der elektrischen Lichtanlage dem städt. Elektrizitätswerk Bamberg,
25. die Installation der Wasser- und Gasleitung den städt. Werke in Bamberg,
26. die Goldmosaikarbeiten der Firma Gebr. Schmitt, Bamberg,
27. die Lieferung der Betstühle der Firma Ellgut & Rimpler, Dresden.*

Es sei schon hier bemerkt, dass sämtliche Firmen und Handwerksmeister die ihnen übertragenen Arbeiten muster-

---

* Die prachtvollen Paramente sind grösstenteils von der Kunststickerin Frau Reb. Silberstein aus Selle i. Han. angefertigt worden.

haft und zur vollsten Zufriedenheit der Bauleitung ausführten, sowie dass ein gütiges Geschick über dem Bau waltete und jeder Unfall verhütet wurde.

Anfangs November 1908 erfolgten die ersten Spatenstiche behufs Aushebung der Baugrube und während des Winters 1908/09 wurde der Grundbau vollendet.

Im Jahre 1909 wurde der Rohbau fertig gestellt und im Jahre 1910 der Verputz und der innere Ausbau bewerkstelligt.

Auf die Innenausstattung und Einrichtung der Synagoge wurde die grösste Sorgfalt verwendet.

Wie die männlichen Mitglieder der Kultusgemeinde durch Bewilligung der Mittel zum Synagogenneubau ihrerseits grosse Opfer brachten und bedeutende Lasten auf sich nahmen, so standen auch die Frauen der Kultusgemeinde darin nicht zurück. Ein freiwillig von ihnen gebildetes Komitee erliess im Herbste 1909 einen Aufruf an sämtliche Frauen der Gemeinde, worin unter Hinweis auf die von jeher in Israel bestehende Übung und den unseren Frauen innewohnenden Gemeinsinn aufgefordert wurde an den religiösen Bestrebungen der Männer Anteil zu nehmen und dies durch Darreichung einer Spende zur würdigen Ausschmückung der Synagoge zu bekunden.

Der Aufruf erweckte lebhaften Widerhall bei den Frauen der Gemeinde. Reiche Geldspenden flossen zusammen und ermöglichten unter anderem die Einsetzung der bunten, künstlerisch zusammengefügten Glasfenster in der Süd- und Nordwand der Synagoge. Auch sonst wurden verschiedene Gegenstände zur Ausschmückung der Synagoge gespendet, so die grossen Bronzesäulen zu beiden Seiten des Allerheiligsten, der Thoraschrank, die Ewiglichtlampe, die kunstvollen Beleuchtungskörper auf dem Almemor, die Jahrzeitständer, die Brunnen in den Garderoben, die Uhr, verschiedene Vorhänge und Thoramäntel, sowie Schulchandecken und manches andere.

Nun ist das Gotteshaus vollendet, mit dessen Erbauung die israelitische Kultusgemeinde Bamberg sich für ewige Zeiten ein ehrenvolles Denkmal gesetzt hat.



Almemor und heilige Lade in der neuen Synagoge

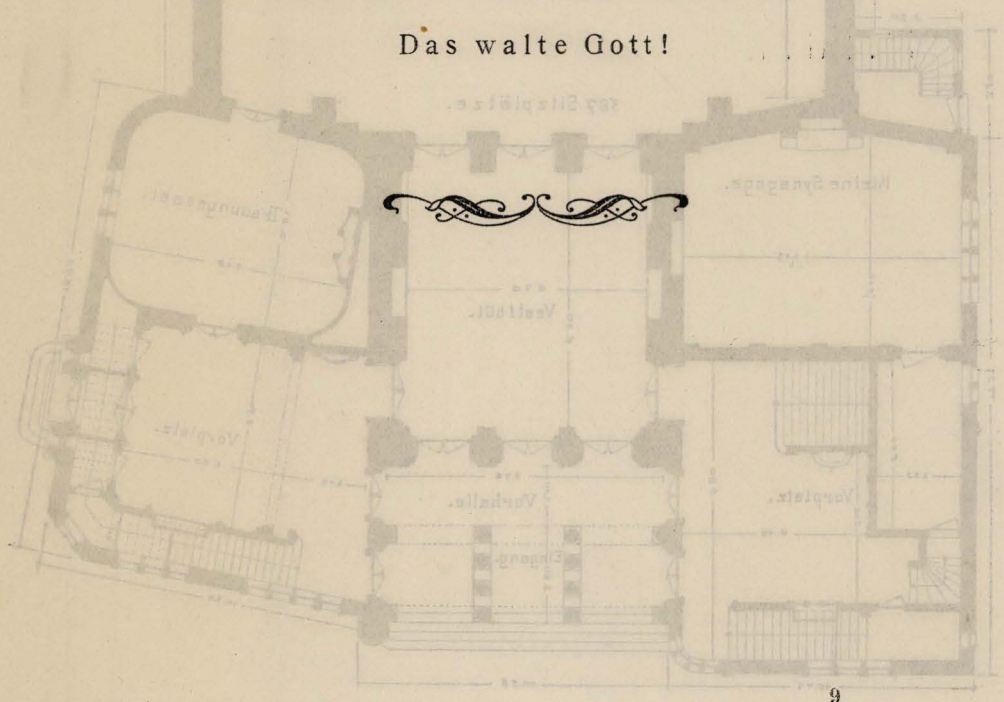
Bei Eröffnung des jüdischen Lehrerseminars zu Berlin im Jahre 1840 sprach dessen damaliger Leiter, der bekannte Erneuerer der Wissenschaft des Judentums, Dr. Leopold Zunz:

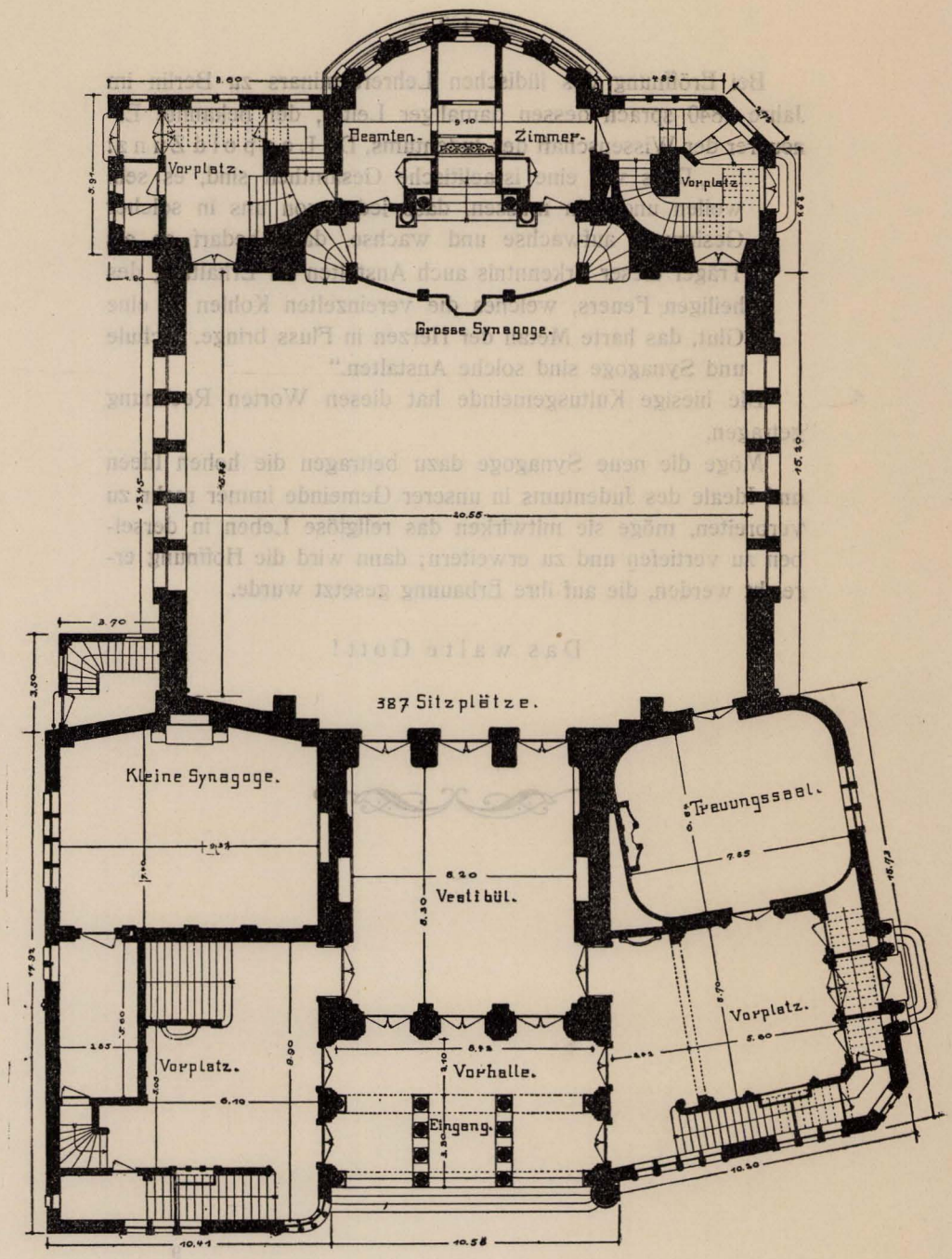
„Dass wir eine israelitische Gesamtheit sind, es sein wollen und sein müssen, dass jeder von uns in solcher Gesinnung aufwachse und wachse, dazu bedarf es als Träger dieser Erkenntnis auch Anstalten für Erhaltung des heiligen Feuers, welches die vereinzelten Kohlen in eine Glut, das harte Metall der Herzen in Fluss bringe. Schule und Synagoge sind solche Anstalten."

Die hiesige Kultusgemeinde hat diesen Worten Rechnung getragen.

Möge die neue Synagoge dazu beitragen die hohen Ideen und Ideale des Judentums in unserer Gemeinde immer mehr zu verbreiten, möge sie mitwirken das religiöse Leben in derselben zu vertiefen und zu erweitern; dann wird die Hoffnung erreicht werden, die auf ihre Erbauung gesetzt wurde.

Das walte Gott!





Grundriss der neuen Synagoge.

II.

Beschreibung der neuen Synagoge in Bamberg.

Von Johannes Kronfuss.

Zur Erbauung einer Synagoge wurde seitens der Stadtverwaltung von Bamberg ein dreieckiges Terrain in der Grösse von 77 Dezimalen zur Verfügung gestellt, das durch die Herzog Maxstrasse und die Urbanstrasse begrenzt ist und mit der Schmalseite an Nachbaranwesen stösst. Von seiten der städtischen Baubehörde wurde dabei der Verwaltung der israelitischen Kultusgemeinde die Verpflichtung auferlegt, innerhalb einer gegebenen Frist den an die benachbarten Anwesen angrenzenden Teil des Grundstückes später durch Verwaltungs- und Schulgebäude so zu überbauen, dass der störende Einblick in die Nachbarhöfe vermieden werde, und auf den verbleibenden Rest des Terrains sollte nun die Synagoge in entsprechendem Abstand von den Verwaltungsgebäuden als freistehender Monumentalbau errichtet werden.[1]

Die Ausnutzbarkeit dieser Fläche wurde aber dadurch erschwert, dass der Bau nicht in die Längsachse des dreieckförmigen Terrains gestellt werden konnte, sondern quer hiezu, entsprechend den rituellen Vorschriften, von Westen nach Osten.

Aus der so entstandenen Grundrisslösung wurde die Gruppierung der Gebäudemassen abgeleitet, wobei vor allem angestrebt wurde, eine dem Charakter des Gebäudes entsprechende Monumentalwirkung zu erzielen unter Beachtung einer durch die nicht hoch bemessene Bausumme sich ergebenden Einfachheit. Die Formengebung der einzelnen Bauglieder wurde ohne Anlehnung an eine bestimmte Stilart frei erfunden. Das Be-

1 Vgl. oben S. 126.

streben, nur echtes Material zu verwenden und jedwede Vortäuschung zu vermeiden, führte zu einem durch entsprechende Hausteinumrahmungen belebten Putzbau.

Von einem mächtigen Dache überspannt, das sich über dem Hauptraum des Baues der grossen Synagoge erstreckt, erhält das Gebäude seine wuchtig monumentale Wirkung durch einen zirka 11 Meter im Quadrat messenden viereckigen, ins Achteck übergehenden Turm, der in der Hauptachse angeordnet ist. Eine mit Kupfer gedeckte Kuppel und deren Schlussknauf, mit den das Gebäude schon in weiter Ferne als Synagoge kennzeichnenden Davidschildern, schliesst den Turm nach oben ab in einer Höhe von etwa 37 Metern. Diesem Turm lagert sich an der Westseite die Eingangshalle vor, die mit drei grossen Bogenöffnungen sich auf stämmige Säulen stützt. Klar von aussen bereits zu erkennen schliessen sich daran rechts und links die Treppenhäuser an.

Die Ostseite des Baues erhält ihre charakteristische Form durch den grossen Chorausbau, dessen kegelförmiges Dach sich tief unter einen zwei kleinere rückwärtige Turmaufbauten verbindenden Bogengang schiebt.

Die grosse Synagoge als Hauptraum ist durch die an der Nord- und Südseite angeordneten Fenstergruppen, die nur durch schmale, reich ornamental behandelte Lisenen getrennt sind, nach aussen hin zur Geltung gebracht.

So besteht eine weitgehende Wechselwirkung zwischen Grundriss und Aufbau, wobei die Gestaltung des Ganzen sich eben aus diesen gegenseitigen Beziehungen ergab.

Wir begeben uns nunmehr in das Innere des neuen Heiligtums.

Der Haupteingang in der Herzog Maxstrasse bildet eine dreiteilige Bogenhalle, von welcher aus sämtliche Räume zugängig sind. Drei grosse Bronzetüren führen zu einem reich ornamental geschmückten Vorraum vor der grossen Synagoge. Diese selbst bietet trotz der Abmessungen von 20,50 m in der Breite und 16,50 m in der Länge eine geschlossene einheitliche Wirkung, die durch den besonders reich behandelten Almemor unterstützt wird. Das Allerheiligste ist erhöht rückwärts ein-

gebaut und durch polierte Metalltüren abgeschlossen, welche im Verein mit der Wandverkleidung in Edelmarmor (Ungarisch-Grau und Giallo di Sienna) einen feierlichen Eindruck hervorrufen. Zwei Säulen aus poliertem Marmor mit Marmorkapitälen begrenzen die Nische des Allerheiligsten. Wuchtig und monumental flankieren diese Nische zwei Bronzesäulen, in reicher Treibarbeit elegant emporstrebend. Diese beiden Säulen sind von ganz hervorragend schöner Wirkung und geben dem ganzen Raum ein spezielles Gepräge. Sie tragen auf ihren Kapitälen Laternen, deren Oktaeder-Form sich aus dem Davidschild abgeleitet hat, und überragen hoch die Brüstung der Chornische, die über dem Allerheiligsten angeordnet ist. Zwei Metalltüren führen vom Almemor zu den Zimmern des Rabbiners und des Kantors, zwischen denen ein Raum für die Bücherei liegt. Die auf beiden Längsseiten angeordneten je 5 Fenstergruppen mit reichverglasten Farbenmedaillons lassen eine Fülle von Licht in den Raum hineinströmen, der in vier Bankabteilungen etwa 370 Sitzplätze bietet. Die an beiden Längsseiten (ohne Tragesäulen) schwebenden Frauenemporen bieten zusammen mit einer dritten, welche dem Allerheiligsten gegenüber in die Turmnische eingeordnet ist, etwa 360 Sitzplätze. In steigender amphitheatralischer Weise sind dieselben so ausgebaut, dass von allen Plätzen das Allerheiligste gesehen werden kann.

Vier an der vorderen und rückwärtigen Seite des Gebäudes angeordnete Treppen ermöglichen bequemen Aufgang zu den Emporen.

Von der Eingangshalle gelangt man links in ein grosses Treppenvorhaus, von dem aus die k l e i n e Synagoge zugängig ist. Diese wurde von der grossen Anlage vollständig, auch in rein technischer Beziehung (Heizung, Beleuchtung) getrennt, sodass sie den Anforderungen an einen billigen und bequemen Betrieb bei täglicher Benützung entspricht. In den ganzen Formen und in der Ausgestaltung wurde dieser Raum auf das einfachste behandelt und zur Einrichtung desselben wurden soweit möglich Gegenstände der alten Synagoge verwendet.

Von der grossen Synagoge aus zugängig ist an der Südwestecke des Ganzen ein Saal angeordnet, der sowohl als

Sitzungs- wie auch bei Trauungen als Versammlungssaal Verwendung finden soll. Zu letzterem Zwecke ist auf der Südseite des Gebäudes eine besondere Vorfahrt mit weit ausladendem Schutzdach vorgesehen, um so auch eine direkte Eingangsmöglichkeit zu schaffen.

An entsprechenden Stellen sind im ganzen Gebäude Toilettenanlagen und Garderoberäume verteilt.

Mit einem besonderen Eingang an der Nordseite, von aussen und aus dem linken vorderen Treppenhaus zugängig, ist im Kellergeschoss eine Hausmeisterwohnung eingebaut. Von derselben sind auch die Heizkesselanlagen und die mit der Heizung zusammenhängenden unter dem Gebäude sich erstreckenden Verbindungsgänge zu betreten.

Die Kosten des gesamten Baues belaufen sich ohne Innenausstattung annähernd auf 300 000 Mark. Die Inneneinrichtung erforderte eine Summe von etwa 20 000 Mark und die Herstellung der Gartenanlagen, der Wege und Zugänge um das Gotteshaus wird weitere 10 000 Mark erfordern.

III.

GEBET

bei der am 14. Januar 1806 in der Synagoge von Bamberg abgehaltenen Krönungsfeier.[1]

שפת רננות יהלל פינו ולשוננו תרנן צדקתך ד׳ אלקינו בסוד ישרים ועדה גם כל הארץ יזמרו לך יזמרו שמך על הסדיך ועל אמתך ולתחנתנו תקשב אזניך ויבקע כשחר אורנו ונתת שלום בארץ ואין מהריד שבת כל ריב ומהומה ואין עוד חושך בארץ המכסה את עין הארץ:

ד׳ גדול העצה ורב העלילו׳ אתה עשית זאת כי חסדך מלאה הארץ: ויתה הגדל חסדך עמנו יושבי הארץ, כי יעצת בחכמתך ובידך מלאת לתת כתר מלוכה על ראש אדוננו המלך החסיד והאהוב לכל מאקס-מיליאן יאסעף כל מקום מדרך כף רגלו ימשיך לב אדם אחריו בעבותות אהבה, יראתך נזר ראשו, מעשה ידיו צדק ומשפט ודבר שלום לעמים: וחפץ בטובות בני אדם כלם: על כן באנו היום להודות לשמך הגדול על כל הטוב אשר עשית עמנו מלפנים ועל אשר המלכת עלינו מלך חכם וישר: לבב מלך חפץ חסד: יקר בעיניו דם אדם: זעקת דלים שומע: ובדבר משפט לא נכר לפניו שוע לפני דל: ובטוחים אנחנו בטובו שיוסיף עלינו ברכה ושלום ויעשה עמנו אות לטובה להטות לב אחינו בני האדם יושבי הארץ אלינו, כאשר לבנו בוטח אליהם לשלום, כאשר ידענו, כי אתה ד׳ אב אחד לכלנו: אנא ד׳ תעלה תפלתנו אל היכל קדשך, אשר אנו מתפללים אליך היום בעד מלכנו מאקסמיליאן יאסעף, ישמח המלך בעזך, יראה, כי כצדקתו תשיב לו, הגן עליו בחסדך וביום קרב תתן מלאכיך מסביב לו, רע לא יקרב אליו: תן מוראו ופחדו על כל הקמים עליו ומלא משאלות לבו הטוב: כי חפץ שלום הוא, ותכריע לב אויביו לבקש ממנו, כי ישלים עמהם: ומהר ישוב אלינו ועטרת שלום על ראשו בעדי גבורות על זרועו וקול המונו חוגג לקראתו בשמחה ובשירים: אורך ימים תשביעהו ובחכמתך תסעדהו להיות מקור הברכה בארץ וכנחל נובע רב טוב ליושבים בצלו תברכהו בברכת שמים מעל ובברכת תהום מתחת, הארץ תתן יבולה וכל עצי השדה פרים: ישמח המלך בברכת עמו ובאשרם ירום קרן מלכותו:

---

[1] Vgl. oben S. 21.

היה מגן וצנה אל בת גילו המלכה קאראלינע פרידריקע זר הבנות צדקותי׳ ומעשי׳ הטובים יהללוה בשערים היא היתה כגפן פורי׳ אשר תירושי׳ ישמחו אלקים ואנשים:

היה משגב ומחסה לבן המלך גבור החיל קארל לודוויג אויגסט יורש הכתר: מראהו כלבנון בחור כארזים גבור בארץ יהי׳ דור ישרים יבורך: ונתת לו יד ושם טוב שם עולם אשר לא יכרת לויח חן תהי׳ לראשו ועטרת תפארת לשבת בית כל הימים: הגדל חסדך עם בת המלך אויגוסטע אמאליע היקרה המגודלת מעיורים לתשועת עם: חדות כל רואי׳ היא ונשואה למלך גדול בארץ הואל נא וברכיהו ישמח באשת נעוריו ויהי מקורו ברוך בפרי בטן, כי אתה הכינות בחסך כסאו לדור דור, כי תפקוד גפן זאת כגפן פורי׳ בירכתי ביתו וזרעם יהא נכון לפניהם ועל שארית בני המלך וקרוביו ועל שריו ויועציו וגבוריו ועל יושבי הארץ הנאמנים למלך ולביתו תצוה החיים והשלום מרומים ישבונו בנוה שלום ובמשכנות מבטחים: אורך ימים ושנות חיים נעימים וברוכים אמן סלה

Von demselben Verfasser sind erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

1. Geschichte der Juden im ehemaligen Fürstbistum Bamberg (1898) 326 S.
   Verlag der Handels-Druckerei Bamberg.

2. Nachträge zur Geschichte der Juden im ehemaligen Fürstbistum Bamberg (1899) 66 S.
   Verlag der Handels-Druckerei Bamberg.
   Preis der **beiden** Werke broch. **nur 3 Mark.**

3. Beiträge zur Geschichte der Juden in Bayern I. Die bayer. Parlamentarier jüd. Glaubens (1902). 47 S.
   Verlag der Handels-Druckerei Bamberg.
   Preis 50 Pfg.

4. Der Kampf der Juden um ihre Emanzipation in Bayern (1905). 127 S.
   Verlag von Georg Rosenberg in Fürth i. B.
   Preis 3 Mark.

5. Geschichte der Juden im Markgrafentum Bayreuth (1907). 130 S.
   Verlag von B. Seligsberg in Bayreuth.
   Preis 3 Mark.


Gedruckt in der
Handels-
Druckerei
zu Bamberg